

ERLANGEN, DAS KLIMA & DIE STUB

Wege in die Haushaltskrise
- und wieder heraus



Das Buch
zur
**Kommunalwahl
2026**

Prof. Dr. Holger Schulze

Erlangen, das Klima und die StUB

Wege in die Haushaltskrise – und wieder heraus!

Prof. Dr. Holger Schulze

Lizenzhinweis

Dieses Werk (inkl. Text, Gestaltung und Inhalt) unterliegt dem Urheberrecht und wurde von Prof. Dr. Holger Schulze erstellt.

Es ist lizenziert unter der Creative Commons Lizenz



CC BY-NC-ND 4.0 International

(Namensnennung – Nicht-kommerziell – Keine Bearbeitung)

Das bedeutet:

- Sie dürfen dieses Werk **kopieren und weitergeben**, solange Sie **den Namen des Urhebers nennen, keine kommerziellen Zwecke verfolgen** und **keine Änderungen am Werk vornehmen**.
- Eine kommerzielle Nutzung, Bearbeitung oder Veröffentlichung in veränderter Form ist **nicht gestattet**.

Weitere Informationen zur Lizenz finden Sie unter:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Copyright © 2025 Prof. Dr. Holger Schulze

Alle Rechte vorbehalten.

Eine **kostenlose Hörbuchversion** findet sich im Podcast „**FreidenKER**“ der Erlanger FDP



Ich widme dieses Buch
Erlangen und seinen Menschen,
die mir nach Jahren der Entwurzelung
wieder das Gefühl gaben,
ein Zuhause zu haben.

Quintessenz

Im Verlaufe dieses Buches werde ich Fakten zusammentragen, Zusammenhänge aufzeigen und eigene Gedanken hierzu entwickeln. Diese münden in eine Reihe von Schlussfolgerungen und Thesen über die Vorkommnisse in Erlangen, welche letztlich in die aktuelle Haushaltskrise führten. Daraus wiederum werde ich Ableitungen für die Zukunft entwerfen, die dazu geeignet sind, uns aus der Krise herauszuführen.

Für all diejenigen, denen die Lektüre eines ganzen Buches zu mühsam ist, fasse ich diese Schlüsse, Thesen und Ableitungen hier holzschnittartig zusammen. Sie bilden kurz und knapp die Quintessenz des Buches. Wer aber verstehen möchte, wie ich zu diesen Schlüssen gekommen bin, der muss dann eben doch das ganze Buch lesen. Dazu lade ich Sie herzlich ein!

1. Die Erlanger Haushaltskrise ist die Folge einer städtischen Politik, die wenig vorausschauend über Jahre hinweg falsche Prioritäten gesetzt hat, in denen die Belange der Wirtschaft kaum Beachtung fanden.
2. Die Ausrufung des Klimanotstandes in Erlangen war in dieser Form ein Fehler, da dadurch dem Schutz des Klimas nicht gedient, dem Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor dem Klimawandel aber geschadet wurde. Sie ist darüber hinaus eine der Ursachen für den katastrophal schnellen Abstieg Erlangens in die finanzielle Krise.
3. Mit Verweis auf die Ausrufung des Klimanotstandes wurden in der Folge kostspielige Maßnahmen gerechtfertigt, deren Nutzen für den Klimaschutz nicht hinreichend belegt sind.
4. Eine Priorisierung der Klimaschutzmaßnahmen erfolgte unter Außerachtlassung der Kosten und Effektivität der Maßnahmen (Euro pro eingesparter Tonne CO₂). So, wie der Klimaschutz in Erlangen geplant wurde, ist er nicht finanzierbar. Insbesondere die Einnahmenseite wurde unrealistisch hoch angesetzt.

5. Der Zeitplan für den Klimaschutz in Erlangen wurde zu ambitioniert beschlossen. Das 1,5-Grad-Ziel wurde bereits 2023 verfehlt.
6. Konsens in der Beschreibung eines Problems führt nicht zu Konsens in den favorisierten Lösungsansätzen, insbesondere wenn diese einseitig verantwortungsethisch oder gesinnungsethisch begründet werden.
7. Die Kosten von Planung und Bau der Stadt-Umland-Bahn (StUB) sind aktuell nicht seriös zu schätzen. Das gilt insbesondere, wenn man zu den direkten Baukosten auch noch die einhergehenden Folgekosten, etwa durch notwendige Anpassungs- und Sanierungsmaßnahmen von Infrastruktur im Trassenverlauf hinzurechnet.
8. Wird am Bau der StUB festgehalten, ist der Erlanger Haushalt aus eigener Kraft nicht zu sanieren. Ehe aber der Haushalt nicht saniert ist, kann die Stadt die vielen Aufgaben, die sie dringend umsetzen müsste, nicht in Angriff nehmen.
9. Den massiven Einbruch der Erlanger Gewerbesteuererinnahmen im Jahr 2024 hätte man kommen sehen können und müssen.
10. Senkungen der Gewerbesteuer führen mittelfristig durch die dadurch gesetzten Wachstumsimpulse zu höheren Steuereinnahmen, während Steuererhöhungen das Gegenteil bewirken.
11. Erlangen braucht ein eigenes Referat zur Wirtschaftsförderung, getrennt von der Kämmerei, und einen Wirtschaftsbeirat.
12. Erlangen braucht endlich einen Masterplan für die Entwicklung der Gesamtstadt. Der Weg dahin ist langfristig viel günstiger und ideologiefreier zu haben, als wie das derzeit über das Stadtentwicklungskonzept (STEK) und weiteres Stückwerk geplant ist.
13. Eine nachhaltige Gesundung der Erlanger Finanzen kann es nur geben durch mittelfristiges Wirtschaftswachstum auf der einen Seite, und die Einsparung unsinniger,

uneffektiver und realistischerweise ohnehin nicht finanzierbarer Maßnahmen wie der StUB auf der anderen Seite.

14. Der Masterplan muss dieses Wachstum ermöglichen. Dabei muss er eine Antwort auf die Frage geben, wie Wachstum trotz endlicher Flächen für Gewerbe und Wohnen erzeugt werden kann. Diese Antwort muss innerhalb eines effektiv moderierten Dialogs aller Beteiligten innerhalb der Stadtgesellschaft ermittelt werden.
15. Die Erlanger Wählerinnen und Wähler haben im März 2026 die Chance, die Kommunalwahl zum dritten und entscheidenden StUB-Bürgerentscheid zu machen und dadurch eine Wende in der Wirtschaftspolitik einzuleiten, die die Stadt in die Lage versetzt, den Haushalt mittelfristig zu sanieren.

Zum Geleit

Es ist mal wieder Wahlkampf in Erlangen, und gefühlt war es das in den letzten Jahren irgendwie dauernd: Bundestagswahl, Europawahl, Landtagswahl, vorgezogene Bundestagswahl – aber nun steht im März 2026 die turnusgemäß nächste Kommunalwahl in Bayern an.

Doch gerade diese Kommunalwahl 2026 ist für uns richtungsweisend. Nicht nur gilt es, für die Stadt Erlangen zum Ende der zweiten Amtsperiode von SPD-Oberbürgermeister Dr. Florian Janik und seiner gescheiterten Kooperation mit der CSU-Stadtratsfraktion tragfähige und zukunftsfähige Weichenstellungen für Erlangen vorzunehmen, nachdem die Haushaltsmisere den OB zur Ausrufung einer Haushaltssperre gezwungen hatte. Es gilt gerade jetzt, unsere schöne Stadt Erlangen für alle Bürger, Gäste und Beschäftigte wieder lebenswert zu machen und mehr noch, auch nachhaltig lebenswert zu erhalten^a.

Für mich persönlich ist diese meine zweite Kandidatur für das Amt des Oberbürgermeisters ebenso richtungsweisend. Als Kreisvorsitzender und Stadtrat der FDP stehe ich vor einer OB-Wahl mit ganz besonderen Vorzeichen. Einerseits ergeben sich aus den Umfragetiefs der FDP im Bund und in Bayern, welche auf Umständen außerhalb Erlangens beruhen, potenziell erhebliche Nachteile für meine Kandidatur. Andererseits verstehe ich, unterstützt von meiner FDP, die Aufgabe des Oberbürgermeisters in der prekären Lage der Stadt Erlangen in der Verantwortung für die Erlanger

^a Sie merken an dieser Stelle bereits, ich verwende das generische Maskulinum. Ich tue dies aus Liebe zur Schönheit meiner Mutter(!)sprache und im Hinblick auf die Lesbarkeit des Textes. Ich verbinde damit keinerlei Diskriminierung des weiblichen Geschlechts.

Bürger nicht als eine parteipolitische, sondern als persönliche des zukünftigen Oberbürgermeisters, unabhängig von parteipolitischer, ideologischer oder welt- und kulturanschaulicher Prioritäten.

Bei der kommenden Kommunalwahl geht es nicht vordergründig darum, für die eigene Partei zu werben, wie es bei Landtags- oder Bundestagswahlen der Fall ist. Es geht vielmehr darum, dass wir Freien Demokraten vor Ort selbst als Kandidatinnen und Kandidaten antreten können und persönlich die Chance haben, ein Mandat zu erringen, um so die Gestaltungsmöglichkeit für die eigene Kommune zu erhalten, die Erlangen so dringend nötig hat. Bei meiner erneuten Kandidatur zum Oberbürgermeister verfolge ich dabei das Ziel, jenseits des parteipolitischen Drucks eine Koalition der bürgerlichen Mitte auf den Weg zu bringen, welche den dringend gebotenen Kurswechsel für eine zukunftsfähige Stadt Erlangen als nachhaltig gesicherten Standort für Wirtschaft, Arbeitgeber und Arbeitnehmer und Bürger gestaltet. Mein persönlicher Einsatz, welcher darin besteht, dass sich mein derzeitiges Leben völlig auf den Kopf stellen würde, sollte ich erfolgreich sein, ist mir dabei sehr bewusst, ebenso wie die großen Herausforderungen, vor denen der nächste Erlanger OB stehen wird. Beidem will ich mich stellen.

Mit diesem Buch wende ich mich vorab an Sie, die Wählerinnen und Wähler in Erlangen. Ich will Ihnen damit Gelegenheit geben, mich besser kennenzulernen und zu verstehen, weshalb ich die Positionen vertrete, die ich im Verlaufe dieses Buches darlege. Hierfür gleich ein ganzes Buch zu schreiben ist sicherlich ein ungewöhnlicher Weg, doch es ist viel passiert in Erlangen, seit ich im Mai 2020 in den Stadtrat eingezogen bin: Der Klimanotstand war gerade ausgerufen und die Frage war zu beantworten, wie mit diesem Beschluss umzugehen sei. Die Planungen zum Megaprojekt Stadt-Umland-Bahn (StUB) wurden immer konkreter und gipfelten in einem Bürgerentscheid, der sich mit denkbar knapper Mehrheit für den Bau der StUB aussprach. Beide Themen, Klimanotstand und StUB, sind eng miteinander verflochten und haben weite Teile der Stadtgesellschaft gespalten, mit Positionen, die sich teilweise

auch heute noch unversöhnlich gegenüberstehen. Dass der Bürgerentscheid zur StUB hier zu keiner wirklichen Befriedung der Situation beigetragen hat, liegt auch in der massiven Haushaltskrise begründet, die nur knapp zwei Wochen nach dem Entscheid ihren unheilvollen Lauf nahm und die Finanzierbarkeit der StUB in Erlangen für viele Bürgerinnen und Bürger fundamental in Frage stellt, und zwar heute noch viel dramatischer als vor dem Entscheid.

All diese Themen der Stadtpolitik gilt es aufzuarbeiten und im Kontext darzustellen, um daraus Schlüsse zu ziehen, wie Erlangen aus der akuten Haushaltskrise herausgeführt werden kann. Da eine solche sachliche Aufarbeitung bislang öffentlich kaum stattgefunden hat, will ich mit diesem Buch einen Beitrag dazu leisten. Meine Schilderungen der Ereignisse der letzten Jahre erfolgt nach bestem Wissen und Gewissen, aber naturgemäß aus meiner eigenen, subjektiven Sicht. Alle beschriebenen Ereignisse und Fakten sind aber wo immer möglich mit den entsprechenden Quellen belegt. Zweifellos ergeben sich dennoch aus den vielen Fakten und selbst aus den erhobenen Zahlen und Daten auch ganz andere Meinungen in der Stadtgesellschaft. Immerhin, wenn Sie dieses Buch gelesen haben, werden Sie verstehen, wie ich die Dinge sehe. Sie werden nachvollziehen können, wie aus meiner Sicht die Krise in Erlangen verursacht wurde. Im Idealfall findet sich vielleicht ein gemeinsamer Ansatz, was ein Oberbürgermeister der bürgerlichen Mitte und wir nun alle miteinander tun müssen, um unsere Stadt wieder aus dieser Lage zu führen, um sie finanziell wieder selbstbestimmt, gestaltungsfähig, lebenswert und zum nachhaltigen Standort für Wirtschaft, Arbeitnehmer und Bürger zu machen. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie mich und meine Partei, die Erlanger FDP, auf diesem Weg unterstützen und begleiten.

Und nochmal, dass meine Partei, die FDP, in ihrer aktuellen Verfasstheit keine Hilfe beim Streben nach einer so wichtigen Position wie einem Oberbürgermeisteramt ist, ist eine triviale Feststellung. Und doch, wie oft habe ich in den letzten Jahren seit ich im Stadtrat bin, den Satz gehört, *„wieso bist Du eigentlich in der FDP und nicht bei uns?“*. Ich bin nun mal ein überzeugter Liberaler durch und durch, und persönliche Grundüberzeugungen sind für mich nicht

verhandelbar, was Sie bei der Lektüre des Buches erleben werden, wo ich diese mit größtmöglicher Transparenz offenlege. Daher würde ich mich sehr freuen, wenn ich – vielleicht sogar gerade deshalb – jenseits allen parteilichen Bezugs und ohne ideologische Fesseln in den Augen der Wählerinnen und Wähler und der Parteien der bürgerlichen Mitte der beste Kandidat für eine bürgerliche Mehrheit in Ihrem neuen Erlanger Stadtrat sein darf.

Die Entscheidung hierüber liegt am 8. März 2026 bei Ihnen!^b

Erlangen, im August 2025

Holger Schulze

^b Und noch ein Hinweis zur besseren Lesbarkeit des Buches: Fußnoten sind durch hochgestellte Buchstaben gekennzeichnet und finden sich auf der jeweiligen Seite, Quellenangaben sind mit hochgestellten Zahlen gekennzeichnet und finden sich am Ende des Buches in den Quellennachweisen. Für Abkürzungen gibt es zusätzlich ein Abkürzungsverzeichnis.

Inhaltsverzeichnis

Quintessenz	4
Zum Geleit	7
Kapitel 1: Plötzlich Stadtrat.....	12
Kapitel 2: Die Ausrufung des Klimanotstandes.....	24
Kapitel 3: Vom Traum einer Straßenbahn übers Land	45
Kapitel 4: Die Haushaltskrise.....	60
Kapitel 5: Wege aus der Krise	80
Zum Schluss	107
Epilog	109
Abkürzungsverzeichnis	111
Danksagungen.....	112
Über den Autor.....	113
Quellennachweise	114

Kapitel 1:

Plötzlich Stadtrat

*„Nur wer bereit zu Aufbruch ist und Reise,
Mag lähmender Gewöhnung sich entrafen.“*

Hermann Hesse – Stufen

Seit ich vor nunmehr rund sechs Jahren zum ersten Mal für das Amt des Erlanger Oberbürgermeisters kandidiert habe, haben mir Freunde und Bekannte immer wieder zugetragen, dass sie hinter vorgehaltener Hand gefragt wurden, „Wer ist denn eigentlich dieser Schulze?“

Eine berechnete Frage! Schließlich bin ich nicht wie viele meiner heutigen Stadtratskollegen in Erlangen aufgewachsen, sondern ein klassischer Zugereister, einer, den es aus beruflichen Gründen von irgendwoher nach Erlangen verschlagen hat. Ein Vorgang, der für eine Stadt mit ihrer großen Universität, dem Uniklinikum und nicht zuletzt den Unternehmen der Siemens-Familie ja alles andere als ungewöhnlich ist. Dass so jemand aber in die Kommunalpolitik geht, ist dann vielleicht doch nicht ganz so alltäglich.

Ich will dieses erste Kapitel daher darauf verwenden, Ihnen zu erklären, wie es eigentlich dazu kam, wie ich politisch ticke, und was mich antreibt, neben meinem Beruf als Naturwissenschaftler an der Universität noch das ebenfalls durchaus zeitintensive Ehrenamt eines Stadtrats auszufüllen, schlicht wer ich bin. Diejenigen, die mich bereits kennen oder denen es egal ist, was meine Hinter- und Beweggründe sind, die können dieses Kapitel getrost überspringen und sich den politischen Themen der folgenden Abschnitte widmen. Wer sich nicht für den Rückblick interessiert, stattdessen nur

wissen will, wie mein Konzept, Erlangen aus der Krise zu führen, aussieht, der kann auch nur das fünfte Kapitel lesen. Wer aber die Hintergründe besser verstehen will, warum ich die Positionen, die dort beschrieben und erläutert werden, vertrete, dem sei dieses Kapitel ans Herz gelegt.

Mein Weg in die Politik

Ich bin ein alter weißer Mann. Oder, wie man heute gerne differenziert, ein alter, weißer, heterosexueller Cis-Mann. Zu der Zeit, in der ich aufgewachsen bin, war das überhaupt kein Thema, da wurden solche Unterscheidungen noch nicht getroffen, zumindest nicht öffentlich, und es war mir persönlich schlicht und einfach völlig egal, wer oder was jemand war oder wofür er oder sie sich hielt. So ist es bis heute. Geschlecht, Hautfarbe, Religion, sexuelle Orientierung oder gar Staatsangehörigkeit – all diese Kriterien, mit denen man Menschen so trefflich in Schubladen einsortieren und mit Klischees belegen kann, sind für mich keine, die den Wert eines Menschen ausmachen können. Schlicht irrelevant.

Als alte weiße Cis-Hete mit dem Karyotyp 46,XY, wie ich als Biologe sagen würde, gelte ich heutzutage manchen wohl schlicht als langweilig, für andere aber gehöre ich zu der gefährlichen Gruppe von Menschen, die letztlich für alles Übel der Welt verantwortlich gemacht werden sollen. Da merkt man bereits, beide Sichtweisen können nicht stimmen, wie Vorurteile und Verallgemeinerungen solcher Art das ja ohnehin selten tun, das schließt sich irgendwie gegenseitig aus. Ich, der ich immer ein Problem mit Klischees habe, würde daher sagen, beides Quatsch!

Für lange Zeit hätte ich mich als vergleichsweise unpolitischen Menschen bezeichnet. Ich stamme aus einem konservativen Elternhaus strammer, aber im Grunde auch wenig reflektierter CDU-Wähler, und so habe ich, als die ersten meiner Freunde zu Teenagerzeiten den Jusos beitraten, meinen Schulkoffer (zu der Zeit war es hip, mit einem Hartschalen-Aktenkoffer zur Schule zu gehen) mit einem „Black is beautiful“-Aufkleber der Jungen Union verziert. Als

ich dann volljährig wurde, habe ich ohne zu überlegen, wie meine Eltern CDU gewählt. Mitglied in der Union – jung oder alt – war ich allerdings nie. Ich hatte andere Dinge im Kopf, die Schule, Tanzschule, erste Liebe, später dann das Studium und die Promotion. Politik war für mich lange etwas, was andere machten...

Das änderte sich so langsam erst nach der Wiedervereinigung, mit dem sich immer deutlicher abzeichnenden Ende der Ära Kohl: 1996, direkt nach meiner Promotion in Darmstadt, bekam ich meine erste Wissenschaftlerstelle am Leibniz-Institut für Neurobiologie in Magdeburg, einem Zentrum für Lern und Gedächtnisforschung. Ich zog also mit meiner jungen Familie – meine damalige Frau und ich hatten zwei Jahre zuvor, mitten in meiner Promotionszeit, unsere erste Tochter bekommen – aus der alten Bundesrepublik in das neue Bundesland Sachsen-Anhalt, in einen kleinen Vorort im Süden Magdeburgs. Ich habe so, wenige Jahre nach der Wende, die blühenden Landschaften, die Kohl zur Wiedervereinigung versprach, hautnah miterlebt. Und das in einem Bundesland, welches damals selbst nach den Maßstäben der anderen neuen Bundesländer beim wirtschaftlichen Aufschwung lange das Schlusslicht war. Die rote Laterne hing immer in Magdeburg, und die blühenden Landschaften dort beschränkten sich bestenfalls auf den einen oder anderen Löwenzahn, der sich mühsam durch die Bruchstellen in den Plattenbauten nach oben kämpfte. Die Unzufriedenheit mit der Regierung Kohl – bei allen Verdiensten um die Deutsche Einheit, die man dem promovierten Historiker mit dem richtigen Riecher für den perfekten Zeitpunkt in der Geschichte nicht hoch genug anrechnen kann – wuchs auch bei mir. Politik begann, mich persönlich und unmittelbar zu betreffen, ich erkannte zunehmend, wie sich Entscheidungen auf Bundes- aber auch auf Landesebene direkt auf mein Leben und eine ganze Region auswirkten. In Sachsen-Anhalt hatten wir zu der Zeit die besondere Situation, dass der damalige Ministerpräsident Höppner von der SPD seine rot-grüne Minderheitsregierung (seit 1994) von der PDS, also der Nachfolgepartei der SED, heute Die Linke, tolerieren ließ – die erste derartige Kooperation in der Bundesrepublik¹. So wurden beispielsweise oft Fördermittel des Bundes, anders als in anderen neuen Bundesländern, nicht abgerufen, weil der zu entrichtende Eigenanteil des

Landes von häufig 10% der Fördersumme von Sachsen-Anhalt nicht aufgebracht werden konnte. In der Folge zogen Länder wie Sachsen oder Thüringen deutlich an Sachsen-Anhalt vorbei, mit den entsprechenden Folgen: eine hohe Arbeitslosigkeit von teilweise 25% verursachte Wegzug der jungen Leute in den Westen, usw. Dadurch sank die Wirtschaftskraft im Vergleich zum Rest der Republik immer weiter, ein Teufelskreis entstand.

1998 dann die Wende in Gesamtdeutschland: Schröder wird Kanzler, die erste rot-grüne Bundesregierung beendet die Ära Kohl. Doch der Start dieser Regierung verlief alles andere als glücklich: Schnell entbrannte ein Streit um die Wirtschaftspolitik zwischen dem roten Kanzler Schröder und seinem noch linkeren Finanzminister Lafontaine, der in der Folge im März 1999 nach nur wenigen Monaten bereits zurücktrat.

All dies führte bei mir zu mehr und mehr Verdruss mit den Regierenden, von der Union war ich inzwischen enttäuscht, die SPD war nie eine Option für mich, die Grünen, aus der Anti-Atomkraftbewegung entstanden, welche ich schon immer und heute vor dem Hintergrund des Klimawandels umso mehr für falsch hielt, erst recht nicht. All dies führte dazu, dass ich, inzwischen Anfang 30, zum ersten Mal in meinem Leben wirklich begann zu reflektieren, was eigentlich meine ganz eigenen Grundüberzeugungen waren, die Glaubenssätze, die mich ausmachten. Was war wirklich von mir, wirklich ich, und was war möglicherweise noch immer unreflektiert von meinen Eltern übernommen? Der Prozess war langwierig, mitunter auch schmerzhaft, und beschäftigte mich vom Ende der Ära Kohl bis in die Anfangszeit der Regierung Schröder. Aber am Ende war ich mit mir im Reinen.

In der Folge kam ich zu dem Schluss, dass ich mich entweder nicht mehr über Politik aufregen dürfe oder selbst aktiv werden müsse, um zu versuchen, meinen Beitrag für einen Politikwechsel zu leisten; im Rahmen meiner Möglichkeiten, und sei er auch noch so klein. Ein erster Schritt in diese Richtung wäre, mich öffentlich zu bekennen, zu den nunmehr für mich überprüften und reflektierten, alten und neuen Überzeugungen. Zu diesen gehören bis heute der

festen Glaube an die Selbstbestimmung des Einzelnen, an die Freiheit der eigenen Entscheidungen, die erst dort enden darf, wo sie die Freiheit anderer beschneiden würde. Selbstbestimmung und Freiheit gehen aber auch immer mit Verantwortung einher, sie ist die andere Seite derselben Medaille. Ich will daher weder einen Staat, der mir sagt, was ich zu tun und zu lassen habe, noch einen, der dafür sorgt, dass mir auf keinen Fall irgendetwas passieren kann. Ich wünsche mir einen Staat, der einen Rahmen vorgibt, in dem sich jeder nach seinem eigenen Lebensentwurf frei entfalten kann, in dem man dann aber auch bereit sein muss, Risiken, die man selbst eingeht, selbst zu tragen. Das wäre keineswegs ein kalter Staat, da er natürlich dennoch eine soziale Absicherung für die Vorhalten würde, die sie warum auch immer wirklich benötigen. Aber ein Staat kann nur dann die Schwachen schützen, wenn er die Starken dies auch machen lässt! Diesen Geist fand ich in letzter Konsequenz nur im damaligen Grundsatzprogramm der Liberalen. Es war die Partei von Hans-Dietrich Genscher und Guido Westerwelle mit ihren „Wiesbadener Grundsätzen“² vom 24. Mai 1997. Am 12. Januar 1999 trat ich in die FDP ein.

Ein liberaler Hesse in Franken

Mein Parteieintritt war für mich zunächst die Umsetzung des Wunsches, mich politisch zu engagieren und meinen Beitrag zum demokratischen Diskurs zu leisten, ein politisches Amt habe ich eigentlich nie angestrebt.

Nun ist es in einer kleinen Partei wie der FDP aber tatsächlich schwierig, ein solches Amt zu vermeiden, wenn man auf der einen Seite mitreden, auf der anderen Seite aber auch nicht dauernd „nein“ zu Anfragen aller Art sagen möchte. So wurde im Jahr 2000 relativ schnell der Wunsch an mich herangetragen, an meinem Wohnort in der Gemeinde im Süden Magdeburgs, einen Ortsverband zu gründen, um das Grüppchen versprengter Liberaler, die es dort durchaus gab, in der Struktur einer Partei zu organisieren. Und nachdem ich das gemacht hatte, bedeutete das auch, dort den Ortsvorsitz zu übernehmen. Als bald (2001) wurde ich Beisitzer im

zuständigen Kreisvorstand, der mich 2002 in den Jugendhilfeausschuss des Bördekreises entsandte. Darüber hinaus war ich in Landesfachausschüssen und als Delegierter auf Landesparteitage aktiv.

Als ich 2007 den Ruf auf die Professur nach Erlangen bekam, habe ich naturgemäß meine politischen Ämter und Aktivitäten in Sachsen-Anhalt aufgegeben und war lange Zeit lediglich einfaches Mitglied der Erlanger FDP. Ich hatte reichlich damit zu tun, mein Labor und meine neue Arbeitsgruppe an der HNO-Klinik aufzubauen, so dass ich mich jahrelang vollständig aus der aktiven Politik heraus hielt.

Das änderte sich erst wieder gegen Ende der Amtszeit von OB Balleis und begann mit kleinen Impulsvorträgen im Kreisverband, die ich aus der Sicht eines Neurobiologen zu Themen wie *Lernen und Gedächtnisbildung im Vorschul- und Grundschulalter* oder *Angst als Werkzeug in der Politik* für meine Parteifreunde hielt. Der damalige Kreisvorsitzende Matthias Faigle und der Vorsitzende der FDP-Fraktion im Erlanger Stadtrat, Lars Kittel, holten mich in der Folge Stück für Stück wieder tiefer in die aktive Parteiarbeit, indem mich der Kreisvorstand zunächst als Berater kooptierte. Bei nächster Gelegenheit wurde ich dann regulär in den Kreisvorstand gewählt und ich ließ mich von Lars Kittel sogar dazu überreden, 2014 erstmals für den Stadtrat zu kandidieren. Zu dieser Zeit als unbekannter Zugereister auf Platz 8 der Liste erwartungsgemäß noch völlig chancenlos.

Im Laufe der Legislaturperiode 2014 bis 2020, in der die FDP in Erlangen zusammen mit der SPD und den Grünen unter dem neu gewählten OB Florian Janik eine Ampelkoalition gebildet hatte, begann ich, mich wieder intensiver in die Parteiarbeit einzubringen. Erlangen war längst zu einer echten neuen Heimat für mich geworden, und die Motivation in mir wuchs, die Geschicke dieser meiner neuen Heimat mitzugestalten. Die Idee, einmal selbst als Stadtrat für Erlangen zu arbeiten, begann mich zu reizen. Ich war neugierig zu lernen, wie so eine Stadtverwaltung funktioniert, wie die Prozesse dort ablaufen und welche Aufgaben man als Stadtrat

innerhalb dieser Verwaltung tatsächlich haben würde. Irgendwann fragten mich dann die Herren Faigle und Kittel, ob ich mir nicht vorstellen könnte, als OB-Kandidat der Erlanger FDP 2020 zu kandidieren. Eine Dreiergruppe entstand, in der wir die Möglichkeiten und Chancen einer solchen Kandidatur besprachen. Dass ich damals noch keine wirklichen Chancen haben würde, aus dem Stand als Zugereister ohne tiefere Verwurzelung in Erlangen gleich OB zu werden, war uns natürlich klar. Aber die Plattform der Kandidatur zu nutzen, um in der Stadtgesellschaft immerhin so bekannt zu werden, dass es für eine Wahl zum Stadtrat reichen würde, das war im Grunde die Idee. Und die ist dann letztlich ja auch aufgegangen...

Plötzlich Stadtrat

Inzwischen bin ich seit über 5 Jahren Erlanger Stadtrat und habe in dieser Zeit unglaublich viel gelernt. Meine Neugier, wie so eine Stadt mit ihrer Verwaltung funktioniert, wurde mehr als befriedigt: Ich kenne nun viele der inneren Abläufe, kenne die Spielregeln, die wesentlichen Akteure. Erlangen ist mir nicht mehr nur Heimat – was ja auch für sich genommen schon viel gewesen wäre – es ist mir Identifikation und Anliegen!

In diesen 5 Jahren habe ich, zusammen mit meinen liberalen Stadtratskollegen Lars Kittel und später Michael Székely, stets versucht, meine oben beschriebene liberale Grundhaltung, pragmatisch und ideologiefrei in Stadtratspolitik zu übersetzen. So haben wir etwa Anträge zum Anbau eines naturwissenschaftlichen Trakts des Emmy-Noether-Gymnasiums eingebracht³, was nun Dank dieser Initiative auch trotz Haushaltscrash erfolgen kann, oder auch zum Bürokratieabbau bei städtischen Förderrichtlinien⁴.

Aber auch überfraktionelle Anträge sind auf unsere Initiative hin eingebracht und dann auch mit breiter Mehrheit verabschiedet worden. So beispielsweise zu erneuerbaren Wärmenetzen⁵, der Aufnahme von CO₂-Bilanzen in den Klimachecks der Verwaltungsvorlagen⁶ oder der Vermeidung von Elektroschrott⁷. Gemeinsam mit

der CSU haben wir als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung 2025 die Anpassung der KiTa-Betreuungsschlüssel zwischen städtischen Einrichtungen und denen der freien Träger gefordert⁸.

Wir haben uns für so verschiedene Dinge eingesetzt wie die Erweiterung der Fußgängerzone bis zum Martin-Luther-Platz⁹, Anpassungsmaßnahmen an Starkregenereignisse¹⁰, ein Moratorium Parkplatzabbau Innenstadt¹¹ oder den Erhalt von Patientenparkplätzen vor den Kliniken in der Universitätsstraße¹². Die Vielfalt der Themen, mit denen man sich als Stadtrat auseinanderzusetzen hat, machte diese ehrenamtliche Arbeit für mich so spannend.

Selbstverständlich haben wir auch Anträgen anderer Fraktionen zugestimmt, wenn wir diese inhaltlich für richtig hielten. Beispielhaft will ich hier nur unsere vorbehaltlose Unterstützung der Einrichtung des queeren Zentrums in Erlangen nennen, da dies vielleicht ein gutes Beispiel dafür ist, was es für mich bedeutet, liberal zu sein: Als Liberaler werde ich immer jeden und jede in ihren Bestrebungen unterstützen, ein selbstbestimmtes Leben nach den eigenen Vorstellungen leben zu können, vollkommen unabhängig davon, ob mir dieser Lebensentwurf persönlich nahesteht oder nicht. Das ist schlicht nicht relevant. Die Frage also, ob mir beispielsweise die Performance einer Dragqueen gefällt oder nicht, hat keinen Einfluss auf die Frage, ob ich das queere Zentrum unterstütze, die Antwort ist selbstverständlich immer prinzipiell ja^c.

Gelegentlich sind die Positionen, die wir vertreten haben, auch sehr kontrovers im Stadtrat diskutiert worden. Besonders lebhaft ist mir dabei die Debatte um unseren Antrag zur Städtepartnerschaft mit der russischen Stadt Wladimir¹³ im Gedächtnis geblieben: Hier hatten wir am 24. Februar 2022, noch an demselben Tag also, an dem Russland seinen großangelegten Angriffskrieg gegen die Ukraine begann, nachdem es 2014 ja bereits die Krim annektiert hatte, beantragt, *„dass die Stadt Erlangen alle Beziehungen zu Wladimir auf den Prüfstand stellt, insbesondere aber die Planungen zum 40-jährigen Partnerschaftsjubiläum zunächst nicht weiterverfolgt“*. Wir forderten also ein Aussetzen der Beziehungen zu Wladimir,

^c Was dann finanzierbar ist, ist nochmal eine andere Frage.

keineswegs einen Abbruch, und sind damals von ausnahmslos allen anderen Fraktionen und Gruppierungen, die sich im Stadtrat dazu äußerten, regelrecht gegrillt worden^d. Rückblickend würde ich sagen, hat man uns nach der reflexartigen Aufregung über unseren Antrag am Ende Recht gegeben – auch wenn das bis heute vermutlich niemand zugeben würde, im nunmehr vierten Jahr des Krieges...

Natürlich gesteht sich niemand gerne ein, sich geirrt zu haben. Doch ohne überheblich wirken zu wollen, möchte ich anmerken, dass ich auch in anderen kontroversen Fragen bereits früh richtig lag. Zum Beispiel beim Thema Klimawandel: Hier hatte ich bereits in meinem letzten OB-Wahlkampf darauf hingewiesen, dass „*das Weltklima nicht durch lokale Maßnahmen in Erlangen gerettet*“ werden könne, „*aber vielleicht durch Technologien aus Erlangen!*“ Zumindest was die Rettung angeht, wurde der Beleg bereits erbracht, Erlangen hat das selbstgesteckte 1,5-Grad-Ziel bereits 2023 gerissen. Da ich im weiteren Verlauf dieses Buches noch ausführlich auf die Klimadebatte in Erlangen eingehen werde, will ich dies an dieser Stelle nicht weiter vertiefen. Aus dem gleichen Grund gehe ich hier auch nicht weiter auf das Thema Stadt-Umland-Bahn (StUB) ein, doch auch hier hat sich bereits gezeigt, dass wir mit einigen unserer Warnungen Recht hatten, am dramatischsten mit der vor der Nicht-Finanzierbarkeit, auch wenn das von vielen Akteuren in der Stadt leider immer noch geleugnet wird. Aber früher oder später, so die Erfahrung, kommt man an Wahrheiten nicht mehr vorbei...

Das Amt und die Öffentlichkeit

Wenn man für ein öffentliches Amt kandidiert, dann muss man selbstverständlich auch dazu bereit sein, an öffentlichen Debatten teilzunehmen und ein Stück weit auch selbst Gegenstand dieser

^d Die Empörung über unsere Forderung war riesig, wenn gleichwohl schon wenige Wochen später die Beziehungen faktisch eingestellt wurden, aus Gründen der simplen Praktikabilität und weil immer deutlicher wurde, wie verheerend das Vorgehen der Russen in der Ukraine war.

Debatten zu werden. Und das Ganze kostet viel Zeit: Freilich, wenn man zum OB gewählt würde, dann wäre das ein Vollzeitjob, für den man seinen bisherigen Beruf verlassen oder zumindest ruhen lassen müsste. Das Amt des Stadtrates aber ist ehrenamtlich, was bedeutet, dass der dafür notwendige Zeitaufwand neben dem eigentlichen Job zu leisten ist. Zum Abschluss dieses ersten Kapitels über mich will ich daher noch kurz erläutern, wie ich die Aufgaben, um die ich mich beworben habe oder mich auch bei der nächsten Kommunalwahl erneut bewerben werde, auffasse und ausfüllen möchte.

Erfahrung diesbezüglich habe ich als Stadtrat inzwischen reichlich gesammelt: Wenn man wie ich in einer kleinen Partei wie der FDP ist, welche aktuell nur über zwei Mandate im Erlanger Stadtrat verfügt, dann bedeutet dies einen durchaus nicht unerheblichen Zeitaufwand, wenn man das Amt ernst nimmt: Anders als die großen Fraktionen gibt es bei uns formal keine Sprecher für verschiedene Themenfelder wie Verkehr, Wirtschaft oder Bildung, sondern man macht im Grunde alles. So sitze ich aktuell beispielsweise in mehreren Ausschüssen, und selbst die, in denen man keinen Sitz mit Stimmrecht hat, besucht man hin und wieder, wenn beispielsweise eigene Anträge auf der Tagesordnung stehen. Zusätzlich zu den Ausschüssen gibt es weitere Gesprächsrunden wie Lenkungs-kreise zu bestimmten Themenfeldern (Klima, Haushalt, Personal, usw.), Besichtigungen vor Ort, etwa zu Sanierungen an Schulen, Einladungen zu verschiedensten Veranstaltungen, von der Grundsteinlegung für eine neue Feuerwache über Weihnachtskonzerte bis hin zur Absolventenfeier einer Schule. Und natürlich erfordern all diese Veranstaltungen auch Vorbereitung, allein die Sitzungsunterlagen der Ausschüsse und des Stadtrats umfassen meist viele hundert Seiten pro Woche, die ich üblicherweise sonntags lese. Alles in allem kostet mich das Amt des Stadtrats im Schnitt rund 20 Stunden in der Woche, also man könnte sagen, es ist ein Halbtags-job extra, der im Wesentlichen nachmittags ab 16 Uhr (da beginnen die Ausschuss- und Stadtratssitzungen) und am Wochenende stattfindet. Das würde sich natürlich drastisch ändern, sollte ich zum OB gewählt werden:

In diesem Fall würde ich meine Professur selbstverständlich ruhen lassen und meine Zeit voll und ganz der Stadt widmen, der Job des OBs ist „24/7“!

Noch nicht eingerechnet in dieses Zeitbudget ist die Zeit, in der man mit Bürgerinnen und Bürgern kommuniziert, denn selbstverständlich muss man für diejenigen, die man im Stadtrat vertreten soll, auch ansprechbar und responsiv sein. Das kann persönlich auf Veranstaltungen sein, bei denen man sich zufällig oder geplant trifft, aber am einfachsten geht das in meinem Fall per E-Mail, auf der ich immer erreichbar bin^e. Eher ungewöhnlich in der heutigen Zeit ist vermutlich mein Umgang mit den sozialen Medien: Hier werden Sie mich zwar häufiger mit eigenen Beiträgen auf den entsprechenden Seiten der Erlanger FDP finden (wir sind auf Facebook, Instagram, Tiktok und Youtube) und der eine oder andere kennt vielleicht auch unseren Podcast „*FreidenKER*“^f, aber ich selbst bin mit eigenen Accounts auf den sozialen Netzwerken kaum aktiv. Das liegt daran, dass ich die Diskussionen, die dort geführt werden, sehr oft als destruktiv und wenig zielführend empfinde. Darüber hinaus sehe ich die Bedeutung, die die sozialen Netzwerke mittlerweile in unserer Medienkultur einnehmen durchaus kritisch, auch wenn sie aus unserer Zeit natürlich nicht mehr wegzudenken sind und man sich als politische Partei dem auch nicht entziehen kann.

Meine Kritik an den sozialen Medien beruht dabei – neben allem, was man zu den dort aktiven Algorithmen zur Priorisierung bestimmter Beiträge oder Angriffen von Bots sagen könnte – im Wesentlichen auf der Wirkung, die sie für die individuelle Meinungsbildung haben. Dies will ich an einem Phänomen verdeutlichen, das man als „Weisheit der Vielen“ (engl. Wisdom of Crowds) bezeichnet. Es geht zurück auf einen 1907 in *Nature* erschienenen Artikel¹⁴. Dort berichtet der Autor Francis Galton von einer Nutztiermesse in Plymouth, bei der von den Besuchern im Rahmen eines Gewinnspieles das Schlachtgewicht eines Ochsen geschätzt werden sollte. Von 800 Teilnehmern wurden 13 disqualifiziert wegen

^e Holger.Schulze@fdp-erlangen.de

^f Überall, wo es Podcasts gibt, z.B. hier: <https://open.spotify.com/show/5oFtHZpnKuaEQgwJkSthfY>

falsch ausgefüllter Teilnahmekarten, die verbliebenen 787 Teilnehmer gaben teilweise sehr unterschiedliche Schätzungen ab. Bildete man aber den Mittelwert aller Schätzungen, so repräsentierte dieser exakt das Gewicht des Ochsen! Die Vielen wissen also mehr als der Einzelne, und kombiniert man ihr Wissen, so kommt man zu optimalen Lösungen – ein Grundprinzip, auf dem auch Erfolg und Funktionieren einer Demokratie beruhen! Das Problem bei der Sache: Diese Weisheit der Vielen funktioniert nur, wenn sich die Einzelnen *unabhängig voneinander* ein Urteil bilden können! Sprechen sie sich untereinander ab, dann wird es immer einige wenige geben, die lauter oder rhetorisch besser sind als andere und deren Urteilsvermögen dadurch beeinflussen. Sie ziehen die allgemeine Meinung in Richtung ihrer eigenen, und dann ist es vorbei mit der Weisheit der Vielen. Und genau das tun die sozialen Medien: Ihr großer Vorteil, dass jeder ungefiltert seine Meinung sagen kann, ist gleichzeitig ihre große Gefahr; denn auch hier gilt, wer am lautesten schreit, übertönt viele andere, die dann nur noch die Möglichkeit haben, sich der fremden Meinung anzuschließen oder die Debatte zu verlassen. Ich habe eine Art Mittelweg gewählt, ich stelle mich gerne jeder Debatte, aber nicht in den sozialen Netzwerken.

Nachdem Sie mich nun also näher kennengerlernt haben und wissen, wie ich politisch ticke, welche Auffassung ich davon habe, wie man ein politisches Amt auszufüllen hat und wie Sie mit mir kommunizieren könnten, möchte ich nun zum inhaltlichen Teil des Buches übergehen. Was sind die Themen, die mich umtreiben und von denen ich denke, dass sie in den nächsten Jahren die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt Erlangen bestimmen werden? Was sind die Probleme, wie sind sie entstanden, und welche Lösungswege möchte ich – mit Ihrem Vertrauen – angehen?

Beginnen werde ich mit einem Ereignis, das – so meine These – eine der wesentlichen Grundlagen dafür geschaffen hat, dass der Weg Erlangens in die finanzielle Schieflage so schnell geschehen konnte, wie ich das mit der FDP seit Jahren prophezeit habe und wie es seit Juni 2024 für alle offenbar wurde: Dieses Ereignis war die Ausrufung des Klimanotstandes in Erlangen.

Kapitel 2:

Die Ausrufung des Klimanotstandes

„Das einzige, was wir zu fürchten haben, ist, dass uns der Himmel auf den Kopf fällt!“

Majestix – Asterix, der Gallier

In seiner Sitzung vom 29. Mai 2019 hat der Erlanger Stadtrat einstimmig den Klimanotstand für die Stadt Erlangen ausgerufen und war damit bundesweit nach Konstanz und Heidelberg (ebenfalls im Mai 2019) die dritte Kommune, die diesen Schritt gegangen ist, in Bayern also die erste. Er folgte damit einem Bürgerversammlungsantrag der Initiative *Fridays for Future Erlangen* vom 27. März desselben Jahres und beschloss, *„die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität“* anzuerkennen, sowie *„bei seinen Beschlüssen die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche, soziale und ökonomische Nachhaltigkeit [zu] berücksichtigen und wenn immer möglich Maßnahmen [zu] priorisieren, die den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen.“* Auch wurde beschlossen, eine externe Studie in Auftrag zu geben, welche eine Abschätzung darüber erstellen sollte, welche Maßnahmen notwendig wären, um die Reduktion der CO₂-Emissionen in Erlangen nach Maßgabe des 1,5-Grad-Ziels zu erreichen¹⁵.

Dieser Beschluss hat bis heute weitreichende Folgen für das Handeln der Erlanger Stadtverwaltung: Er führte zwangsläufig zu einer Reihe von Zielkonflikten, da der Eindämmung des Klimawandels mit der Kategorisierung in die höchste Priorität Vor- oder zumindest Gleichrang, vor oder neben allen anderen Aufgaben der Stadt eingeräumt wird. Dies umfasst gerade auch die Daseinsvorsorge, welche die Stadt zu leisten hat, und damit doch gerade so wichtige und unterschiedliche Aufgaben wie die Bereitstellung von Schulen,

Kitas, Feuerwachen, Straßen, ÖPNV, Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung oder Kulturangeboten. Überdies muss man nach nunmehr sechs Jahren mit verschiedensten Versuchen zur Umsetzung des Beschlusses feststellen, dass zwar einerseits der Abwehr der ökologischen Folgen tatsächlich höchste Priorität eingeräumt wird, andererseits aber dem selbstgesteckten Ziel, auch gesellschaftliche und ökonomische Aspekte zu berücksichtigen, nahezu keine Aufmerksamkeit geschenkt wurde. So wurden etwa regelmäßig Beschlüsse gefasst, die zwar die Senkung des CO₂-Ausstoßes auf Erlanger Stadtgebiet zum Ziel haben sollten, gleichzeitig aber schwer tolerierbare Nachteile für die heimische Wirtschaft nach sich zogen. Ich nenne hier nur beispielhaft die Auswirkungen verschiedener Parkplatzstreichungen für den Einzelhandel, welche von diesem oft und zu Recht heftig kritisiert wurden¹⁶. Dass darunter auch die Akzeptanz solcher Maßnahmen innerhalb von relevanten Teilen der Bevölkerung leidet, belegt, dass auch die gesellschaftlichen und sozialen Aspekte zu wenig Beachtung fanden. So hatte die Umwandlung der Universitätsstraße in eine Fahrradstraße, welche auf mein Betreiben hin zum Glück nicht so umfangreich ausgefallen ist wie ursprünglich geplant¹⁷, die Interessen der Patienten für die Erreichbarkeit der anliegenden Frauen- und Strahlenklinik überhaupt nicht im Blick. All das hatte man kommen sehen können, weshalb ich gegen den Antrag zum Klimanotstand in der damals beschlossenen Form gestimmt hätte, wäre ich zu dieser Zeit bereits Mitglied des Stadtrates gewesen.

Eine vertane Chance

Um das klarzustellen: Ich zweifle nicht daran, dass wir aktuell einen Klimawandel beobachten: Auch wenn Wetter natürlich nicht mit Klima verwechselt werden darf, so sehen wir doch im Anstieg der Durchschnittstemperaturen, dass sich hier ein globaler Wandel vollzieht. Klima ist die Statistik von Wetter, genauer, die statistische Beschreibung von Wetter über lange Zeiträume¹⁸, und diese verändert sich zweifellos. Dennoch bedeutet das nicht, dass man nicht bei der Sinnhaftigkeit bestimmter Maßnahmen im Umgang mit dem

Klimawandel geteilter Meinung sein kann. Hierauf werde ich auch in Kapitel 5 nochmal ausführlicher zu sprechen kommen.

Der Grundsatzbeschluss wie er hier in Erlangen gefasst wurde, war aus meiner Sicht neben dem bereits Gesagten besonders aus einem Grund in dieser Form falsch, nämlich wegen der Verwendung des Begriffs *Notstand* und der sich hierdurch aufdrängenden Implikationen.

Ganz offensichtlich – und von den Initiatoren vermutlich wohl auch so gewollt – weckt die Ausrufung des Klimanotstandes Assoziationen an die Notstandsgesetze der Bundesrepublik von 1968¹⁹. Diese sehen für verschiedene Szenarien, darunter auch dem des (Natur-)Katastrophennotstandes, mögliche Maßnahmen der Regierung vor, zu denen auch massive Einschränkungen von Grundrechten gehören können. Wie gravierend solche Einschränkungen, etwa der persönlichen Freiheit des Individuums, sein können, haben wir während der Corona-Krise in vorher nicht für möglich gehaltenem Ausmaß erfahren müssen, und das, obwohl die Notstandsgesetze hierfür noch nicht einmal aktiviert wurden⁹. Öffentlicher Protest gegen die Notstandsgesetze, insbesondere der Gewerkschaften und der FDP, blieb damals auch nicht aus. Die möglichen Einschränkungen der Grundrechte gingen den Kritikern zu weit, die Furcht vor einem erneuten Aufleben eines autoritären, die Demokratie einschränkenden Staates machte sich breit und trieb Zehntausende auf die Straße. Dennoch wurden die Notstandsgesetze am 30. Mai 1968 von der damals regierenden Koalition aus CDU und SPD beschlossen, wenngleich rund ein Viertel der SPD-Abgeordneten und die FDP nahezu geschlossen gegen das Gesetzespaket stimmten.

Nun will ich die Ausrufung des Klimanotstandes einer Kommune wie Erlangen nicht mit der Verabschiedung der Notstandsgesetze

⁹ Die entsprechende Debatte über die Verfassungsmäßigkeit der Corona-Maßnahmen erspare ich mir an dieser Stelle, da sie zu weit und insbesondere zu weit weg vom eigentlichen Thema des Buches führen würde. Wer hier tiefer einsteigen möchte, dem empfehle ich das jüngste Buch von Wolfgang Kubicki: „Aufwind im freien Fall“.

oder gar dem Ermächtigungsgesetz vergleichen, denn natürlich kann eine Kommune mit einer solchen Ausrufung keinerlei Grundrechte juristisch wirksam einschränken. Aber allein die Verwendung des Begriffs Notstand halte ich auf Grund der darin angelegten Assoziationen mit un guten Zeiten Deutschlands für hochproblematisch.

Neben diesen historischen Problemen mit dem Begriff Notstand ergeben sich aber auch ganz praktische Konsequenzen: Wie ich damals bereits befürchtete, kann der Begriff natürlich leicht dazu missbraucht werden, jedwede Diskussion gegen einen Beschluss oder eine Maßnahme, die auf Grund jenes Notstandes getroffen wurde, im Keim zu ersticken. Dass ich mit dieser Befürchtung richtig lag, haben die letzten Jahre leider zur Genüge bestätigt.

Unglücklicherweise aber hat die damalige FDP-Fraktion im Erlanger Stadtrat dem öffentlichen Druck, etwa von Kindern, die in der Presse mit selbstgemalten Plakaten für mehr Klimaschutz abgebildet waren²⁰ oder auch von Klimaaktivisten vor Ort im Stadtrat während der Abstimmung, nachgegeben und wie alle anderen Fraktionen und Gruppierungen im Stadtrat der Ausrufung des Klimanotstandes zugestimmt. Mich hat das als damals designiertem OB-Kandidaten der Erlanger FDP wirklich verärgert, wurde hier doch eine Chance vertan, sich im anstehenden Wahlkampf in einem existentiell wichtigen Thema mit alternativen Lösungsansätzen zum Klimawandel von der politischen Konkurrenz sachlich begründet abzusetzen.

Die „Klimastudie“

In der Klimadebatte der vergangenen Jahre, nicht nur in Erlangen, war der, je nach Vehemenz der Argumentation drohende oder bereits bestehende, Klimanotstand stets ein Mittel, um moralischen Druck auszuüben, jedwede Maßnahme, die dem Klima dienen könnte, zu befürworten, und zwar völlig unabhängig von den Kosten oder einem nachgewiesenen Nutzen. Bereits die Vermutung,

die Maßnahme könnte sich positiv auswirken, reichte zur Rechtfertigung, koste es, was es wolle.

Doch Moral ist ein kulturell geprägtes gesellschaftliches Konstrukt, welches auch innerhalb einer Gesellschaft nicht für alle gleich sein muss und daher für so manchen nicht ausreichend zur Rechtfertigung von Maßnahmen zweifelhafter Wirksamkeit ist. Für all diejenigen, die sich also moralisch nicht überzeugen ließen – in den Augen der Protagonisten der Klimabewegten also die gewissenlosen Klimaleugner – musste daher noch eine weitere Argumentationshilfe her, die Wissenschaft. Denn wenn der Glaube nicht den Weg zur Wahrheit zeigt, dann muss es eben das Wissen tun.

Doch anstatt sich auf die reichlich verfügbaren Publikationen angesehener Klimaforscher zu berufen, was aus meiner Sicht für die Erklärung des Klimawandels vollkommen ausgereicht hätte, wurde entsprechend dem Klimanotstandsbeschluss von 2019 eine eigene Studie zum Klimawandel spezifisch für Erlangen in Auftrag gegeben. Zur Beauftragung dieser Studie wurden im HFGA vom 20.11.2019 100.000 € nebst 5.000 € für Informationen und Veranstaltungen bereitgestellt²¹.

Die *Grundlagenstudie Klimanotstand* wurde dann am 23. Juli 2020 im Stadtrat vorgestellt, nachdem das Erlanger Amt für Umweltschutz und Energiefragen die *KlimaKom gemeinnützige eG* unter der Leitung von Manfred Miosga, einem Professor für Stadt- und Regionalentwicklung an der Universität Bayreuth, damit beauftragt hatte. Die Studie wurde nicht nur vom Stadtrat zur Kenntnis genommen, es wurde auch direkt beschlossen, die Stadtverwaltung möge einen Vorschlag unterbreiten, bis zu welchem Jahr die Stadt Erlangen klimaneutral werden müsse, um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen. Darüber hinaus wurde die Verwaltung beauftragt, eine Ausschreibung für einen Klimanotstandsplan vorzunehmen und Zwischenziele jährlich zu monitoren²². Welche Kosten hierfür anfallen würden, war der Vorlage nicht zu entnehmen. Ich war zu diesem Zeitpunkt seit gerade einmal zwei Monaten Stadtrat, was zwar eine Erklärung aber keine Entschuldigung dafür ist, dass ich damals diesem Antrag, wenn auch erst nach längeren internen

Diskussionen, zustimmte. Die gängige Praxis der Verwaltung, Beschlüsse herbeizuführen, ohne die Folgekosten der Beschlüsse anzugeben, haben wir erst später beantragt, korrigieren zu lassen²³. Im April 2023 schaffte es unser Antrag auf die Tagesordnung des HFPA, wurde aber ohne Beschluss abgesetzt...²⁴

Die *Grundlagenstudie Klimanotstand* wurde fortan als wissenschaftliche Grundlage allen klimapolitischen Handelns der Stadt Erlangen ins Feld geführt und diente stets, neben den genannten moralischen Druckmitteln, als Beleg für die Alternativlosigkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen. Schließlich, so der stets unausgesprochene Subtext, seien Erkenntnisse der Wissenschaft ja über jeden Zweifel erhaben und prinzipiell unanfechtbar. Da diese Praxis im öffentlichen Umgang mit wissenschaftlichen Ergebnissen nicht nur im Erlanger Stadtrat praktiziert wird, möchte ich, der ich selbst seit über 30 Jahren als Naturwissenschaftler in der Forschung tätig bin, an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, um einmal kurz und knapp ganz grundsätzlich darüber aufzuklären, wie (Natur-) Wissenschaft funktioniert, was sie kann, was sie nicht kann, und wie sie leider immer öfter zur Durchsetzung politischer Interessen missbraucht wird.

Zu Beginn möchte ich mit einem grundlegenden Missverständnis aufräumen: **Seriöse Wissenschaft hat nicht den Anspruch, Wahrheit zu verkünden. Vielmehr ist Wissenschaft der Versuch, sich der Wahrheit immer weiter anzunähern.** Idealerweise werden hierzu Hypothesen darüber aufgestellt, wie die Wirklichkeit der Natur um uns herum beschaffen ist. Aus den Hypothesen werden dann Vorhersagen abgeleitet, welche experimentell überprüft werden können. Werden die Vorhersagen widerlegt, war die Hypothese falsch und es müssen neue, verbesserte Hypothesen erdacht werden. Der umgekehrte Schluss, dass eine bestätigte Vorhersage die zu Grunde liegende Hypothese als wahr beweisen würde – und das ist der Knackpunkt – gilt aber so nicht: Nach Karl Popper kann eine Theorie zwar falsifiziert, also als falsch entlarvt, aber eben nicht bewiesen werden²⁵. Die Grundüberlegung dahinter ist simpel: Selbst, wenn unzählige Beobachtungen mit einer gängigen Hypothese im Einklang stehen, ist prinzipiell nicht

auszuschließen, dass es nicht doch ein (noch unbekanntes) Phänomen, eine noch nicht gemachte Beobachtung geben *könnte*, welche die Hypothese oder eine ganze Theorie widerlegt. So ist es zum Beispiel Newtons Theorie der Mechanik Dank Einstein ergangen...

Nichtsdestotrotz liefert Newtons klassische Mechanik für das alltägliche Leben brauchbare Vorhersagen, auch wenn sie am Ende nur einen Spezialfall der Einstein'schen Relativitätstheorie behandelt. Ebenso können die Modelle, welche den Klimawandel beschreiben, wertvolle Hinweise auf mögliche klimatische Veränderungen in der Zukunft liefern – auch wenn Modelle wissenschaftstheoretisch von deutlich schwächerer Aussagekraft sind als Theorien – aber ich will hier nicht zu weit abschweifen...

In der Praxis sieht der wissenschaftliche Alltag so aus, dass es zu allen möglichen Themen eine schier unüberschaubare Flut von Publikationen gibt. Wirklich ernst genommen werden dabei nur solche Studien, die vor ihrer Veröffentlichung einen unabhängigen Begutachtungsprozess durch Fachleute desselben Forschungsfeldes durchlaufen haben (sogenannter Peer Review). Und selbst in den dann publizierten Arbeiten ist der Dissens die Regel, nicht der Konsens! Der wissenschaftliche Fortschritt beruht auf dem ständigen Ringen um das bessere Argument, das bessere Experiment, die besseren Daten, die klügeren Interpretationen. Das Verwerfen sich als falsch erwiesener Hypothesen und Modelle in Folge dieses Prozesses ist es, was letztlich zu Erkenntnisgewinn führt.

Eine Auftragsstudie wie die von der Stadt in Auftrag gegebene fällt ganz sicher nicht in diese Qualitätskategorie von anerkannter Wissenschaft, wo Studien nicht nur unabhängig begutachtet, sondern auch unabhängig finanziert sind, schließlich bekommt der, der bezahlt, gerne auch das, was er bestellt hat! Und ganz sicher kann eine einzelne Studie, wie brillant sie auch sei, nie den Anspruch erheben, Wahrheit zu verkünden.

In meinen Augen war die Studie, die Kollege Miosga vorgelegt hat, eine gute Zusammenfassung von Fakten, die man so in der Literatur finden konnte, und wer sich schon vorher mit der Materie

befasst hatte, dem dürfte auch vieles von dem bereits bekannt gewesen sein, was *KlimaKom* zusammentrug. Aber es war keine Klimastudie im wissenschaftlichen Sinn, die das Ziel verfolgt hätte, neue Zusammenhänge zu erforschen und neue Erkenntnisse zu liefern, denn eine solche Arbeit hätte ja idealerweise von einem Klimaforscher vorgelegt werden und sich dem wissenschaftlichen Diskurs stellen müssen. Diese Studie daher für alles, was danach in der Erlanger Klimapolitik kam, zur unanfechtbaren Wahrheit zu erheben und in der erlebten Art und Weise zur Grundlage weitreichender Entscheidungen zu machen, ist geradezu aberwitzig, leider aber auch eine Form der politischen Instrumentalisierung von Wissenschaft, die wir immer wieder beobachten müssen. Ich verweise hier als Beispiel für solch ein Vorgehen nochmals auf die Corona-Krise, wo ja auf der Grundlage vermeintlich von der Wissenschaft als unzweifelhaft erkannten Fakten etwa zur nicht-Infektiosität von Geimpften, welche sich inzwischen als falsch herausgestellt haben, weitreichende Freiheitseinschränkungen beschlossen wurden. Ich bin ein leidenschaftlicher Anhänger von Impfungen ebenso wie ich leidenschaftlich dagegen bin, diese verpflichtend vorzuschreiben. Hier wurde das wissenschaftlich Belegbare eindeutig überstrapaziert und politisch missbraucht...

Abschließend möchte ich in diesem kleinen Exkurs über Wissenschafts- und Erkenntnistheorie nochmals zur Moral zurückkommen. Denn selbst, wenn man sich über bestimmte Fakten einig ist, wenn man eine gemeinsame Hypothese – im hier besprochenen Fall die des aktuell stattfindenden Klimawandels – und somit Konsens über die Beschreibung eines Problems gefunden hat und möglicherweise sogar die Miosga-Studie zur Grundlage künftigen Handelns heranziehen möchte, ist es immer noch möglich, gleiche Überzeugungen unterschiedlich zu bewerten! Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang ein Zitat aus Max Webers berühmtem Vortrag „Politik als Beruf“ aus dem Jahre 1919 wiederholen, welches ich bereits in meiner letzten Haushaltsrede im Erlanger Stadtrat vom 16. Januar 2025 wiedergegeben hatte:

„Wir müssen uns klarmachen, daß, alles ethisch orientierte Handeln unter zwei voneinander grundverschiedenen,

unausragbar gegensätzlichen Maximen stehen kann: es kann ‚gesinnungsethisch‘ oder ‚verantwortungsethisch‘ orientiert sein. Nicht daß Gesinnungsethik mit Verantwortungslosigkeit und Verantwortungsethik mit Gesinnungslosigkeit identisch wäre. Davon ist natürlich keine Rede. Aber es ist ein abgrundtiefer Gegensatz, ob man unter der gesinnungsethischen Maxime handelt [...] oder unter der verantwortungsethischen: daß man für die (voraussehbaren) Folgen seines Handelns aufzukommen hat. [...] Wenn die Folgen einer aus reiner Gesinnung fließenden Handlung üble sind, so gilt [dem Gesinnungsethiker] nicht der Handelnde, sondern die Welt dafür verantwortlich, die Dummheit der anderen Menschen oder – der Wille des Gottes, der sie so schuf. Der Verantwortungsethiker dagegen rechnet mit eben jenen durchschnittlichen Defekten der Menschen, – er hat [...] gar kein Recht, ihre Güte und Vollkommenheit voraussetzen. [...], an diesem Problem der Heiligung der Mittel durch den Zweck, scheint nun auch die Gesinnungsethik überhaupt scheitern zu müssen. [...] Der Gesinnungsethiker erträgt die ethische Irrationalität der Welt nicht.“²⁶

Für mich steht außer Frage, dass verantwortliche Politik immer die Folgen des eigenen Handelns zum Maßstab desselben machen muss, und eben nicht einer ideologischen Gesinnung folgen darf, die keine Verantwortung für die Folgen des Handelns übernimmt.

Ich fasse also zusammen: Wissenschaft kennt keine Wahrheit, sondern nur das Bestreben, sich dieser anzunähern, ohne je endgültige Gewissheit erlangen zu können. Und auch wenn mehrere Menschen die gleichen Überzeugungen bezüglich einer Sache teilen, können diese sie zu unterschiedlichen Bewertungen und damit unterschiedlichem Handeln führen. Ich würde mir oft wünschen, die politisch Agierenden wären sich dieser Zusammenhänge bewusst und handelten danach, denn dann könnten wir die Dinge sachlich miteinander diskutieren **auf der Suche nach den besten Lösungen für aktuelle Probleme**. Doch leider sitzt die eigene Überzeugung, die Wahrheit zu kennen, bei vielen so tief, dass verhärtete Fronten oft jede konstruktive Debatte unmöglich machen, im

Erlanger Stadtrat wie auf jeder anderen politischen Ebene unserer Zeit...

So führte die Erlanger Klimastudie denn auch mehrheitlich zu der Überzeugung, man brauche eine weitere Studie, die einem nun sagen möge, wie man auf der Grundlage der vermeintlich gesicherten Erkenntnisse ins Handeln kommen könne. Auf das alte Testament der Erlanger Klimabewegung folgte das neue, der Klimafahrplan.

Der Klimafahrplan

In der Stadtratssitzung vom 26. November 2020 wurde nach Anträgen von Klimaliste, den Grünen, der SPD und den Freien Wählern der *Erlanger Klimabeschluss* gefasst²⁷. Darin wurde unter anderem beschlossen, einen *Fahrplan „Klima-Aufbruch“* mit Unterstützung eines externen Büros zu erarbeiten. Hierzu sollte ein Maßnahmenkatalog definiert werden, mit dessen Umsetzung es erreichbar wäre, das Pariser 1,5-Grad-Ziel und Klimaneutralität^h bis 2030 zu erreichen. Für Erlangen bedeutete das, bis dahin nicht mehr CO₂ auszustoßen als die für das Stadtgebiet errechneten 3,4 Millionen Tonnen Restbudget. Ein Kostenrahmen für das zu beteiligende Büro war in dem Beschluss nicht angegeben. Bereits an dieser Stelle hätte der Verdacht aufkommen können, dass man sich über die Finanzierbarkeit des ganzen Projekts nie wirklich Gedanken gemacht hatte – Geld spielte zu diesem Zeitpunkt einfach keine Rolle, und das sollte leider auch noch lange so bleiben...

Es verging dann beinahe ein Jahr, bis schließlich zwei Einrichtungen damit beauftragt wurden, die Stadtverwaltung bei der Erstellung des Klimafahrplans zu unterstützen, das „ifeu – Institut für Energie- und Umweltforschung gGmbH“ und die „Green City Experience GmbH (GCX)“²⁸. Öffentliche Quellen zum Honorar liegen mir nicht vor. Es dauerte dann nochmals ein Jahr, bis der fertige Katalog erarbeitet war, welcher insgesamt 41 verschiedene Maßnahmen auflistete, die zum Erreichen der Klimaneutralität in Erlangen

^h also ein Zustand ohne Netto-Treibhausgasemission

umzusetzen wären. Vorgestellt wurde der Fahrplan in der Stadtratssitzung vom 27. Oktober 2022. In dieser Sitzung beschloss der Stadtrat gegen unsere Stimmen von der FDP, dass der Maßnahmenkatalog die Grundlage des weiteren Handelns beim Erlanger Klimaschutz bilden sollte. Darüber hinaus wurden aus den 41 Maßnahmen zunächst 14 ausgewählt, die prioritär im darauffolgenden Jahr umzusetzen wären²⁹. Unsere Ablehnung war kein Infragestellen der zur Grundlage gemachten Klimaänderung per se, sondern beruhte auf der Ineffizienz der empfohlenen Maßnahmen. So zum Beispiel auf dem Umstand, dass zum einen die Maßnahmen nicht anhand ihrer im Endbericht zum Fahrplan Klima-Aufbruch selbst ausgewiesenen Effizienz priorisiert wurden, also nicht anhand des Kriteriums, mit welcher Maßnahme man das meiste CO₂ pro eingesetztem Euro vermeiden könnte, und zum anderen, da auch Maßnahmen priorisiert waren, die zumindest teilweise aktuell rechtlich gar nicht zulässig waren, wie etwa die Reduzierung auf Tempo 30 in Hauptstraßen in Maßnahme M1³⁰. Unserem Änderungsantrag³¹, das entsprechend anzupassen, stimmte außer uns niemand im Stadtrat zu.

Aus mir unerfindlichen Gründen wurde also selbst bei der Priorisierung der Maßnahmen darauf verzichtet, das Kriterium einer Kosten-Nutzen-Effizienz irgendwie zu berücksichtigen, obwohl der Bericht das „CO₂-Minderungspotenzial der Maßnahme“ sowie die „Effizienz bzgl. Anschubkosten“ für jede einzelne Maßnahme explizit bewertete. Für die Priorisierung spielte das aber offensichtlich keine Rolle. Bei allem Verständnis für den Wunsch, Klimaschutz zu betreiben, so kann man mit Steuergeldern nicht umgehen!

Die veranschlagten Kosten, die sich aus dem Beschluss ergaben, wurden auf 2,65 Millionen Euro Investitionskosten (plus eine Million Euro aus dem CO₂-Minderungsprogramm) und Sachkosten von 50.000 Euro beziffert, dazu Personalkosten für 22 Stellen für Referat VI (Planen und Bauen) und 9 Stellen für Referat VII (Umwelt und Klimaschutz), mit in der Summe gut 2,31 Millionen zusätzlichen *jährlichen* Personalkosten. Auch wenn bis heute (August

2025) nicht alle diese Stellen geschaffen wurdenⁱ, Geld spielte keine Rolle...

Kollateralschäden im Fahrwasser des Klima-Aufbruchs

Der Fahrplan Klima-Aufbruch galt also fortan als der heilige Gral der Erlanger Klimapolitik. Er lieferte stets das passende Totschlagargument, um die Umsetzung der Erlanger Klimaziele gegenüber so ziemlich allem anderen bei Bedarf zu priorisieren, und jedwede Ausgabe zu rechtfertigen, solange sie nur dem Klimaschutz dienen könnte. Dies führte zwangsläufig zu den bereits beschriebenen Zielkonflikten, da eine Kommune selbstverständlich noch eine ganze Reihe anderer Aufgaben zu erfüllen hat als nur den Klimaschutz. Und schlimmer noch, in der Folge führte dies zu Benachteiligungen bis hin zu Schädigungen anderer für die Bürger höchst relevanter Bereiche der Stadtpolitik.

Dabei kann man zwei Kategorien solcher Auswirkungen unterscheiden, nämlich zum einen solche, bei denen eine Klimaschutzmaßnahme direkten Einfluss auf einen anderen Lebensbereich ausübt. Ein Beispiel hierfür sind etwa die bereits erwähnten Einschränkungen durch wegfallende Parkplätze im Zuge der gewünschten Reduzierung des innerstädtischen motorisierten Individualverkehrs (MIV), der die Erreichbarkeit von Geschäften für Kunden, von Kliniken für Patienten, oder gar des Zentralfriedhofs für Angehörige bedeutete. Schwieriger abzuschätzen sind derweil indirekte Auswirkungen des Klimaschutzes auf andere Bereiche, die schlicht dadurch entstehen, dass ein Euro nur einmal ausgegeben werden kann und der beschriebene geradezu gedankenlose Umgang mit dem Thema Kosten bei Klimamaßnahmen zwangsläufig dazu führen muss, dass für andere Maßnahmen das Geld fehlt. Natürlich lassen sich die Mittel, welche für eine bestimmte Klimamaßnahme ausgegeben wurden, nicht direkt mit Mitteln verknüpfen, die deshalb für eine andere Maßnahme fehlen. Aber um

ⁱ Laut dem 2. Statusbericht Klima-Aufbruch vom Mai 2025 waren es bis zu diesem Zeitpunkt 17,5 Stellen, vgl. Beschlussvorlage 31/286/2025

einen Eindruck zu bekommen, welche Maßnahmen wir dringend umsetzen müssten, dies aber auf Grund fehlender Haushaltsmittel bis auf Weiteres nicht können, zitiere ich hier kurz einige Posten aus dem mittelfristigen Finanzplan des Kämmerers, wie er ihn bei der Einbringung des Haushaltsentwurfs für das Jahr 2025 am 24. Oktober 2024 im Stadtrat vorgestellt hatte³²:

Merkposten im Finanzplan bis 2028	Kosten (in Mio. €)
Schulsanierungen	88
Straßen- und Brückenbaumaßnahmen	190
Masterplan Hauptfeuerwache	49
Museumsquartier	13,9
Generalsanierung Egloffstein'sches Palais	11,1
Generalsanierung Markgrafentheater	10,8
Generalsanierung Ohm-Gymnasium Sporthalle	5
Umgestaltung Zollhausplatz	7,2
Summe	375

Doch das Geld fehlt nicht nur für Investitionsmittel. Wie wir beispielsweise dem *Sachstandsbericht Jugendsozialarbeit an Schulen* vom Juli 2025³³ entnehmen können, meldeten 15 Erlanger Schulen einen Stellen-Mehrbedarf für diese wichtige Arbeit an, ohne dass die Stadt dem nachkommen könnte. Auch im Bereich der Kultur- oder Vereinsförderung könnte man sich mehr Mittel wünschen, für die Volkshochschule usw. – die Liste ließe sich fortsetzen...

Es wird deutlich, die Fülle unerledigter, aber dringender Aufgaben für die Stadt Erlangen ist geradezu erdrückend. Klimaschutz ist zweifellos eine davon. Wie man diese aber im Verhältnis zu den vielen anderen Aufgaben gewichten sollte, möge jeder für sich selbst entscheiden. Wie ich das priorisiere, erfahren Sie in Kapitel 5.

Grenzen des kommunalen Klimaschutzes

Die Überlegungen zu den Kosten und möglichen Kollateralschäden des Klimaschutzes bringen mich nun zu dem letzten Abschnitt in diesem Kapitel und der Frage, was kommunaler Klimaschutz – selbst wenn man ihn mit der höchsten Priorität versieht, wie es Erlangen getan hat – denn eigentlich zu leisten im Stande ist. Zu Beginn des Prozesses, nach Ausrufung des Klimanotstandes, stand die Absichtserklärung aus dem Kooperationsvertrag zwischen der OB-SPD und der CSU³⁴, innerhalb der kommenden Legislaturperiode (2020 bis 2026) 100 Millionen Euro in den Klimaschutz zu investieren. War das überhaupt eine realistische Summe, mit der die beiden Kooperationspartner die hochgesteckten Ziele hätten erreichen können?

Um sich der Frage zu nähern, hilft ein tieferer Blick in den Endbericht zum Fahrplan Klima-Aufbruch, der oben bereits erwähnt wurde. Dort werden die geschätzten Kosten für die 41 vorgeschlagenen Klimamaßnahmen detailliert angegeben, im Kapitel 6, „Kosten und Einnahmen“. Schaut man sich die Gesamtkosten an (Abschnitt 6.5), erschrickt man zunächst bei Betrachtung der Abbildung 6-4: Dort steigen die veranschlagten Kosten von rund 22 Millionen Euro im Jahr 2023 auf *jährliche* Kosten von 64 Millionen Euro ab dem Jahr 2027! Der Saldo jedoch, also die Summe der Kosten abzüglich der erwarteten Einnahmen, sinkt ab 2024, um sich schließlich ab 2028 bei nur noch rund 14 Millionen Euro einzupendeln. Mit anderen Worten, der Bericht geht davon aus, dass sich im Zuge der geplanten Maßnahmen jährliche Einnahmen von rund 50 Millionen Euro für den Stadtsäckel generieren ließen. Wo kommt das Geld her? Hierzu muss man genauer in die einzelnen Maßnahmen schauen, und ich erspare dem Leser hier eine Beschreibung aller Maßnahmen im Detail, der Bericht ist ja öffentlich zugänglich, so dass das jeder nachvollziehen kann, der sich die Mühe machen möchte. Aber ich gebe ein paar Beispiele, damit Sie einen Eindruck bekommen:

„Erhebliche“ Einnahmen verspricht sich der Bericht etwa von der Maßnahme M7: „Drittnutzerfinanzierung des ÖPNV“. Damit ist

gemeint, dass Dritte zur Finanzierung des stark auszuweitenden ÖPNV-Angebotes verpflichtet werden sollen – denn dieser soll für die Fahrgäste ja eigentlich noch billiger gemacht werden! Wenn das Stand heute defizitäre Geschäft dabei für die Stadt gleichzeitig aber rentabel gemacht werden soll, müsste also irgendjemand „erheblich“ zur Kasse gebeten werden. Der Bericht schlägt auch vor, wer das sein könnte: Zum Beispiel könnten durch *„das Zahlen eines verpflichtenden Arbeitgeberbeitrags [...] alle Arbeitnehmer*innen in Erlangen die Möglichkeit [erhalten], im gesamten VGN vergünstigt oder ohne weiteres Ticket fahren zu können“*. Man darf bezweifeln, dass eine solche Maßnahme den Standort Erlangen für Arbeitgeber attraktiver machen würde. Alternativ wird ein Mobilitätspass vorgeschlagen: *„Es wird eine verpflichtende monatliche Abgabe für eine Zielgruppe eingeführt. Als Gegenleistung erhalten diese ein Mobilitätsguthaben, durch welches sie den ÖPNV in einem definierten Gebiet und/oder definierten (zeitlichen) Umfang entweder vergünstigt oder ohne weitere Kosten nutzen können. Die Zielgruppe können dabei alle Einwohner*innen sein, sie könnte aber auch z.B. auf alle Pkw-Haltenden beschränkt werden.“* Also im Klartext: Zwangsfinanzierung des ÖPNV durch alle Erlanger Einwohner, oder wenigstens für die Autofahrer...

Dass solche Maßnahmen rechtlich gar nicht zulässig sind, räumen die Autoren selbst ein: *„Die hier angenommenen Einnahmen sind allerdings abhängig von einer Anpassung der Gesetze und Verordnungen auf Bundes- und Landesebene. Insbesondere die Drittnutzerfinanzierung, wie im zugehörigen Maßnahmenblatt ausgeführt, bedarf einer landesrechtlichen Anpassung, bevor diese von Kommunen eingeführt werden kann.“* Ein weiterer Grund, warum wir dem Paket nicht zustimmen konnten (vgl. S. 34), denn man kann aus meiner Sicht keinen Beschluss fassen, für den erst noch Gesetze auf einer Ebene beschlossen werden müssten, auf die man als Kommune rechtlich keinen Einfluss hat – mal ganz abgesehen davon, dass solche Zwangsmaßnahmen für einen Liberalen sowieso ein Unding sind.

Ein weiterer Vorschlag ist die höhere Bepreisung der Parkraumbewirtschaftung (Maßnahme M2), bei der also erneut die Autofahrer

stärker zur Kasse gebeten werden sollen. Ich habe diese beiden Beispiele auch deshalb ausgewählt, weil sie aus meiner Sicht deutlich aufzeigen, wie wenig durchdacht (oder wie wenig ehrlich) sich die angenommene Einnahmenseite darstellt: Wenn Autofahrer einen erheblichen Beitrag zur Finanzierung des Klima-Aufbruchs leisten sollen, die Maßnahmen aber, wie ja ausdrücklich im Plan des Berichts dargelegt, gleichzeitig dazu führen sollen, das klimaschädliche Autofahren so unattraktiv in Erlangen zu machen, dass möglichst niemand mehr mit dem PKW in die Stadt fährt, wie funktioniert dann eigentlich die Gegenfinanzierung, wenn der Plan aufgeht und alle Autofahrer weg sind?

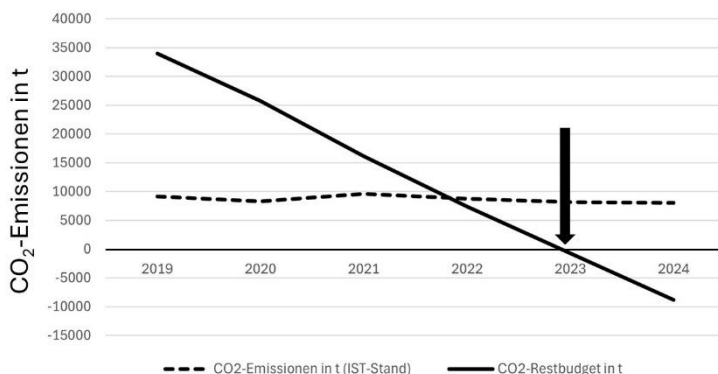
Bezeichnend ist dann auch, dass sich der Saldo der Ausgaben nach Abzug der fiktiven Einnahmen bis 2026 auf ziemlich genau 100 Millionen Euro beläuft, also den Betrag, den sich SPD und CSU bereits vorher in ihrem Kooperationsvertrag vorgenommen hatten. Wie ich oben (S. 30) bereits erläuterte, wer eine Studie in Auftrag gibt, bekommt, was er bestellt hat...

Soweit der Plan, wie er im Klima-Aufbruch beschrieben wurde. Ich überlasse es Ihnen, ob Sie die Annahmen, die dort gemacht und die Maßnahmen, die vorgeschlagen wurden, für sinnvoll, gerechtfertigt und realistisch halten – ich tue es nicht. Und eigentlich hätte an dieser Stelle bereits jedem klar sein müssen, dass die im Kooperationsvertrag von SPD und CSU vereinbarten 100 Millionen Euro niemals ausreichen könnten, die Klimaziele aus dem Erlanger Notstandsbeschluss zu erreichen.

Umso spannender, heute, nach mehreren Jahren der Umsetzungsversuche des Fahrplans Klima-Aufbruch, nachzuschauen, wie erfolgreich die Stadt denn beim Erreichen ihrer Klimaziele tatsächlich gewesen ist. Besonders aufschlussreich sind hier Zahlen, die dem Bauausschuss am 11. März 2025 vorgelegt wurden³⁵. Der besseren Übersicht halber habe ich Ihnen die Daten aus den Tabellen, die dort aufgeführt sind, in den folgenden beiden Grafiken dargestellt. Es geht bei den Zahlen nicht etwa um die Gesamt-CO₂-Bilanz Erlangens, sondern lediglich um den Teil, der durch die städtischen

Liegenschaften verursacht wird, den Teil also, den die Stadt selbst direkt beeinflussen kann.

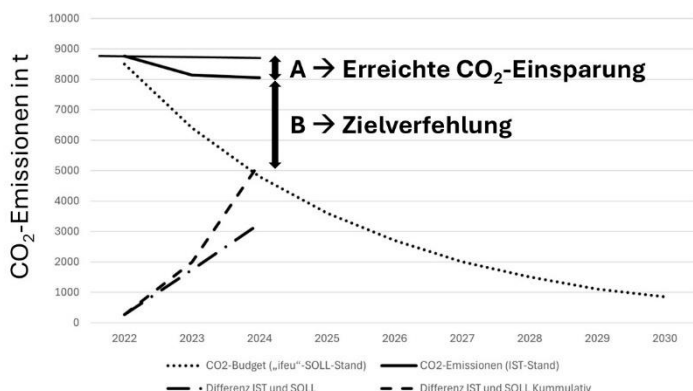
Wir schauen zunächst auf den „*Auszug aus dem CO₂-Budget-Pan-
nel städtische Gebäude*“. Die folgende Grafik illustriert, dass die Gesamtmenge an CO₂, welche zum Erreichen der eigenen Klima-
ziele noch ausgestoßen werden durfte, bereits 2023 aufgebraucht war.



Dargestellt sind die CO₂-Emissionen (gestrichelte Linie) in den Jahren 2019 bis 2024. Diese fallen seit dem Jahr 2021 leicht, aber kontinuierlich ab, von 9580t im Jahr 2021 auf 8048t im Jahr 2024. Dramatisch jedoch die durchgezogene Linie, welche das noch verbleibende CO₂-Restbudget angibt, welches die städtischen Liegen-
schaften noch ausstoßen dürfen, wenn man das 1,5-Grad-Ziel nach den Berechnungen der Klimastudie einhalten wollte. Wie die Daten zeigen, wurde dieses Ziel bereits im Jahr 2023 gerissen (schwarzer Pfeil), d.h., bereits 2023 war das gesamte CO₂, welches die städtischen Gebäude laut Plan noch ausstoßen durften, bereits in der Atmosphäre! Hier kann man also getrost von einem Scheitern des Plans sprechen.

Noch aufschlussreicher für die Frage der Finanzierbarkeit des Klima-Aufbruchs in Erlangen ist die Tabelle „*Entwicklung der CO-*

Emissionen des Gebäudemanagements“ aus selbiger Beschlussvorlage, welche ich Ihnen in der nächsten Grafik näherbringen möchte. Hier sieht man, wie groß die Diskrepanz zwischen dem Erreichten und den eigenen Zielen ist.



Die Grafik ist etwas komplizierter, deshalb führe ich Sie Schritt für Schritt hindurch. Zunächst die gepunktete Kurve: Diese beschreibt das CO₂-Budget, also den Plan der Reduzierung der CO₂-Emissionen der städtischen Liegenschaften in den Jahren 2022 bis 2030 (dem Zeitpunkt des angestrebten Erreichens der Klimaneutralität). Die horizontale Hilfslinie ganz oben gibt den Ausgangswert wieder, und die durchgezogene Kurve darunter die tatsächlichen CO₂-Emissionen in den Jahren 2022 bis 2024. Der Bereich „A“ ist also derjenige, der die tatsächlich erreichte Einsparung zeigt (die Fläche zwischen der Linie oben und der durchgezogenen Kurve). Der Bereich „B“ hingegen beschreibt die Menge an CO₂, die laut Plan zusätzlich hätte eingespart werden müssen, jedoch nicht erreicht wurde. Die unteren beiden Kurven zeigen der Vollständigkeit halber noch die Differenz zwischen dem Erreichten und dem geplanten, einmal aufs Jahr bezogen und einmal kumulativ über alle drei Jahre. Diese letzte Kurve zeigt also das Gesamtdefizit, wie es sich über die Jahre aufbaut.

Vergleichen wir nun die Ambitionen des Klima-Aufbruchs mit dem tatsächlich Erreichten: Offensichtlich ist das Erreichte („A“) deutlich geringer ausgefallen als das, was noch zu leisten gewesen wäre („B“). Ich zitiere hier nochmals aus meiner Haushaltsrede vom Januar 2025: *„Wenn selbst eine ehemals reiche Stadt wie Erlangen nur in der Lage war, die selbstgesteckten Ziele unter Aufbringung großer finanzieller Mittel **nur ein bisschen weniger stark zu verfehlen**, aber eben dennoch deutlich zu verfehlen, dann kann es in diesem Bereich kein „weiter so“ geben.“* Der Satz ist heute noch genauso richtig wie damals...

Die ganze Absurdität dieser Bilanz wird aber erst dann klar, wenn man sich vor Augen führt, dass der Anteil der städtischen Gebäude am Gesamt-CO₂-Ausstoß der Stadt Erlangen 2024 gerade mal 1% betrug! Um diese 1% also minimal zu reduzieren, was für die Gesamtbilanz der Stadt demnach nur einen verschwindend geringen Anteil ausmachen kann, wurde sehr viel Geld ausgegeben.

Um wieviel Geld es sich am Ende dabei handeln würde, können wir dem *„Sanierungsfahrplan für „Klimaneutrale städtische Liegenschaften“ (Klima-Aufbruch G1a)“*³⁶ entnehmen, der am 8. Juli 2025 im Bauausschuss beschlossen wurde: Hier wurden von 120 Gebäuden, welche 0,9% (!) der Gesamt-CO₂-Emissionen der Stadt Erlangen ausmachen, 83 priorisiert und ein Plan zur Sanierung dieser Gebäude vorgelegt. Veranschlagte Kosten hierfür: ungeheuerliche 282 Millionen Euro! Das ist die Summe, die man in Erlangen mehrheitlich bereit ist, für eine Reduzierung der CO₂-Emissionen von deutlich unter 0,9% der städtischen Gesamtemissionen auszugeben. Dass sich für viele der politisch Verantwortlichen die Frage nach der Sinnhaftigkeit einer solchen Klimapolitik nicht zu stellen scheint, empfinde ich als erschütternd. Die Frage allerdings, ob eine Kommune wie Erlangen sich eine solche Klimapolitik leisten kann, dürfte damit klar mit Nein beantwortet sein.

Wann immer man in der öffentlichen Debatte darauf hinweist, dass die Klimapolitik so wie sie in Erlangen betrieben wird, schlicht nicht finanzierbar ist, wird von den Verfechtern dieser Politik darauf verwiesen, dass die Kosten der Klimaschutzmaßnahmen noch um ein

Vielfaches steigen würden, wenn man den Klimawandel jetzt nicht stoppen würde. Das ist je nach zu Grunde gelegtem Modell durchaus denkbar, wenngleich inzwischen auch begründete Zweifel an der Aussage geäußert werden, dass die statistische Häufigkeit von Naturkatastrophen stetig zunimmt. In einem Artikel vom 5. August 2025 zitiert die *Welt*³⁷ aus Untersuchungen des *Centre for Research on the Epidemiology of Disasters (CRED)* in Belgien, welche den beobachteten Aufwärtstrend der Wetterkatastrophen auf die Steigerung der Berichterstattung zurückführen und zeigen, dass die Zahlen seit rund 20 Jahren nicht mehr steigen, seit der Zeit nämlich, seitdem durch die Verbreitung von Handys praktisch zu jeder Zeit und von jedem Ort der Welt Berichte über Naturereignisse verfügbar sind. Hierzu passen auch in dem Artikel zitierte Daten von der *Munich Re* und der *Weltbank*, die belegen, dass der durch Wetterereignisse verursachte Verlust am globalen Bruttoinlandsprodukt seit 1990 sogar leicht rückläufig ist, von im Mittel 0,25% auf nunmehr unter 0,2%.

Nun wäre es ebenso unwissenschaftlich, aufgrund dieser einen Untersuchung den Klimawandel zu leugnen, so wie es unwissenschaftlich ist, es vor dem Hintergrund solcher Daten als bewiesen zu betrachten, dass wir aktuell einen Anstieg der Wetterkatastrophen erleben. Oder anders gesagt, es ist unwissenschaftlich, Daten zu ignorieren, die dem eigenen Modell widersprechen, denn gerade diese Daten bringen die Wissenschaft ja voran, weil sie ein altes Modell falsifizieren (vgl. S. 29) und so ein neues, besseres Modell erforderlich machen. Für einen verantwortlich handelnden Politiker sollte diese Debatte eigentlich aber auch zweitrangig sein, solange sie nicht zugunsten einer Seite entschieden ist, denn beide Szenarien könnten sich noch als wahr herausstellen, und insofern sollte man sich auf alles einstellen.

Der Fehler in der Überlegung der Verfechter der These, dass die Klimakosten um ein Vielfaches steigen würden, wenn man den Klimawandel nicht stoppen würde, liegt jedoch in der Prämisse, dass man den Klimawandel mit den beschriebenen Mitteln – noch dazu in einer Kommune – tatsächlich aufhalten könne. Gerade das Beispiel mit dem Sanierungsplan für die städtischen Gebäude zeigt

eindrücklich, dass das so eben gerade nicht gelingen kann. Ich hatte bereits in meinem letzten OB-Wahlkampf 2020 gesagt, man könne das globale Klima nicht durch Maßnahmen in Erlangen retten, vielleicht aber durch neue Technologien aus Erlangen. Hier gibt es exzellente Forscher an der Naturwissenschaftlichen und der Technischen Fakultät, man denke nur an den Bereich der Wasserstoffspeicherung. Was man als Politiker, der für diese Stadt und ihre Menschen Verantwortung trägt, aber nicht machen darf ist, sich darauf zu verlassen, dass uns neue Techniken am Ende vor dem Klimawandel bewahren werden. Wir müssen die finanziellen Mittel, die wir haben, also dafür einsetzen, **Anpassungsmaßnahmen an den stattfindenden Klimawandel** vorzunehmen, **um unsere Bevölkerung vor dem zu schützen, was da kommen möge**. Maßnahmen gegen die Überhitzung der Innenstädte zum Beispiel. Was wir aber nicht mehr machen dürfen ist, die begrenzten finanziellen Ressourcen, die uns zur Verfügung stehen, in Projekte zu investieren, die das Scheitern nur minimal verkleinern. So, wie es die Stadt unter ihrer derzeitigen Führung vorhat, können wir den Klimawandel nicht aufhalten. Was wir aber könnten ist, uns darauf vorzubereiten.

Ziel dieses Buches ist es ja, aufzuzeigen, wie Erlangen in die Haushaltskrise gerutscht ist. Die horrend kostspieligen Klimamaßnahmen, welche nach Ausrufung des Klimanotstandes unreflektiert und unkritisch beschlossen wurden, waren aus meiner Sicht die erste große Weichenstellung in diese fatale Richtung. Sie war ein Fehler, da dadurch dem Schutz des Klimas nicht gedient, dem Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor dem Klimawandel aber letztlich geschadet wurde, da hierfür nötige Mittel nun fehlen.

Vielleicht haben Sie sich bei der Lektüre dieses Kapitels gewundert, dass ich eine Sache noch nicht angesprochen habe, welche doch auch eng mit der Klimapolitik verflochten ist, die Stadt-Umland-Bahn. Der Grund dafür ist, dass sie von solch herausragender Bedeutung für das Thema dieses Buches ist, dass ich ihr im Folgenden ein eigenes Kapitel widmen muss.

Kapitel 3:

Vom Traum einer Straßenbahn übers Land

„Die Realität ist häufig ungenau.“

Douglas Adams – Das Restaurant am Ende des Universums

Wohl kaum ein Thema hat die Erlanger Stadtgesellschaft so gespalten, wie es die Debatte um die Stadt-Umland-Bahn getan hat, jedenfalls ganz sicher nicht, solange ich in Erlangen lebe. Befürworter und Gegner stehen sich bis heute unversöhnlich gegenüber, und der Riss geht quer durch alle gesellschaftlichen Schichten und Gruppierungen. Was für manche nach wie vor ein langersehnter Wunschtraum ist, entwickelte sich für andere mit den verschiedenen Konkretisierungen der Planung über die Jahre zum schieren Alptraum. Und auch für diejenigen, die sich die Realisierung der StUB grundsätzlich wünschen, stellte sich immer wieder die Frage, ob ihr Traum erfüllbar wäre oder auf Grund von Nicht-Finanzierbarkeit unerfüllt bleiben sollte.

Besonders eng ist die Frage, ob die StUB nun gebaut werden sollte oder nicht, auch mit der Klimathematik verknüpft, wobei sie interessanterweise gerade auch das Lager der Grünen, Umweltverbände und Klimaaktivisten spaltet: Während die einen vehement argumentierten, dass man die StUB unbedingt benötige, um den Klimaschutz voranzubringen, weil dies im Gegensatz zum MIV ein klimafreundliches Verkehrsmittel sei, vertraten andere die Position, die StUB produziere zu viel CO₂-Emissionen (Stichwort Beton, etwa von Brückenbauten und Unterführungen), schade dadurch dem Klima mehr als sie nütze und zerstöre durch ihren Bau zu viel Natur³⁸. Trotz dieser Widersprüche darf man aber vermuten, dass die angenommenen positiven Auswirkungen der StUB auf das Klima für viele ein wesentlicher Grund waren, sich am Ende für den Bau auszusprechen. Ich würde daher die These wagen, dass das Ja

zur StUB beim Bürgerentscheid am 9. Juni 2024, welches ja nur sehr knapp ausgefallen war, ohne die vorangegangene und im vorherigen Kapitel beschriebene Klimadebatte in Erlangen nicht zustande gekommen wäre.

Das Für und Wider zum Bau der StUB ist ganz offenkundig ein komplexes Thema, und ich werde hier, als bekanntermaßen bekennender StUB-Gegner, nicht der Versuchung erliegen, diese Debatte der vergangenen Jahre mit all ihren Pros und Kons nachzuzeichnen. Der Bürgerentscheid 2024 hat zugunsten der StUB entschieden, und daher müssen wir all das, was vor diesem Termin bereits an Argumenten auf dem Tisch lag, nicht nochmal diskutieren. Relevant für das Thema dieses Buches ist vielmehr die Frage, was die StUB bislang für den städtischen Haushalt bedeutet hat und insbesondere, was es bedeuten würde, würde man sie tatsächlich bauen.^j Welchen Anteil hat sie an der aktuellen Erlanger Haushaltskrise? **Denn auch hiervon bin ich überzeugt: wäre den Erlangern zum Zeitpunkt der Abstimmung bereits bewusst gewesen, in welcher prekärer finanziellen Lage sich die Stadt schon wenige Tage nach dem Entscheid wiederfinden würde, sie hätten sich wohl mehrheitlich eher knapp gegen als knapp für den Bau ausgesprochen.**

Doch gehen wir zunächst zurück zum Anfang der Debatte um die StUB, zurück zu der Idee, die Städte der Region mit einer Straßenbahn zu verbinden.

Von der Idee zum ersten Erlanger StUB-Entscheid

Erste Überlegungen zu einer „Überlandstraßenbahn“ im Knoblauchsland sind schon über 100 Jahre alt und stammen aus dem Jahr 1911³⁹. Und schon damals war die Finanzierbarkeit wie naturgemäß immer bei Infrastrukturmaßnahmen solchen Ausmaßes ein

^j Die Fragen, ob es überhaupt möglich ist, die aktuelle Haushaltskrise zu überwinden, wenn man unverändert am Bau der StUB festhält und ob die veränderte Haushaltslage nach dem Bürgerentscheid eine Neubewertung des Projekts nötig macht, werde ich in Kapitel 5 aufgreifen.

zentrales Thema, das Projekt scheiterte auf Grund wirtschaftlicher Schwierigkeiten nach dem ersten Weltkrieg. Aber auch die Auswirkungen eines solchen Bauwerks auf das Erlanger Stadtbild spielten bei den historischen Vorläufern der StUB eine entscheidende Rolle. So wurde etwa der Bau der sogenannten H-Bahn 1978 vom Stadtrat abgelehnt, da man befürchtete, diese Hängbahn würde das Stadtbild intolerabel durchschneiden⁴⁰ – ein Argument, das man auch in Bezug auf die Streckenführung der nun geplanten StUB durch die Erlanger Innenstadt immer wieder gehört hat. Ab den 1990er Jahren wurde dann ein Konzept für eine Regionalstadtbahn entwickelt, welche seither als StUB bezeichnet wird. Und obwohl eine Machbarkeitsstudie 1994 ein Kosten-Nutzen-Verhältnis von 1,48 auswies und sowohl die Stadt Erlangen als auch die Landkreise Forchheim und Erlangen-Höchststadt den Bau der Bahn beschlossen, lehnte das Land Bayern die Förderung des Projekts 1997 ab, bei geschätzten Kosten von damals knapp einer Milliarde D-Mark. Der Bau der StUB konnte daher nicht realisiert werden.

Wie entscheidend die Streckenführung und das daraus resultierende Kosten-Nutzen-Verhältnis (bzw. der Nutzen-Kosten-Indikator (NKI)) für die Planungen der StUB waren, zeigte die weitere Entwicklung: 2006 fiel Forchheim aus den Überlegungen, und ab 2008 dachte man über eine Verlängerung der Nürnberger Straßenbahn bis nach Erlangen nach. Neue Nutzen-Kosten-Untersuchungen wurden angestellt, die 2012 ergaben, dass eine Verlängerung der Bahn bis an die Stadtgrenze von Erlangen nicht förderfähig gewesen wäre, weshalb eine zusätzliche Verlängerung empfohlen wurde. Hier können bereits Zweifel aufkommen, ob die Streckenführung primär an den verkehrlichen Notwendigkeiten oder an der Förderfähigkeit orientiert wurde – wobei beides natürlich eng miteinander zusammenhängt. Schließlich wurde das sogenannte T-Netz diskutiert, das sich von Nürnberg kommend in Erlangen in eine Strecke nach Herzogenaurach im Westen und eine nach Uttenreuth im Osten aufspaltet.

Der NKI ist auch heute noch von zentraler Bedeutung, da er bestimmt, ob ein Projekt prinzipiell durch Bund und Land förderfähig ist, wozu Werte über 1 nötig sind. Die Formel für dessen

Berechnung hat sich indes in der Vergangenheit verändert, zuletzt im März 2023, als der Bund seine Förderkriterien für ÖPNV-Projekte änderte, wodurch der Nutzen-Kosten-Indikator (NKI) für die StUB von 1,1 auf 2,2 anstieg⁴¹. Allerdings stammt die ursprüngliche Kosten-Nutzen-Untersuchung wie erwähnt aus dem Jahr 2012, die letzte Aktualisierung zum L-Netz aus dem Jahr 2015⁴². Eine Aktualisierung dieser 10 Jahre alten Zahlen wäre also dringend erforderlich.

Während aller Phasen der Planungen um die StUB kam es immer wieder zu kontroversen Diskussionen, sowohl in Erlangen als auch im Kreis Erlangen-Höchstadt. Auf die Details möchte ich hier nicht vertieft eingehen, da sie eher von historischem Interesse sind und wenig zum Thema des Buches beitragen würden^k. In Erlangen jedenfalls fand am 6. März 2016 ein Bürgerentscheid zu der Frage statt, ob die *Planungen zur StUB* fortgesetzt werden sollten. Hier ging es also keineswegs, wie von manchen immer wieder behauptet (oder falsch verstanden wurde), bereits um die Frage, ob die StUB gebaut werden sollte. Da zu diesem Zeitpunkt viele Fakten zum Projekt noch nicht vorlagen, etwa zur genauen Streckenführung oder den Kosten, hielten auch viele in der Erlanger FDP es für sinnvoll, die Planungen fortzusetzen, um diese Fakten zu ermitteln. Erst wenn alle Zahlen auf dem Tisch liegen würden – so die Überlegung etwa der Hälfte unserer Mitglieder damals – könne man sinnvoll darüber entscheiden, ob man die StUB bauen solle oder nicht. Die andere Hälfte stand dem Ganzen auch vor Ermittlung all dieser Daten bereits ablehnend gegenüber, denn was damals schon klar war, war, dass allein die Planungen in den nächsten Jahren einen Millionenbetrag im mittleren zweistelligen Bereich verschlingen würden, die ja umsonst investiert wären, sollte das Projekt am Ende doch abgelehnt werden. Der Bürgerentscheid ging am Ende mit rund 60:40 für die Fortsetzung der Planungen aus. Noch im selben Monat, am 17. März 2016, beschloss der Erlanger Stadtrat den Beitritt zum Zweckverband Stadt-Umland-Bahn⁴³.

^k Wen die Details interessieren, den verweise ich auf die oben bereits zitierte Wikipedia-Seite zur StUB, die eine gute Zusammenfassung liefert.

Der Zweckverband

Der *Zweckverband Stadt-Umland-Bahn* wurde von den Städten Erlangen, Herzogenaurach und Nürnberg gegründet, um, wie es in der Präambel der Satzung des Zweckverbandes⁴⁴ beschrieben wird, eine feste Struktur zur Realisierung der StUB zu schaffen. Zu seinen Aufgaben gehört nach §4 der Satzung neben der Planung, dem Bau und dem Betrieb der StUB auch die „*Verknüpfung der Stadt-Umland-Bahn mit anderen Verkehrsträgern*“ (eine Ergänzung der Satzung vom Oktober 2021⁴⁵), etwa durch Park+Ride-Anlagen. Darüber hinaus hat er „*die Aufgabe, Fördermittel des Bundes und des Freistaats Bayern [...] zu beantragen und zu vereinbaren*“. Weitere Aktivitäten des Zweckverbandes, etwa die umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit, beispielsweise im Zuge der Pro-StUB-Kampagne vor dem zweiten Erlanger Bürgerentscheid zur StUB, sind in der Satzung nicht explizit geregelt, sondern werden von der Verbandsversammlung oder dem Verbandsausschuss beschlossen, wodurch sie für die Öffentlichkeit nicht immer leicht nachvollziehbar sind. Dies gilt zum Beispiel auch für die Deckung des Finanzbedarfs und die Verwendung der Mittel, welche im Haushaltsplan des Zweckverbandes festgelegt und der von der Verbandsversammlung beschlossen werden, und tatsächlich auch für Stadträte wie mich oft nur schwer nachvollziehbar sind. Vermutlich auch hierdurch sah sich der Zweckverband früh Vorwürfen der Intransparenz ausgesetzt. So wurde Stadträten mitunter verweigert, bestimmte Unterlagen des Verbandes zuzusenden und stattdessen angeboten, die Unterlagen vor Ort beim Zweckverband einzusehen, allerdings ohne etwas abzufotografieren, nur handschriftliche Notizen wären erlaubt gewesen. Da diese Auflagen sogar noch strenger sind als es beispielsweise die Regelungen für die Einsichtnahme in Stasi-Unterlagen vorgeben⁴⁶, hat sich so mancher schon die Frage gestellt, ob der Zweckverband irgendetwas zu verbergen habe. Auch ausweichende Antworten, die Bürger etwa in konkreten Fragen in Chats von Mitarbeitern des Zweckverbandes erhielten, trugen zu diesem Bild bei. So liegt mir zum Beispiel ein Chatprotokoll vom 4.6.2024 vor, in dem eine Bürgerin

fragt, wie hoch denn die Summe sei, die bislang für die Öffentlichkeitsarbeit ausgegeben wurde. Doch anstatt die Summe einfach zu nennen, verweist eine Mitarbeiterin des Zweckverbandes auf den allgemeinen Rahmen der Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit (1% der Gesamtsumme des Projekts werden vom VDI empfohlen) und darauf, dass man da noch deutlich drunter sei. Auf erneute Nachfrage der Bürgerin schreibt sie dann wörtlich, *„Wenn Sie Aussagen möchten, die über meine Antwort hinaus gehen, fragen Sie bitte offiziell über die Infoadresse beim Zweckverband nach.“* Das wirkt auf mich so, als wolle man es den interessierten Bürgern unnötig schwierig machen, an die gewünschten Informationen zu kommen, in der Hoffnung, dass diese dann irgendwann entnervt aufgeben.

Natürlich muss der Zweckverband seine Aufgaben, die ihm laut Satzung übertragen wurden, nach bestem Wissen und Gewissen erfüllen. Da der Verband aber erhebliche finanzielle Mittel von den drei beteiligten Kommunen überwiesen bekommt, besteht ein berechtigtes Interesse der Öffentlichkeit daran, wie diese Mittel verwendet werden. Dass aber gerade vor dem Hintergrund der durchaus aufwendigen (und sicher auch kostspieligen) Öffentlichkeitsarbeit ausgerechnet dieser Aspekt in der Wahrnehmung vieler Bürgerinnen und Bürger nicht zufriedenstellend erfüllt wird, wie eine ganze Reihe von Leserbriefen dokumentiert⁴⁷, trägt nicht gerade zur Vertrauensbildung bei.

Ebenfalls wenig dazu angetan, als vertrauensbildende Kommunikationsstrategie wahrgenommen zu werden, ist die oft als überheblich empfundene Rhetorik des Zweckverbandes bzw. seiner Vertreter. So äußerte die Geschäftsleiterin des Zweckverbandes sinngemäß mehrmals in einer Podiumsdiskussion am 3.6.2024 in der Erlanger Stadthalle, dass der Zweckverband die "optimale Planung", also die bestmögliche Planung für ein Verkehrsmittel für Erlangen gefunden habe. Es gebe kein besseres Projekt! So, wie der Zweckverband die StUB geplant habe, sei das die beste, also perfekte Lösung für Erlangen. Inhaltlich gleichlautend hat sie das auch im Stadtrat bei verschiedenen Gelegenheiten geäußert, bei denen ich zugegen war.

Solch eine Absolutheit in der Aussage kann freilich genutzt werden, um kritische Diskussionen im Keim zu ersticken. Aber den sicheren Besitz der Wahrheit gibt es, wie wir oben schon am Beispiel der Diskussion um wissenschaftliche Erkenntnis gesehen haben (vgl. S. 29ff), ganz sicher erst recht nicht bei der Planung so komplexer Infrastrukturprojekte wie der StUB.

Bei diesen Beispielen zu der Kommunikationspraxis des Zweckverbandes will ich es belassen. Oft hätte man sich, auch als Stadtrat, gewünscht, dass diese anders und mehr auf Augenhöhe stattgefunden hätte. Was auch bei mir oft blieb, war ein fahler Beigeschmack und das unbefriedigende Gefühl, nicht umfänglich informiert worden zu sein, ein Gefühl, dass der Zweckverband sich jederzeit einen Informationsvorsprung vor der Öffentlichkeit und auch uns Stadträten bewahren wollte. Vielleicht war es ja nur ein Gefühl, aber Tatsache ist, dass mir bis heute nicht klar ist, welche Kosten bei Realisierung der StUB *insgesamt* auf die Stadt Erlangen zukommen würden. In den folgenden Abschnitten will ich daher versuchen, mich einer Beantwortung dieser Frage zu nähern.

Was kostet die StUB?

Betrachten wir zunächst die offiziellen Zahlen des Zweckverbandes: Auf dessen Homepage findet sich ein „StUB-Spickzettel“⁴⁸, der Stand heute (August 2025) folgende Zahlen zu den Kosten der StUB angibt:

Gesamtkosten der StUB	730,0 Millionen €
davon Investitionskosten	635,0 Millionen €
Planungskosten	95,0 Millionen €
davon bereits abgerufen	46,6 Millionen €
davon bereits angefallen	22,2 Millionen €

Bei einer erwarteten Förderquote von 90% durch Bund und Land¹, basierend auf einem NKI, der inzwischen wieder leicht auf nunmehr 2,0 gesunken ist, ergeben sich folgende Eigenanteile der drei beteiligten Kommunen:

Erlangen	82 Millionen €
Nürnberg	27 Millionen €
Herzogenaurach	22 Millionen €

Die Betriebskosten schätzt der Zweckverband auf gut 2 Millionen Euro pro Jahr, von denen auf die Stadt Erlangen 1.257.500 Euro entfallen würden, was einer Erhöhung des Verlustausgleichs gegenüber den ESTW um 10,43% bedeuten würde⁴⁹.

Nachdem Erlangen bereits 29 Millionen Euro an den Zweckverband überwiesen hat, verbleiben für unsere Stadt also noch 53 Millionen Euro weitere Kosten bis zur Fertigstellung der StUB. Da sich diese ja nach den aktuellen Planungen bis zum Jahr 2034 hinziehen wird, ergäbe sich also eine StUB-bedingte zusätzliche Belastung für den städtischen Haushalt im Bereich eines mittleren einstelligen Millionenbetrages pro Jahr. Für ein Infrastrukturprojekt dieser Größenordnung geradezu ein Schnäppchen, könnte man meinen. Und tatsächlich würden mir diese Summen keine schlaflosen Nächte bereiten, wären da nicht auf der einen Seite Zweifel, dass es sich bei den Berechnungen des Zweckverbandes am Ende um realistische Größenordnungen handelt, und auf der anderen Seite die inzwischen eingetretene Haushaltskrise.

¹ Tatsächlich ist die Förderung bislang weder beantragt noch bewilligt, denn damit ein Finanzierungsantrag gestellt werden kann, muss zunächst die Planfeststellung erfolgt sein. Hier könnte auch die aktuelle Haushaltslage noch zu einem Problem werden, denn nach aktueller Rechtslage in Bayern (BayGVFG, Art. 3 Abs. 1 Nr. 2) und des Bundes (GVFG, §3 Nr. 2) hängt eine Förderzusage davon ab, dass der Eigenanteil (und ggf. weitere, nicht förderfähige Kosten) finanziell abgesichert ist.

Egal wie man zu anderen Aspekten der StUB steht, sei es die häufig kritisierte Streckenführung durch die Innenstadt, die Debatte um die Frage, wie realistisch die angenommenen Fahrgastzahlen und in der Folge die CO₂-Einsparungen wären, usw., zu all diesen Themen lagen alle Argumente vor dem Bürgerentscheid am 9. Juni 2024 auf dem Tisch und konnten von den Erlanger Wählerinnen und Wählern entsprechend abgewogen werden. Was sich aber nach dem Entscheid fundamental geändert hat, ist die Haushaltslage der Stadt Erlangen, ein Umstand, der es aus meiner Sicht zwingend erforderlich macht, den Kostenfaktor StUB neu zu bewerten!

Um also abschätzen zu können, ob die Stadt Erlangen sich die StUB vor dem Hintergrund ihrer massiv verschlechterten finanziellen Rahmenbedingungen leisten kann, muss nicht nur überprüft werden, ob sich die ausstehenden 53 Millionen Euro Investitionsmittel noch darstellen lassen, es muss insbesondere hinterfragt werden, ob es sich hierbei um eine realistische Schätzung handelt, und mehr noch, ob durch das Projekt nicht noch ganz andere Folgekosten entstehen können, die bislang noch gar nicht in den Berechnungen des Zweckverbandes berücksichtigt wurden. Folgende Überlegungen machen mich hier skeptisch, dass es bei den genannten 53 Millionen Euro für Erlangen bleiben würde:

Da sind zu allererst die Erfahrungen mit großen Bauprojekten, welche nahezu immer mit teils massiven Kostensteigerungen im Verlaufe ihrer Realisierung zu kämpfen haben. Dabei liegen die Preissteigerungen beim Bau noch weit über dem Durchschnitt der Kostensteigerungen in anderen Bereichen⁵⁰. Der Zweckverband selbst hat in seiner Kostenschätzung einen Risikopuffer von rund 20% der Investitionskosten, konkret 128 Millionen Euro veranschlagt. Sind 20% realistisch?

Schauen wir uns zum Vergleich ein paar Beispiele anderer öffentlicher Bauvorhaben, sowohl der Stadt Erlangen als auch vergleichbarer Infrastrukturprojekte^m anderer Städte an:

Projekt	Kosten-schätzung	Tatsächliche Kosten / aktualisierte Schätzung	% Steigerung
Hauptfeuerwache	12,6	50,5	300,8
Sanierung KuBiC (2024-26) ⁵¹	16,1	26,0	61,5
Stuttgart 21 ⁵²	2600	11400	338,5
2. Münchener Stammstrecke	3200	9500	196,9
Elbphilharmonie	186	866	365,6

Alle Kosten in Millionen €

Aufschlussreich ist hier zum Beispiel die Beschlussvorlage vom März 2024⁵³ zum Neubau der Hauptfeuerwache, in der die Gründe für die massiven Kostensteigerungen gegenüber der ersten Schätzung diskutiert werden. So wird etwa angegeben, dass sich „*Baukostensteigerungen seit II. Quartal 2019 in Höhe von 42,6 Prozent in Folge von Inflation, Energiepreissteigerungen und Materialknappheit*“ ergeben hätten. Und diese 42,6% erklären dabei nur einen Bruchteil der tatsächlichen Kostensteigerungen seit der ersten Schätzung im HFFPA vom 17. Juli 2019⁵⁴, welche eine Vervierfachung in nicht mal 5 Jahren betrug, wobei auch die 50,5 Millionen Euro immer noch eine Schätzung mit einem angenommenen Fehler von -10% bis +20% sind, oder anders gesagt, aus den gut 50 Millionen Euro könnten auch noch über 60 Millionen Euro werden. Gründe für diese immensen Kostensteigerungen waren neben den bereits erwähnten allgemeinen Baukostensteigerungen z.B. auch Prüfergebnisse der Statik der Bestandsgebäude und die Lage des Hauptabwasserkanals, welche umfangreiche Neuplanungen erforderlich machten. Da wir den Bau der Feuerwache auf Grund der aktuellen Haushaltslage allerdings auf unbestimmte Zeit

^m Hier wird so mancher einwenden, dass Projekte wie Stuttgart 21 oder die zweite Stammstrecke München viel größer und daher nicht mit der StUB vergleichbar seien. Da die StUB aber aktuell das größte Straßenbahnbau-projekt Deutschlands ist, dürften diese Projekte dem Wesen nach durchaus als vergleichbar gelten. (Vgl. https://www.sat1.de/serien/1730-sat1-bayern/videos/erlangen-groesstes-strassenbahnprojekt-deutschlands-v_nbbgbxq19m)

verschieben mussten, wird heute wohl noch niemand sagen können, was sie am Ende tatsächlich kosten wird. Nur eines dürfte sicher sein, billiger wird es nicht.

Wenn wir also beim Bau der Hauptfeuerwache bereits nach 5 Jahren mit Kostensteigerungen von 300% gegenüber den ursprünglichen Schätzungen konfrontiert werden, wie kann sich der Zweckverband dann so sicher sein, dass die 20% Puffer über einen Zeitraum von 10 Jahren ausreichend sein werden? Ist es denn ausgeschlossen, dass sich bei den Detailplanungen z.B. bei der Güterhallenunterführung am Bahnhof oder der Unterführung unter der A73 nicht auch Details ergeben, z.B. die Statik oder Leitungen im Untergrund betreffend, die auch hier zu massiven Kostensteigerungen führen könnten? Mir ist das zu unsicher...

Dass die Kostensteigerungen nicht immer so dramatisch ausfallen müssen wie bei der Hauptfeuerwache, zeigt die Sanierung des KuBiC, wobei aber auch hier der vom Zweckverband für die StUB einkalkulierte Sicherheitspuffer um das Dreifache übertroffen wurde.

Und dass Erlangen hier keine Ausnahme darstellt, sondern dass exorbitante Kostensteigerungen bei großen Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen leider eher die Regel sind, zeigen Beispiele wie Stuttgart 21 oder die zweite Münchener Stammstrecke. Das absolute Negativbeispiel für Kostensteigerungen bei öffentlichen Bauvorhaben dürfte die Elbphilharmonie sein, mit finalen Baukosten die bei mehr als dem Viereinhalbfachen der Schätzung der Machbarkeitsstudie lagen. Immerhin spielt da unsere Hauptfeuerwache in derselben Liga wie die Elbphilharmonie oder Stuttgart 21, was diesen Multiplikator angeht. Dass ausgerechnet den Kosten der StUB eine Schätzung zu Grunde liegen soll, die um eine Größenordnung besser ist als vergleichbare Projekte, entbehrt nicht einer gewissen Hybris...

Doch die Belastbarkeit der Kostenschätzung ist nicht das einzige Risiko für den städtischen Haushalt, welches von der StUB ausgeht. Viel zu wenig diskutiert sind Kosten, die im Zuge der Bautätigkeiten entlang der StUB-Trassenführung entstehen könnten,

aber möglicherweise noch gar nicht berücksichtigt werden konnten, da sie noch gar nicht bekannt sein können. Was ich damit meine sind etwa Leitungen im Untergrund der Trasse, die gegebenenfalls verlegt und/oder erneuert werden müssten. Nicht nur, dass solche Kosten noch nicht vollständig beziffert werden konnten, weil gar nicht im Detail klar ist, welche Probleme möglicherweise hier und da im Untergrund schlummern – denken Sie zum Beispiel an die Trassenführung durch die enge Henkestraße – solche Kosten wären möglicherweise auch nicht förderfähig, müssten also von den Vorhabenträgern vollständig übernommen werden!

Auch wenn der Zweckverband hier erwartungsgemäß kein großes Risiko für zusätzliche Kosten sieht, welche nicht bereits durch den üppig bemessenen Puffer abgedeckt wären⁵⁵, sehen sich die Stadtwerke nicht in der Lage, Kosten, die durch eine mögliche Neuverlegung ihrer Leitungen entstehen können, genau zu beziffern, solange noch keine Detailplanung des Trassenverlaufs vorliegt⁵⁶. Fachleute, die sich mit Bauvorhaben auskennen, bezweifeln, dass hier keine Kostenfallen lauern würden⁵⁷. Und auch wir von der FDP wollten es zusammen mit den Kollegen von der CSU und den Freien Wählern genauer wissen, und haben deshalb eine gemeinsame Anfrage zu den Städtebauliche Folgekosten durch die StUB an den OB gestellt, in der wir wissen wollten, *„wie die ESTW die vom StUB-Zweckverband veranschlagten Kosten einschätzen, insbesondere im Hinblick auf drei besonders bauintensive Streckenabschnitte, bei denen möglicherweise Folgekosten anfallen könnten, die in der Konsequenz von der Stadt Erlangen alleine zu tragen wären. 1. Abschnitt: Langemarckplatz bis Henkestraße; 2. Abschnitt: Güterhallenunterführung inkl. Trogbauwerk zur Haltestelle Hauptbahnhof; 3. Abschnitt: Regnitzgrundbrücke“*. Die Anfrage hatten wir am 09.05.2025 eingereicht, auf die Antwort warten wir noch (Stand August 2025).

Wir können an dieser Stelle also als Zwischenfazit ziehen, dass sich in den offiziellen Schätzungen zu den Planungs- und Investitionskosten der StUB nur schwer zu beziffernde Risiken befinden, und dass es vor dem Hintergrund der Erfahrungen, die man mit vergleichbaren Bauten in der Vergangenheit machen musste, mehr

als unwahrscheinlich erscheint, dass der vom Zweckverband angesetzte Risikopuffer hier alle Eventualitäten abzufangen im Stande sein würde. Wenn man ehrlich ist, ist Stand heute völlig unklar, was die StUB, sollte sie denn im Jahre 2034 oder wann auch immer wirklich fertiggestellt werden, gekostet haben wird. Nur eines kann als sicher gelten, 730 Millionen Euro werden nicht reichen!

Neben diesen reinen Gestehungskosten birgt die StUB aber noch weitere finanzielle Risiken für den städtischen Haushalt, sollte sie jemals fahren. Werfen wir dazu noch einen kurzen Blick auf die Betriebskosten. Diese wurden ja vom Zweckverband, wie oben dargestellt, auf etwas mehr als 1,25 Millionen Euro jährlich (Erlanger Anteil) geschätzt. Auch dies ist freilich ein Betrag, der sich über die Jahre bis zur Inbetriebnahme noch vergrößern kann, etwa durch Tarifsteigerungen des benötigten Personals, Steigerungen bei den Stromkosten oder den Anschaffungskosten der Züge, Wartungs- und Reparaturkosten usw. Nimmt man lediglich eine Inflation von 2% an, stiegen die Betriebskosten nach 12 Jahren (2022 bis 2034) bereits auf fast 1,6 Millionen Euro jährlich. Sollten unvorhergesehene Ereignisse eintreten, etwa dass die tatsächlichen Fahrgastzahlen deutlich unter den erwarteten lägen, würde das Defizit natürlich weiter steigen.

Nun mögen Ihnen 1,6 Millionen Euro in einem Haushalt, der mehrere hundert Millionen Euro umfasst, als tragbarer Betrag vorkommen. Tatsächlich ist das in der aktuellen Haushaltskrise aber eine durchaus erhebliche Summe, wie ich in Kapitel 4 erläutern werde. Denn auch hier gilt, jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden, und fehlt dann eben an anderer Stelle, etwa bei wichtigen Sanierungen.

Der zweite und dritte Bürgerentscheid

Am 9. Juni 2024 fand der zweite Bürgerentscheid zur StUB in Erlangen statt, bei dem es diesmal tatsächlich um die Entscheidung ging, ob die StUB **in der geplanten Form** gebaut werden sollte

oder nicht. Nach einem heftig geführten Wahlkampf, in dem sich die Lager der StUB-Befürworter und -Gegner teils erbittert gegenüberstanden, stimmte am Ende eine knappe Mehrheit von 52,4% der Wähler für den Bau der StUB. Bei einer Wahlbeteiligung von 66,7% lagen am Ende die Befürworter mit 2582 Stimmen vorn⁵⁸.

Auch wenn es knapp war und bei allem, was man noch zum Wahlkampf und dem Verhalten der verschiedenen Akteure sagen könnte, war dieses Ergebnis von Demokraten natürlich zu akzeptieren. Und daran hätte sich, was mich betrifft, auch nichts geändert, wenn nicht wenige Tage nach dem Entscheid eine Haushaltskrise ihren Lauf genommen hätte, wie sie Erlangen noch nicht erlebt hat. Ich werde im nächsten Kapitel ausführlich darauf eingehen.

Vor dem Hintergrund der hier geschilderten Unsicherheiten die Kosten der StUB betreffend und der sich völlig verändert darstellenden Haushaltslage der Stadt Erlangen, bei der alles, wirklich jeder noch so kleine Posten im Haushalt auf den Prüfstand gestellt werden musste, muss man sich aber schon die Frage stellen, ob das ganze StUB-Projekt nicht auch einer neuen Bewertung bedarf. Doch bislang haben wir vom Zweckverband noch nicht mal eine aktualisierte Kostenschätzung vorgelegt bekommen und arbeiten immer noch mit den Zahlen von 2022.

Ich bin davon überzeugt, dass wir den Erlanger Haushalt nicht werden konsolidieren können, wenn die Stadt unverändert an der Realisierung der StUB festhält. Und tatsächlich ist der Stadtrat aus zwei Gründen nicht mehr an den Bürgerentscheid gebunden: Zum einen, weil der Entscheid mittlerweile über ein Jahr zurück liegt, und zum anderen und noch viel gewichtiger, weil sich eben die finanziellen Rahmenbedingungen der Stadt fundamental verschlechtert haben. Dennoch wird der Stadtrat bei den aktuellen Mehrheitsverhältnissen am Bau der StUB festhalten. Die gute Nachricht ist, dass Sie als Wählerinnen und Wähler diese Verhältnisse demnächst wieder verändern können: Am 8. März 2026 sind die nächsten Kommunalwahlen in Bayern. Sollte ich zum OB gewählt werden, würde ich alles in meiner Macht Stehende dafür tun,

die StUB zu stoppen, um die dadurch freiwerdenden Mittel für die Konsolidierung des Haushalts zu verwenden. Dies gäbe der Stadt mittelfristig die Handlungsfreiheit zurück, um die Mittel, die wir haben, für die wirklich wichtigen Aufgaben zu priorisieren. Welche das aus meiner Sicht sind und was genau ich tun würde, erfahren Sie in Kapitel 5.

In diesem Sinne, Sie haben es in der Hand: Machen Sie die Kommunalwahl 2026 zum dritten StUB-Bürgerentscheid in Erlangen!

Kapitel 4:

Die Haushaltskrise

„Man bezahlt für das, was man bekommt, und man besitzt nur das richtig, wofür man bezahlt hat... und früher oder später wird einem unweigerlich die Rechnung vorgelegt.“

Stephen King – Es

Ein Sturm zieht auf

Keine 2 Wochen nach dem Bürgerentscheid, konkret am Dienstag, dem 18. Juni 2024, erreichte den Kämmerer eine Nachricht, die alles verändern sollte. In einem Telefonat mit einem Vertreter eines der großen Erlanger Unternehmen wurde ihm mitgeteilt, dass er damit rechnen müsse, dass mit dem kommenden Steuerbescheid eine Rückzahlung von bereits geleisteten Gewerbesteuvorauszahlungen in Höhe von rund 50 Millionen Euro auf die Stadt zukommen würde.

Bei einem Ansatz von 220 Millionen erwarteter Gewerbesteuerentnahmen für das Jahr 2024 ein mehr als signifikanter Betrag, bezogen auf den Gesamthaushalt der Stadt rund 8%. Krisensitzungen wurden einberufen, und bereits einen Tag später, am 19. Juni informierte der Kämmerer die Stadträte in nichtöffentlicher Sitzung im HFGA über die zu erwartenden Steuerausfälle. Die breite Öffentlichkeit erfuhr dann zum ersten Mal am 22. Juni durch die EN⁵⁹ von dem Vorgang.

Ein Schock!

In der Stadtratssitzung am 27. Juni 2024 berichtet der Kämmerer mündlich, dass über die Möglichkeit eines Nachtragshaushaltes zwar diskutiert worden sei, dies aber nach Absprache mit der Regierung von Mittelfranken beim Stand der Dinge nicht notwendig

wäre. Stattdessen schlug das Finanzreferat eine Haushaltssperre vor, die vom OB bereits in der kommenden Woche per dringender Eilverfügung erlassen werden könnte⁶⁰. So kam es dann auch: Am 1. Juli fand online eine nichtöffentliche Sonder-Konferenz statt, in der der OB die Stadträte über die geplante Eilverfügung informierte. Diese Eilverfügung wurde noch am selben Tag durch den OB erlassen, mit einer Haushaltssperre, welche ein Kürzungsvolumen von 17,7 Millionen festlegte⁶¹, und damit Mittelkürzungen von rund einem Drittel des erwarteten Haushaltslochs vorsah. Kürzungen betrafen die verschiedensten Sachmittel- und Sonderbudgets, am stärksten traf es hier das Amt für Gebäudemanagement, das allein über drei Millionen Euro einzusparen hatte. Auch bei Investitionen wurde eingespart, allerdings nicht unbedingt durch Streichung der Posten, sondern durch Verschieben in spätere Haushaltsjahre, etwa bei Straßensanierungen. Dass die Summe von 17,7 Millionen Euro aber noch nicht ausreichen würde, um das Haushaltsloch zu schließen, und dass daher weitere Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung nötig werden würden, war zu diesem Zeitpunkt also bereits klar. Dass aber alles noch viel schlimmer kommen würde, und sich das Haushaltsloch in Dimensionen ausweiten sollte, welche weit jenseits des (selbst für eine bis dahin finanziell bestens aufgestellte Stadt wie Erlangen) Verkräftbaren sein würden, das war mir zu diesem Zeitpunkt allerdings noch nicht klar...

Der perfekte Sturm

Wie heißt es so schön, ein Unglück kommt selten allein, und so war es auch in unserer aktuellen Haushaltskrise. Tatsächlich muss man rückblickend sagen, dass wir aus heutiger Sicht dankbar wären, wäre es bei den 50 Millionen Steuerrückzahlung geblieben. Das war zwar bereits ein Betrag, der für erhebliche Schwierigkeiten gesorgt hätte, aber irgendwie hatte man im Sommer 2024 so das Gefühl, dass man das noch irgendwie hinkommen könnte – schließlich hatten wir zu dem Zeitpunkt noch Rücklagen in etwa der doppelten Höhe dieses Betrags. Doch die Nachrichten, die uns

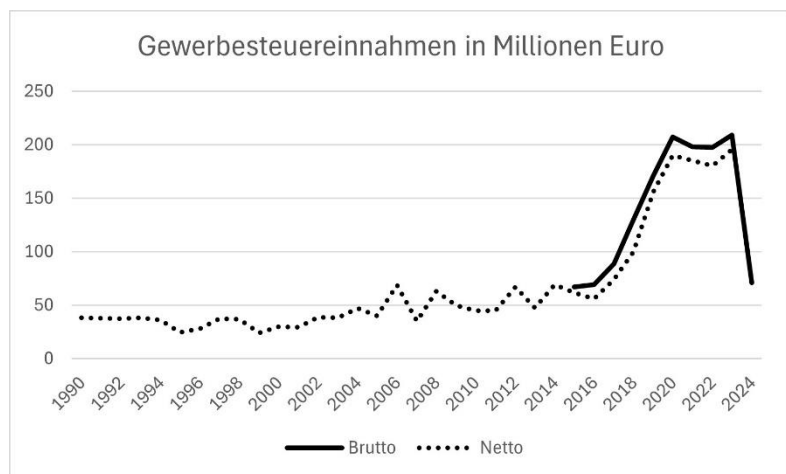
erreichten, als wir frisch aus dem Sommerurlaub zurückkamen, sprengten jede Vorstellung und ließen einen genehmigungsfähigen Haushalt 2025 in weite Ferne rücken.

Im September 2024 erlebten wir eine Abfolge mehrerer weiterer Hiobsbotschaften über zu erwartenden Gewerbesteuerrückforderungen, welche zunächst in der Summe auf 140 Millionen und kurz danach auf 160 Millionen Euro anstiegen⁶². Wie sich herausstellte, gab es nicht nur einen einzigen großen Steuerzahler, der hier Rückforderungen stellte, es kamen weitere, wenn auch in geringerem Umfang hinzu. Ein erster Hinweis auf ein allgemeines Konjunkturproblem? Als Reaktion darauf wurden in der Stadtratssitzung vom 26.09.2024 zwei weitere, erhebliche Sparmaßnahmen beschlossen, eine sechsmonatige Wiederbesetzungssperre⁶³ für nahezu alle Stellen mit Ausnahme sensibler Bereiche wie Schulen oder Sozialhilfe, wodurch Personalkosten in Höhe von ca. 7,5 Millionen Euro eingespart werden sollten, sowie das Auslaufen der Arbeitsmarktzulage für bestimmte Berufsgruppen⁶⁴, was ab 2027 zusätzliche Minderausgaben in Höhe von rund einer Million Euro bringen wird.

Da der Kämmerer auf Grund der veränderten Faktenlage aus dem Sommer seinen Haushaltsentwurf, der fast schon fertig war, zusammen mit seinem Team praktisch neu erstellen musste, wurde der Verwaltungsentwurf zum Haushalt 2025 in diesem Jahr nicht wie sonst üblich im September, sondern erst im Oktober eingebracht. Parallel zu den schrittweise steigenden Gewerbesteuer-rückforderungen sank notwendigerweise auch die Prognose des Kämmerers für die erwarteten Gewerbesteuereinnahmen für 2025. Lag diese bei Einbringung des Haushalts im Oktober noch bei 130 Millionen Euro⁶⁵, korrigierte sich der Kämmerer später immer weiter nach unten. Beim „Haushaltsstadtrat“ am 16. Januar 2025 ging er bereits nur noch von 120 Millionen Euro aus, und Stand heute liegt seine Schätzung sogar nur noch bei 100 Millionen Euro⁶⁶. Im persönlichen Gespräch geht der eine oder andere bereits von noch niedrigeren Werten aus, 80 Millionen wurden diskutiert, man nähert sich langsam der Realität an. Auch wurden in der Januarsitzung die Zahlen zum Haushalt 2024 konkreter: Die Steuerrückforderungen

hatten sich inzwischen auf sagenhafte 173 Millionen Euro summiert, und da die Einnahmen zwischenzeitlich sogar auf 244 Millionen Euro angestiegen waren, blieben am Ende von den ursprünglich prognostizierten 220 Millionen Euro Gewerbesteureinnahmen für 2024 gerade einmal 71 Millionen Euro übrig⁶⁷. Diese „größte Krise der städtischen Finanzen seit Ende des zweiten Weltkriegs“, wie der OB die Situation charakterisierte, bezeichnete der Kämmerer als „erheblichen Verkehrsunfall“⁶⁸... Das ließ einen dann irgendwie ein bisschen sprachlos zurück...

Um ein Gefühl dafür zu bekommen, wie sich die Gewerbesteureinnahmen in Erlangen in den letzten Jahrzehnten entwickelt haben und was möglicherweise als realistische Erwartung betrachtet werden kann, gibt die folgende Grafik einen Überblick über die Gewerbesteureinnahmen Erlangens seit 1990. Die Nettoeinnahmen sind dabei die Bruttoeinnahmen abzüglich der Gewerbesteuerumlage, die an Bund und Land abzuführen istⁿ



ⁿ Hier nicht enthalten ist übrigens die Bezirksumlage, die hiervon unabhängig vom Bezirk festgelegt wird und nicht direkt von dem Gewerbesteueraufkommen abhängt.

Wie man sieht, war das Gewerbesteueraufkommen bis in die frühen 2000er Jahre aus heutiger Sicht auf niedrigem Niveau unter 50 Millionen Euro. Dann gab es eine Phase des langsamen Anstiegs mit teils erheblichen Schwankungen von einem auf das andere Jahr: Von 2006 auf 2007 beispielsweise fand nahezu eine Halbierung der Gewerbesteuereinnahmen statt, um dann 2008 fast wieder auf das Niveau von 2006 zu steigen. Ab 2018 explodierte die Gewerbesteuer dann förmlich.

Der Einbruch, der nun im Jahr 2024 erfolgte, ist deutlich zu erkennen (den Netto-Wert für 2024 gibt es noch nicht). Erlangen wurde hier praktisch auf das Niveau von vor 10 Jahren zurückgeworfen, und man muss sich mit Blick auf die Grafik die Frage stellen, ob dieses Niveau nicht das realistische für Erlangen ist und das, was wir insbesondere in den Jahren 2020 bis 2023 gesehen haben, eher als Sonderkonjunktur bewertet werden muss. Die Antwort auf diese Frage werden die nächsten Jahre liefern, aber die oben beschriebenen stetig sinkenden Erwartungen sprechen aktuell leider eher für die Hypothese „Sonderkonjunktur“ – insbesondere, wenn es in der Stadt zu keinem Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik kommt!

Diese ganze Misere ging natürlich nicht nur mit dem Aufbrauchen der städtischen Liquidität einher, sondern auch mit einer Rekord-Neuverschuldung. Ich zitiere nochmal aus meiner Haushaltsrede vom Januar 2025. Dort führte ich aus:

„Der aktualisierte Haushaltsentwurf des Kämmerers sieht einen Jahresfehlbetrag von bis zu rund 86 ½ Millionen Euro vor, etwas weniger wurde gerade beschlossen. Unsere Liquidität ist von knapp 124 Millionen Euro Anfang 2024 auf aktuell minus 50 Millionen gefallen und der Kämmerer schätzt, dass dieser Liquiditätsfehlbetrag bis zum Ende des Jahres auf 127 Millionen Euro weiter steigt, die dann durch vergleichsweise teure, also höher zu verzinsende Kassenkredite zu decken wären. Hinzu kommen neue reguläre Kreditaufnahmen und Umschuldungen in Höhe von fast 54 Millionen Euro. Und selbst diese Zahlen halten wir noch für zu optimistisch, da der Kämmerer, obwohl er das

selbst anzweifelt, noch immer mit Gewerbesteuereinnahmen von 120 Millionen Euro für das Jahr 2025 rechnet – bei allem, was wir im letzten Jahr erlebt haben, ein zusätzliches Risiko für diesen Haushalt.“

Tatsächlich entwickelte sich die Finanzlage der Stadt in diesem Sommer so dramatisch, dass eine Zahlungsunfähigkeit der Stadt drohte und der OB den Kreditrahmen der Kassenkredite daher über die eigentlich zulässigen 105 Millionen Euro auf 140 Millionen Euro per Eilverfügung erweitern musste⁶⁹. In einer Anfrage an den Kämmerer vom 21.07.2025 wollten wir deshalb einen Überblick über den aktuellen Schuldenstand, die jährliche Zinslast sowie die Konditionen der aktuell laufenden Kassenkredite bekommen⁷⁰. Die Antwort des Kämmerers in der Stadtratssitzung drei Tage später war ernüchternd: Demnach betrug der **Gesamtschuldenstand der Stadt Erlangen im Juli 2025 202,5 Millionen Euro**, davon entfielen 92 Millionen Euro auf Kassenkredite. Die aktuelle Zinslast betrug 2,3 Millionen Euro jährlich für Investivkredite und zusätzlich 927.000 Euro jährlich für Kassenkredite. Die Zinskonditionen der Kassenkredite lagen zwischen 2,05% und 2,54%.

Oder mit anderen Worten, den bereits unternommenen Sparmaßnahmen zum Trotz, wäre die Stadt Erlangen ein Unternehmen, wäre sie faktisch pleite.

Das Haushaltskonsolidierungskonzept

Bereits bei Verabschiedung des Haushalts durch den Stadtrat im Januar 2025 war also klar, dass dieser Haushalt keine Chance haben würde, von der Regierung von Mittelfranken genehmigt zu werden, weswegen wir von der FDP auch diesem nicht zustimmten. Als Konsequenz daraus hatte die Stadt ein Konsolidierungskonzept auszuarbeiten (Beschluss dazu bereits im Dezember, der dort ausgewiesene Finanzmittelfehlbetrag belief sich auf 183,1 Millionen Euro⁷¹), in welchem darzulegen war, wie die Stadt plane, die Haushaltskrise mittelfristig zu überwinden. Ziel dabei ist es

natürlich, aus der vorläufigen Haushaltsführung, in der sich die Stadt ohne genehmigten Haushalt befindet, wieder herauszukommen.

Seit Beginn des Jahres arbeitete die Stadtverwaltung daher in Abstimmung mit der Regierung von Mittelfranken an dem Entwurf dieses Konsolidierungskonzeptes. Dabei wurde in allen Referaten offenbar buchstäblich jeder Stein umgedreht, um irgendwie Gelder einzusparen. Was dabei herausgekommen ist, wurde dem Stadtrat im März 2025 vorgelegt⁷². Die Liste der vorgeschlagenen Einsparungen umfasste viele 100 Punkte, welche in der Summe Verbesserungen von fast 20 Millionen Euro für den Ergebnishaushalt bis 2028 ergeben hätten. Die Spanne der durch die Einzelmaßnahmen erzielbaren Einsparungen reichte dabei von über einer Million Euro bis unter 100 Euro!

Brisant dabei war, dass die Liste zwar bereits der Regierung von Mittelfranken bekannt, aber noch nicht mit den Stadträten beraten worden war, die diese ja im April beschließen sollten. Was folgte waren eine Reihe von Sondersitzungen zwischen Stadträten und Verwaltung, in welchen die einzelnen Fraktionen und Gruppierungen darlegten, mit welchen Posten sie Probleme hätten. Für uns zum Beispiel waren insbesondere zwei Maßnahmen inakzeptabel, zum einen die vom Kämmerer vorgeschlagene weitere Anhebung der Grundsteuer B auf einen Hebesatz von 625% (nachdem sich der Stadtrat im vergangenen Jahr bereits mehrheitlich gegen den vorgeschlagenen Hebesatz ausgesprochen hatte⁷³), zum anderen die Streichung der Zuschüsse für KiTas der freien Träger. Hauptgrund für unsere Ablehnung, mit der wir uns am Ende zusammen mit CSU, Freien Wählern und anderen auch durchsetzten war, dass wir bei diesen Einsparungen mittelfristig „Bumerangeffekte“ zu erwarten gehabt hätten: Eine Anhebung der Grundsteuer B (erwartete zusätzliche Einnahmen 1,1 Millionen Euro) würde in Erlangen besonders Gewerbetreibende mit kleinen und mittleren Betrieben treffen, was nach unserer Überzeugung möglicherweise zu Geschäftsaufgaben oder Abwanderung einzelner führen würde, was in der Folge wiederum die zusätzlichen Einnahmen durch die erhöhte Grundsteuer durch sinkende Gewerbesteuerereinnahmen

wieder zunichtemachen würde. Ähnlich bei den KiTas: Kürzungen der Zuschüsse, in der Summe auch über eine Million Euro, würden in diesem Bereich, so wurde es uns von den freien Trägern mitgeteilt, dazu führen, dass manche Einrichtungen schließen müssten. Da aber die Stadt die Betreuung der Kinder sicherstellen muss, müssten diese dann in Einrichtungen der Stadt betreut werden, was für diese deutlich teurer käme, als wenn die freien Träger das übernehmen. Aus unserer Sicht also zwei sinnlose und im Zweifel sogar für den Haushalt schädliche Maßnahmen. Da sich unter anderem durch deren Ablehnung aber nun die erzielbare Gesamteinsparsumme des Haushaltskonsolidierungskonzeptes, die dann im April durch den Stadtrat beschlossen wurde⁷⁴, deutlich verringerte⁷⁵ und so am Ende knapp 3 Millionen pro Jahr hinter den Vorschlägen der Verwaltung zurückblieb⁷⁶, die Erwartung auf ein höheres Volumen aber bei der Regierung von Mittelfranken bereits vorhanden war, verlangte diese nun weitere Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung. Der OB war alles andere als „amused“, hätte das Problem allerdings wohl durch frühzeitige Kommunikation mit den Stadträten umgehen können. Aber so oder so, wir stehen erst am Anfang eines sehr langen Prozesses der Konsolidierung des Erlanger Haushalts, der uns über viele Jahre beschäftigen wird.

Da das jetzt ziemlich viele Zahlen waren, hier nochmal eine tabellarische Übersicht über die wichtigsten Eckdaten zur Entwicklung der Erlanger Haushaltskrise:

Datum	Ereignis	Auswirkung
06/2024	Erste Mitteilung über Gewerbesteuer-rückzahlungen	Fehlbetrag: ca. 50 Mio. €
07/2024	Haushaltssperre verhängt	Investitions- und Sach-mittelkürzungen i.H.v. 17,7 Mio. €
09/2024	Bekanntgabe weiterer Rückzahlungs-summen	Rückzahlung gesamt jetzt 160 Mio. €
09/2024	Wiederbesetzungssperre und Einstel-lung / Auslaufen Arbeitsmarktzulage	Einsparvolumen 8,5 Mio. €
10/2024	Verspätete Einbringung Haushalt 2025	Gewerbesteuerprognose sinkt auf 130 Mio. €
01/2025	Stadtrat zum Haushalt 2025	Fehlbetrag 173 Mio. € , Gewerbesteuer 2024 71 Mio. €
03/2025	Vorstellung des Haushaltskonsolidie-rungskonzepts	Einsparvolumen ca. 20 Mio. €
04/2025	Stadtrat beschließt Haushaltskonsoli-dierungskonzept	Einsparvolumen nur rund 17,1 Mio. €
07/2025	Anfrage der FDP zum Erlanger Schul-denstand	Gesamtschuldenstand 202,5 Mio. €

Wer wusste wann was?

Wenn man die Entwicklung der Haushaltskrise, so wie eben darge-stellt, nochmal Revue passieren lässt, so irritiert natürlich insbeson-dere die zeitliche Nähe der ersten Meldung zu Steuerrückzahlun-gen nur wenige Tage nach dem StUB-Entscheid. Dies ist deshalb so brisant, weil sich, wie oben (S. 46) bereits besprochen, ja durch-aus die Frage aufdrängt, ob das Wissen um die sich anbahnende Haushaltskrise das Ergebnis der Abstimmung nicht entscheidend beeinflusst hätte, wäre es am Wahltag bereits öffentlich bekannt gewesen. Sowohl der OB als auch der Kämmerer⁷⁷ haben in den Debatten, die nach dem 18. Juni 2024 stattgefunden haben, mehr-fach beteuert, nichts von den kommenden Steuerrückforderungen gewusst zu haben. In meiner Haushaltsrede vom 17. Januar 2025⁷⁸ hatte ich mich wie folgt dazu geäußert:

„Bereits vor dem Entscheid hatten wir unter anderem eindring-lich auf die finanziellen Risiken eines Baus der StUB für den Erlanger Haushalt hingewiesen, also noch bevor die prekäre

Finanzlage der Stadt [...] überhaupt öffentlich bekannt wurde. In diesem Zusammenhang erinnere ich daran, dass bereits der Haushaltsentwurf für das Jahr 2024 im ersten Anlauf nicht von der Regierung von Mittelfranken genehmigt wurde und im März nachgebessert werden musste. Bereits zu diesem Zeitpunkt war klar, dass die mittelfristige Finanzplanung des Kämmerers für die Jahre 2024 bis 2027 von sehr hohen Finanzierungsmitelfehlbeträgen ausging, die sich auf eine Summe von rund 235 Millionen Euro summierten, obwohl damals noch von Gewerbesteureinnahmen von 220 Millionen Euro ausgegangen wurde – eine Größenordnung, die ich bereits in meiner letzten Haushaltsrede in Frage gestellt hatte und damit leider Recht behalten habe. Als ich damals sagte, die Party sei vorbei, habe freilich auch ich mir noch nicht ausmalen können, wie ernst die Lage wird: Es wird nicht nur keine Partys mehr geben, auch das ganz alltägliche Leben wird, um im Bild zu bleiben, deutlich spürbare Einschränkungen hinnehmen müssen.

Bezeichnenderweise wurde nur wenige Tage nach dem Entscheid bekannt, dass Gewerbesteuerrückzahlungen, damals noch in Höhe von rund 50 Millionen Euro erwartet, auf uns zukommen würden. [...] Ich unterstelle weder dem OB noch dem Kämmerer, uns und die Bevölkerung hier bewusst im Unklaren gelassen zu haben, aber natürlich fragen wir uns bis heute, ob die Stadtspitze, wenn sie es tatsächlich nicht wusste, nicht doch von den veränderten Sachlagen, die letztendlich zu dem dramatischen Rückgang der Gewerbesteureinnahmen geführt haben, hätte wissen können und müssen! Ob die Kommunikation zwischen der Stadtspitze und den großen Gewerbesteuerzahlern hier vor Ort immer dem entsprach, was man erwarten sollte, darf zumindest bezweifelt werden und ich hoffe sehr, dass dies zeitnah aufgearbeitet und Wege gefunden werden, ein solches Desaster künftig zu vermeiden.“

Die Krise kam also nicht „über Nacht“, sondern „mit Ansage“!

Leider sind auch heute, gut ein halbes Jahr nach dieser Rede, keine neuen Erkenntnisse zum Sachverhalt bekannt geworden.

Und so will ich auch heute nicht darüber spekulieren, ob die Stadtspitze in punkto Gewerbesteuerrückzahlungen vor dem StUB-Entscheid bereits sichere Erkenntnisse hatte. Aber dass sie sie von Amts wegen hätte haben müssen, ist auch heute noch meine feste Überzeugung, und so können wir hier zumindest Überlegungen zusammentragen, ob die Krise nicht tatsächlich hätte erahnt werden können.

Da sind zuallererst die Aussagen des Kämmerers selbst, wie er sie zum Beispiel schon im September 2019 bei der Einbringung des Haushalts 2020 und bester Kassenlage gemacht hat. Dort sah er bereits mit Sorge auf die prognostizierte Konjunkturentwicklung und forderte Entlastungen und Anreize für die Wirtschaft⁷⁹. Dann kam die Corona-Pandemie, und schon im Mai 2020 befürchtete der Kämmerer, dass die Folgen für die Erlanger Wirtschaft eine Insolvenzelle sein könnte⁸⁰.

Im Oktober 2022 bei der Vorstellung seines Haushaltsentwurfs 2023, also zu einem Zeitpunkt, als die Gewerbesteuerereinnahmen immer noch sprudelten, war er *„nicht mehr so entspannt“* und blickte sorgenvoll in die Zukunft, auf eine lange *„Liste des Grauens“*. Er zählte verschiedene Herausforderungen auf, vor denen die Erlanger Haushaltspolitik stehe, darunter unter anderem der Klimawandel, der Ukrainekrieg, die Inflation und Einbrüche bei Einzelhandelsumsätzen. Er stellte die Frage, was wir uns noch zutrauen dürften und kam zu dem Schluss: *„Wir müssen aufpassen, dass uns nicht die Luft ausgeht“*⁸¹. Klingt das für Sie so, als könne man weiter machen wie bisher und sich alles leisten, was einem so in den Sinn kommt? Spricht da nicht vielmehr ein Kämmerer, der sehr genau sieht, dass der Erlanger Haushalt auf schwierige Zeiten zusteuert? Wohlgermerkt, mindestens seit Herbst 2019!

Den Kämmerer trieben also bereits seit Jahren Sorgen um – wie uns von der FDP übrigens auch⁸² – die außerordentlich guten Jahre mit hohen Gewerbesteuerereinnahmen seien eher auf Sondereffekte zurückzuführen, etwa die Neustrukturierung des Siemens-Konzerns, und nichts, was man für alle Zukunft erwarten dürfe. Eine kleine Entlastung für die Wirtschaft wie vom Kämmerer gefordert

hatte es dann mit der Grundsteuersenkung⁸³ ja auch gegeben, leider tut er nun vor dem Hintergrund der Haushaltskrise alles dafür, diese Entlastung wieder zurückzunehmen, was wohl kaum dazu führen dürfte, dass Wirtschaftswachstum und damit wieder steigende Gewerbesteuerereinnahmen in Erlangen generiert werden können. Aber dazu später mehr.

Die Gründe für seine Sorge um die Konjunktur hat der Kämmerer explizit genannt, Inflation, Klima, Einbrüche in der Wirtschaft usw. In logischer Konsequenz heißt das, dass selbst, wenn die direkte Kommunikation mit den Erlanger Unternehmen keine Warnsignale ergeben haben sollte, es genug allgemeine Anzeichen in der Wirtschaft gab, und der Kämmerer diese offenkundig gesehen hat. Wieso plant man seinen Haushalt dann aber weiter mit Rekord-Gewerbesteuerereinnahmen und verändert nichts an der aus meiner Sicht in manchen Bereichen geradezu verschwenderischen Ausgabepraxis? Ich werde in Kapitel 5 meine Antworten auf diese Frage darlegen...

Neben den allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklungen und der direkten Kommunikation mit den Erlanger Unternehmen gibt es bei großen börsennotierten Konzernen allerdings auch noch Quartals- und Jahresberichte, mit Bilanzen und Gewinnprognosen. Hätte man hier Anzeichen für das Einbrechen der Gewerbesteuerereinnahmen entdecken können? Dem Jahresabschluss 2023 der Siemens Healthineers AG kann man zum Beispiel entnehmen, dass die Ertragssteuerzahlungen für das Geschäftsjahr 2023 auf 133 Millionen Euro gesunken sind, nach 449 Millionen Euro im Geschäftsjahr 2022⁸⁴.

Aus meiner Sicht gibt es also gute Gründe, anzunehmen, dass der Stadtspitze die Risiken für den städtischen Haushalt durchaus bewusst sein mussten. Ob sie von den konkreten Steuerrückforderungen bereits vor dem StUB-Entscheid wusste, ist aus der Faktenlage weder zu belegen noch zu widerlegen, und mir liegt es auch fern, das zu unterstellen. Aber ich bleibe dabei, wenn sie es nicht wusste, hätte sie es wissen müssen, spätestens seit Veröffentlichung der Jahresabschlüsse der Siemens Healthineers AG.

Einen gibt es aber, der es ganz sicher bereits vor dem StUB-Entscheid wusste, und das ist der Gewerbesteuerzahler, der den größten Teil der Vorauszahlungen zurückgefordert hat. Um welches Unternehmen es sich dabei handelte, ist auf Grund des geltenden Steuergeheimnisses nicht öffentlich bekannt.

Der Finanzvorstand der Siemens AG warb noch kurz vor dem Entscheid in einem Sondernewsletter an die Mitarbeiter für die StUB.

Wie konnte es so weit kommen?

Nach der Darstellung der aus meiner Sicht wesentlichen politischen Entwicklungen in Erlangen der letzten Jahre, kann ich mich am Ende dieses Kapitels also der ersten der zwei zentralen Fragen dieses Buches zuwenden: Wie konnte es dazu kommen, dass eine eben noch stark aufgestellte Stadt wie Erlangen in eine derartige finanzielle Schieflage geriet?

Wenn ich diese Frage mit einem Satz beantworten müsste, würde ich sagen, dass das, was wir erleben mussten, weniger die Folge eines unvorhersehbar über die Stadt hereingebrochenen Einbruchs der Gewerbesteuererinnahmen war, sondern vielmehr die **Folge einer Politik, die wenig vorausschauend über Jahre hinweg falsche Prioritäten gesetzt hat, in denen die Belange der Wirtschaft kaum Beachtung fanden.**

Glücklicherweise ist dies aber kein kurzer, unterkomplexer Instagram-Post, sondern ein Buch, das zu lesen Sie sich gerade die Mühe machen, wodurch es mir möglich ist, diese Analyse differenziert zu begründen.

Baustein 1: Die Wirtschaftspolitik

Dass ich die Wirtschaft hier so in den Vordergrund stelle, liegt nicht etwa daran, dass das mein politisches Steckenpferd wäre – als Naturwissenschaftler, der lange in der Lernforschung gearbeitet hat, liegen meine fachlichen Kompetenzen offensichtlich eher in

anderen Bereichen, etwa bei Bildungsthemen. Man muss aber auch kein Wirtschaftswissenschaftler sein, um zu verstehen, dass die wesentlichen finanziellen Mittel, die einer Stadt wie Erlangen zur Verfügung stehen, über Steuereinnahmen generiert werden, die letztlich auf Gewinnen beruhen, die zunächst in Unternehmen erwirtschaftet werden müssen. Somit hängt die Frage, ob all das, was in der Erlanger Politik in den vergangenen Jahren prioritär umgesetzt werden sollte – sei es die Klimapolitik, die Verkehrswende oder was auch immer – essentiell von einer erfolgreichen Wirtschaft in Erlangen ab. Es ist daher geradezu fahrlässig, ausgerechnet diesen Bereich zu vernachlässigen.

Sicherlich wird nun der eine oder andere widersprechen und behaupten, dass man sich sehr wohl um die Wirtschaft in Erlangen gekümmert habe, daher will ich kurz ausführen, was ich damit meine, wenn ich von Vernachlässigung spreche.

Da ist zum einen der Umgang mit den großen Unternehmen in Erlangen, allen voran der Siemens-Familie. Auf die aus meiner Sicht mangelnde Kommunikation der Stadtspitze mit diesen Unternehmen im Hinblick auf deren Unternehmensbilanzen und zu erwartende Gewinne bin ich bereits im vorangegangenen Abschnitt ausführlich eingegangen. Neben dem – tatsächlichen oder behaupteten – unzureichenden Wissen um die Entwicklung dieser Bilanzen, die letztlich zum Einbruch der Gewerbesteuer geführt haben, wurden aber auch andere Signale aus der Wirtschaft ignoriert, mit fatalen Folgen: Nach Recherchen der Erlanger Nachrichten, wie erst im Februar dieses Jahres berichtet, waren bereits 2019 Vertreter von Siemens Healthineers an die Stadtspitze in Person des OBs und des Kämmerers herantreten mit dem Wunsch, die Stadt möge den Hebesatz der Gewerbesteuer absenken, was aber abgelehnt worden sei⁸⁵. In der Folge fanden offensichtlich Gespräche mit verschiedenen anderen Kommunen statt, darunter auch Röttenbach und Kemnath. Während Erlangen den Hebesatz der Gewerbesteuer bei 440% beließ, senkte Röttenbach von 320% auf 230%, den niedrigsten Wert in Bayern, den auch Kemnath hat. Siemens Healthineers reagierte 2020 mit Teilverlagerungen von Erlangen nach Röttenbach, und auch im Kemnath wurde kräftig

investiert⁸⁶. In Röttenbach stiegen daraufhin die Gewerbesteuer-einnahmen von 2,57 Millionen Euro im Jahr 2020⁸⁷ auf 17,5 Millionen Euro im Jahr 2025⁸⁸. Dabei ist zu beachten, dass auf Grund der unterschiedlichen Hebesätze jeder Euro Gewerbesteuer, der nun wegen der Verlagerung von Erlanger Geschäftsbereichen in Röttenbach anfällt, zu einem fast doppelt so hohen Verlust in Erlangen führt. Wenngleich das natürlich trotzdem nicht den viel größeren Einbruch in Erlangen zu erklären vermag, hat es dennoch dazu beigetragen und ist ein Beispiel für die Konsequenzen, die das Ignorieren der wirtschaftlichen Belange von Unternehmen für den städtischen Haushalt haben kann.

Doch nicht nur die Bitten und Mahnungen großer Konzerne wurden in Erlangen viel zu oft ignoriert, sondern auch die des Mittelstandes und der Kleinunternehmer. Ein Punkt, der hier immer wieder ange-mahnt wird, ist die Erreichbarkeit des Einzelhandels, welche allzu oft hinter anders gesetzten Prioritäten zurückstecken muss, seien es geplante Straßensperrungen für die StUB-Trasse, der Abbau von PKW-Parkplätzen für Fahrradwege oder -stellplätze oder die Debatte um Parkgebühren. Doch auch die mangelhafte Kommunikation im Allgemeinen wird angeprangert. Beispielsweise fühlten sich Gewerbetreibende übergangen, wenn Baumaßnahmen in ihrer unmittelbaren Umgebung geplant wurden, ohne vorher mit den Betroffenen zu sprechen. Auch die Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuer sind nicht nur für große Konzerne, sondern gerade auch für den Mittelstand und Kleinunternehmer erhebliche Standortfaktoren, die künftige Investitionsentscheidungen beeinflussen, ebenso wie die Frage, ob ein Glasfaseranschluss verfügbar ist oder nicht. Und natürlich das leidige Thema Bürokratie... Ich werde auf alle diese Punkte in Kapitel 5 zurückkommen.

All dies sind schlechte Rahmenbedingungen für die Wirtschaft in Erlangen, und die Stadt hätte es in der Hand, hier die entsprechenden Kurswechsel vorzunehmen.

Das Einzige, was noch schädlicher für die Wirtschaft ist als schlechte Rahmenbedingungen, sind unsichere Rahmenbedingungen, weil sie die Planbarkeit von Investitionen behindern. In diesem

Zusammenhang kann der Umstand, dass es noch immer kein Masterplan für die Entwicklung der Innenstadt – geschweige denn der Gesamtstadt – gibt, gar nicht stark genug hervorgehoben werden. Die Tatsache, dass der Entwurf eines Stadtentwicklungskonzepts (STEK) nun an die Arbeitsgemeinschaft Forward Planung & Forschung GmbH aus Berlin und berchtoldkrass space&options aus Karlsruhe vergeben wurde⁸⁹, lässt mich persönlich nicht darauf hoffen, dass wir hier ein Konzept vorgelegt bekommen werden, welches die Interessen der Wirtschaft – ganz im Sinne der Stadt Erlangen – angemessen berücksichtigt.

Diese schlechten und unsicheren Rahmenbedingungen in Erlangen ohne einen verlässlichen Masterplan für die Gesamtentwicklung der Stadt sowie die mangelhafte Kommunikation zwischen Stadtspitze und Wirtschaftsvertretern sind ein wesentlicher Baustein, der zu der Haushaltskrise in Erlangen beigetragen hat.

Baustein 2: Falsche Prioritäten

Den Klimanotstand und die StUB habe ich in eigenen Kapiteln bereits ausführlich gesprochen. Und natürlich wurden hier durch die entsprechenden Prioritätensetzungen große Finanzmittel eingesetzt, die mitunter schon heute die Ziele, die durch den Einsatz dieser Mittel erreicht werden sollten, verfehlt haben wie etwa beim Klimaschutz (vgl. S. 40f), oder es wurden Mittel verausgabt, die aber bis heute gar nicht eingesetzt wurden, wie etwa die Investitionsmittel, die jedes Jahr an den StUB-Zweckverband gezahlt wurden, ohne dass dieser bereits Investitionen in diesem Umfang getätigt hätte – ein Vorgehen, dass bereits seit 2020 vom Revisionsausschuss kritisiert wird⁹⁰. So lagen Ende 2023 beim Zweckverband bereits 14,39 Millionen Euro auf einem Konto und brachten Zinsen, während Erlangen zusätzliche Schulden aufnehmen muss, um diese Gelder an den Zweckverband überweisen zu können und dafür Sollzinsen zahlt. Der Betrag steigt jedes Jahr weiter an. Ein aus meiner Sicht schwer nachzuvollziehender Vorgang, der am Ende das Loch in der Haushaltskasse Erlangens zusätzlich vergrößert.

Baustein 3: Der sorglose Umgang mit Geld

Fatalerweise neigen Menschen dazu, zwar sparsam mit dem eigenen Geld umzugehen, aber eher ein sorgloses Verhältnis zu fremdem Geld zu haben. Besonders großzügig wird das Geld aber dann ausgegeben, wenn es nicht nur nicht das eigene ist, sondern man auch noch davon überzeugt ist, etwas Gutes damit zu tun. Gerade diesen Effekt konnte man in Erlangen in den letzten Jahren, in denen die Steuereinnahmen nur so sprudelten, besonders gut beobachten. Bei vielen Kollegen im Stadtrat schien es mir so, als hätten sie den Eindruck, Geld sei unbegrenzt verfügbar, weshalb jede Idee, die einem so in den Sinn kam und die man für halbwegs sinnvoll hielt, auch umgesetzt werden sollte. Kosten-Nutzen-Betrachtungen – ganz zu schweigen von -Analysen – gab es nur selten, der Zweck heiligte die Mittel.

Bei vielen war das sogar dann noch der Fall, als schon klar war, dass wir in einer Haushaltskrise steckten: So wurde etwa noch im September 2024 für die Unterführung der StUB unter der A73 eine Variante mit zweiseitigem Fuß- und Radweg von der Verwaltung vorgeschlagen, welche geschätzt 14 bis 15,5 Millionen Euro kosten würde und damit mehr als doppelt so viel, wie die einseitige Variante! Und dabei waren in diesen Schätzungen Folgekosten für die Oberflächenentwässerung, am Hauptsammler usw. noch nicht einmal enthalten. Auch wies die Verwaltung darauf hin, dass der Beschluss zusätzliche Investitionskosten nach sich zöge für die *„Wegführung einschließlich der erforderlichen Fuß- und Radwegbrücke über den östlichen Regnitzarm, die ausschließlich durch die Stadt zu tragen“* wären. Immerhin noch 17 Stadträte stimmten diesem Vorschlag zu. Beschlossen wurde dann die einseitige Variante, mit 29 zu 20 Stimmen. Da half dann auch die Information auf der Beschlussvorlage, dass die Haushaltsmittel dafür nicht vorhanden seien, nichts. Wir gehörten zu den immerhin 20 Kolleginnen und Kollegen, denen auch die einseitige Variante zu teuer war⁹¹, immerhin existieren ja alternative Wege. So geschehen übrigens am 26.09.2024, also in derselben Stadtratssitzung, in der öffentlich

wurde, dass das Volumen der Gewerbesteuerrückforderungen inzwischen auf 160 Millionen Euro angestiegen war!

Statt sich in den guten Zeiten mehr Rücklagen aufzubauen, wurden von der Stadt Erlangen immer neue Aufgaben übernommen, die für eine Kommune keine Pflichtaufgaben sind. So gab es beispielsweise Förderprogramme für Fotovoltaikanlagen, Schallschutzfenster⁹² oder andere energetische Gebäudesanierungsmaßnahmen, für die es bereits Förderprogramme des Bundes oder des Landes gab. Hierzu hatte ich in meiner letzten Haushaltsrede bereits ausgeführt:

„Nun ist so eine Förderung zunächst einmal grundsätzlich eine Umverteilung von Mitteln von unten nach oben, da Mittel der Allgemeinheit dazu genutzt werden, den Wert privaten Immobilieneigentums zu steigern. Da der durchschnittliche Immobilien-eigentümer in Erlangen vermutlich eher nicht unteren Einkommensgruppen angehören dürfte, sind solche Maßnahmen auch prinzipiell unsozial und bedürfen daher einer besonderen Rechtfertigung. Diese Rechtfertigung ist die Lenkungswirkung zur Erreichung eines höheren Ziels, in diesem Fall CO₂-Einsparung. Da die bestehende Förderung vom Bund indes viel höher war als die der Stadt Erlangen, darf diese Lenkungswirkung bezweifelt werden. Und meine Damen und Herren, für Mitnahmeeffekte sollten wir wirklich keine Mittel mehr aufbringen, ganz unabhängig von der jeweiligen Haushaltslage!“

Weitere Beispiele sind die City-Linie, welche die Stadt einen Zuschuss von 1,5 Millionen Euro pro Jahr an die ESTW kostete, oder das Zentrum für Austausch und Machen (ZAM), für dessen Einrichtung das alte Greiner-Gebäude gekauft wurde und der Betreiberverein jährlich mit einem mittleren sechststelligen Betrag bezuschusst wird⁹³. Hinzukommen die Renovierungskosten, bei denen sich das Gebäude als Fass ohne Boden herausstellte, wovor wir von der FDP übrigens seinerzeit schon beim Ankauf warnten und daher dem Kauf auch nicht zugestimmt hatten. Hier wurden quasi ungedeckte Schecks ausgestellt.

Mit vielen der neuen Aufgaben entstand natürlich auch die Notwendigkeit der Stellenneuschaffung, denn das, was da beschlossen wurde, sollte ja auch von jemandem umgesetzt werden. So wuchs der Stellenplan gegen unsere stetigen Mahnungen jedes Jahr um weitere Millionen Euro an, so dass allein die Aufwendungen für Personal und Versorgungsauszahlungen mittlerweile fast ein Drittel des gesamten Haushalts ausmachen, Kosten, die man auch in einer Krise nicht mal eben so abbauen kann, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben schließlich Arbeitsverträge. Auch mit der Wiederbesetzungssperre wird der Rückbau des Stellenplans Jahre dauern und eine entsprechende Belastung für den Haushalt bleiben, denn auch wenn wir viele Aufgaben jetzt nicht mehr umsetzen können, die Menschen, die das tun sollten, sind ja mehrheitlich noch da...

Baustein 4: Übergeordnete Faktoren

Natürlich gibt es auch Faktoren, die der Wirtschaft schaden und den Haushalt belasten, welche aber nicht von der Stadt Erlangen zu verantworten bzw. direkt zu beeinflussen sind. Zu nennen sind hier beispielsweise die Corona-Pandemie⁹⁴, Internationale Handelskonflikte wie etwa jüngst im Zusammenhang mit der amerikanischen Zollpolitik, die Konkurrenz aus China, bundespolitische Entscheidungen usw. Eine der Folgen ist zum Beispiel eine nun schon seit rund zwei Jahren andauernde Rezession in Deutschland⁹⁵. Auch Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene, welche direkte Kosten für die Kommunen verursachen aber oft nicht oder nicht vollständig gegenfinanziert werden, wie etwa Betreuungsgarantien für Vorschulkinder oder Sozialleistungen für Flüchtlinge, sind dazu geeignet, Kommunen in finanzielle Not zu bringen. Solche Entwicklungen führten erst unlängst zu einem Hilferuf des Landkreistages an den Bundeskanzler⁹⁶.

Auch wenn Erlangen also beileibe nicht die einzige Kommune mit finanziellen Problemen in Deutschland ist und die Erlanger Kommunalpolitik solche übergeordneten Faktoren nicht direkt beeinflussen kann, so muss sie sie doch im Blick haben. Das tut der

Kämmerer ja durchaus, wie wir seinen jährlichen Erläuterungen zum Haushalt entnehmen können. Was bisher allerdings fehlt, sind wirklich zielführende Reaktionen hierauf. Auch hierzu mehr in Kapitel 5.

Soweit also meine kurze Analyse zu der Frage, wie Erlangen in die Haushaltskrise geraten konnte. Ich habe versucht, mich auf die wesentlichen Zusammenhänge zu konzentrieren, die man allesamt mit weiteren Details und Belegen untersetzen könnte, was aber den Rahmen dieses Büchleins sprengen würde. Es ist die beschriebene Gemengelage aus halbherziger Wirtschaftspolitik, die zu oft hinter anderen Prioritäten zurückstecken muss, und der allzu sorglose Umgang mit Steuermitteln, der bei guter Haushaltslage zu einem immer stärker anwachsenden Leistungsumfang der Stadt Erlangen geführt hat, inklusive des dafür nötigen massiven Stellenaufwuchses, was uns nun, in Zeiten knapper Kassen, bis an die Zahlungsunfähigkeit herangeführt hat. Unsere Mahnungen zu all diesen Punkten wurden von der Mehrheit im Stadtrat regelmäßig ignoriert.

Was bleibt ist die Frage, wie wir aus dieser Krise wieder herauskommen können...

Kapitel 5:

Wege aus der Krise

„Nur im Irrenhaus sind wir noch frei. Nur im Irrenhaus dürfen wir noch denken. In der Freiheit sind unsere Gedanken Sprengstoff.“

Friedrich Dürrenmatt – Die Physiker

In diesem letzten Kapitel komme ich nun also – in Schlussfolgerung all dessen, was ich bisher ausgeführt habe – zu der zweiten zentralen Frage des Buches: Wie kommen wir wieder aus der Krise heraus?

Dabei sollte, wenn Sie das Buch bis hierhin gelesen haben, völlig offensichtlich sein, dass wir all die Dinge, die unsere Stadt dringend angehen müsste, wie zum Beispiel die nächsten Kita- und Schulanierungen, den Neubau der Hauptfeuerwache, Klimaanpassungsmaßnahmen oder überfällige Sanierungen von Brücken und Straßen, wie auch solche, die wir uns für ein noch lebenswerteres Erlangen wünschen, etwa eine Aufwertung der Fußgängerzone mit Erweiterung bis zum Martin-Luther-Platz oder das Stadtteilhaus Eltersdorf – alles übrigens bereits beschlossene Maßnahmen – erst werden in Angriff nehmen können, wenn wir die aktuelle Haushaltskrise überwunden haben. Oder kurz gesagt, **wir können Erlangen erst wieder aktiv gestalten, wenn wieder Geld in der Kasse ist!**

Daher werde ich nun im ersten Teil dieses Kapitels darlegen, was meine Lösungsansätze zur Sanierung des Haushalts sind, um dann ganz am Ende des Buches noch auf das einzugehen, was wir in Erlangen angehen sollten, sobald wir es uns wieder leisten können.

It's the economy, stupid!

Dieser berühmte Satz geht auf Bill Clintons Wahlkampfstrategen James Carville zurück⁹⁷, der diesen 1992 in der Kampagne gegen George W. Bush prägte, und der die Botschaft transportierte, dass die wirtschaftliche Lage ausschlaggebend für den Wahlausgang sei. Im Kontext dieses Buches will ich damit sagen, **dass wir nur dann aus der Haushaltskrise in Erlangen herauskommen können, wenn wir zunächst eine Wirtschaftspolitik betreiben, die mittelfristig wieder zu mehr Steuereinnahmen führt.** Ob das gelingen kann, hängt freilich unmittelbar vom Ausgang der kommenden Kommunalwahl im März 2026 ab, und es dürfte Sie nicht verwundern, dass ich nicht der Meinung bin, dass dies mit den bestehenden Mehrheitsverhältnissen im Erlanger Stadtrat umsetzbar wäre, sollten diese so erhalten bleiben. **Was Erlangen für einen Wechsel in der Wirtschaftspolitik braucht, ist auch ein Wechsel in den politischen Mehrheitsverhältnissen, und Wirtschaftspolitik wird hier nur dann eine Chance haben, wenn die Politik in der nächsten Legislaturperiode von einer bürgerlichen Mehrheit im Stadtrat bestimmt wird.** Denn während das linke Lager wie üblich bei der Frage, wie man die Einnahmenseite der Stadt verbessern kann, permanent Steuer- und Gebührenerhöhungen fordert, bin ich davon überzeugt, dass wir die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft innerhalb unserer kommunalen Möglichkeiten so verbessern müssen, dass durch Wirtschaftswachstum mittelfristig auch wieder die Einnahmenseite der Stadt verbessert wird. **Wachstum ist der Schlüssel, denn dadurch entsteht am Ende mehr für alle statt Umverteilung des Mangels.**

Natürlich ist der linke Weg vordergründig betrachtet der einfachere: Steuererhöhungen, wie etwa die gewünschte Erhöhung der Grundsteuer oder die Einführung einer Verpackungssteuer, brächten schließlich sofort höhere Einnahmen und nicht erst mittelfristig. Gleiches gilt für die Erhöhung von Gebühren, etwa für das Parken. Die schnelle Erhöhung der Einnahmen würde aber mittelfristig durch Schrumpfung der Wirtschaft, welche solche Verschlechterungen der Rahmenbedingungen mit sich brächten, wieder aufgezehrt. Da man Gebühren und Abgaben also nicht immer weiter

erhöhen kann, weil irgendwann einfach nichts mehr da ist, was man noch umverteilen könnte, trägt diese linke Strategie nicht für eine langfristige Gesundung unserer Finanzen. Diese, **die Gesundung, kann es nur geben durch mittelfristiges Wirtschaftswachstum auf der einen Seite, und die Einsparung unsinniger, ineffizienter und realistischerweise ohnehin nicht finanzierbarer Maßnahmen auf der anderen Seite.**

Haushaltskonsolidierung durch Einsparungen

Ich beginne meine Vorstellungen zur Haushaltskonsolidierung mit dem für Viele unangenehmen Teil, den Einsparungen, weil diese im Gegensatz zu den Maßnahmen zur Wachstumsförderung – zumindest teilweise – bereits kurzfristig Entlastung bringen können und damit das Potential haben, erste Handlungsspielräume schnell zurückzubringen.

Keine StUB

Allem voran ist hier natürlich die StUB zu nennen. Wie ich in Kapitel 3 ausführlich erläutert hatte, halte ich dieses Projekt für unsere Stadt schlicht für nicht finanzierbar, eine Erkenntnis, die sich andernorts schon durchgesetzt hat, wie das Beispiel Kiel zeigt⁹⁸. Laut aktuellem Plan des Zweckverbandes würden auf die Stadt Erlangen bis zum Jahr 2034 weitere 53 Millionen Euro Kosten zukommen. Das wären im Schnitt also 5,3 Millionen Euro jährlich für die nächsten 10 Jahre, 2025 eingeschlossen, ein Betrag, der damit als unterer Grenzbetrag des zu erzielenden Einsparvolumens betrachtet werden kann, untere Grenze deshalb, weil die aktuelle Kostenschätzung des Zweckverbandes ja wie ausgeführt noch auf veralteten Zahlen beruht und Folgekosten, die durch den Bau der StUB entstehen und ggf. nicht förderfähig sind hier noch gar nicht berücksichtigt wurden. Das tatsächliche Einsparvolumen liegt also hochwahrscheinlich über 5,3 Millionen Euro pro Jahr, in jedem Fall aber um ein Vielfaches höher als alle anderen Einzelposten im

aktuellen Haushaltskonsolidierungskonzept^o. Ich bin daher überzeugt, **dass eine Sanierung des Erlanger Haushalts auch mittelfristig nicht gelingen kann, wenn wir am Bau der StUB festhalten.** Sollte ich OB werden, hätte der Ausstieg aus diesem Projekt daher neben der Wirtschaftsförderung höchste Priorität für mich.

Gelingt uns dies, müsste man in der Folge natürlich auch das Verkehrskonzept für Erlangen völlig neu überdenken. Alternative Verkehrskonzepte gibt es zur genüge, hierauf komme ich später nochmal zurück.

Personal- und Sachkosten

Die zweitgrößte Position im Haushaltsentwurf 2025 sind die Personal- und Versorgungskosten, welche mit 30% nur knapp hinter den sogenannten Transferauszahlungen mit 33% des Haushalts rangieren. Da es sich bei letztgenannten um ein Sammelsurium unterschiedlicher Leistungen handelt, darin verschiedenste Sozialausgaben, Zuschüsse für Kultur und Bildungseinrichtungen, die Kreisumlage u.v.m., könnte man auch argumentieren, der Kostenblock „Personal“ sein mittlerweile der größte in unserem Haushalt. Aber egal, ob er nun Platz 1 oder 2 belegt, in jedem Fall sind die Kosten erheblich und betragen im Entwurf für 2025 ganze 174,6 Millionen Euro, Rückstellungen nicht inbegriffen. Dass wir den städtischen Stellenplan und damit die Personalkosten nicht immer weiter anwachsen lassen dürfen und hier stattdessen dringend reduzieren müssen, mahnen wir seit Jahren an. Erst jetzt, nachdem die Stadt faktisch pleite ist, wurden wie beschrieben erste Schritte in dieser Richtung unternommen. Da wie bereits angemerkt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aber Verträge haben, die selbstverständlich einzuhalten sind, können diese Kosten auch nicht über Nacht reduziert werden. Der Schlüssel hierzu liegt aus meiner Sicht daher zunächst in einer weiteren Reduzierung von freiwilligen

^o Mögliche Folgekosten eines Ausstiegs aus dem Zweckverband sind hier natürlich gegenzurechnen.

Maßnahmen der Stadt, da viele davon zeitlich befristet sind und daher auch die hierfür in den letzten Jahren geschaffenen Stellen mit befristeten Verträgen besetzt wurden. Streichen wir freiwillige Maßnahmen können diese Stellen also mit Vertragsende auslaufen und müssen nicht wiederbesetzt werden. Aus dem Stellenplan sind sie entsprechend zu streichen.

Natürlich muss man bei solchen Streichungen genau darauf achten, dass die Folgen der Streichung die Stadt am Ende nicht sogar teurer kommen, etwa wie im Falle der Bezuschussung von freien Trägern von KiTas (vgl. S. 67). Einsparpotentiale sehe ich aber zum Beispiel bei Doppelsubventionen, also solchen Subventionen, bei denen die Stadt Zuschüsse gewährt, obwohl es hier bereits Förderungen von Bund oder Land gibt. Förderungen im Bereich der Gebäudesanierungen wurden hier bereits wegen der Haushaltskonsolidierung ausgesetzt. Doch selbst dann, wenn die Kassen irgendwann wieder gefüllt sein sollten, halte ich solche Maßnahmen wegen der fehlenden zusätzlichen Lenkungswirkung für nicht gerechtfertigt (vgl. S. 77). Darüber hinaus gibt es weitere solcher Doppelsubventionen, etwa bei dem in Erlangen für ErlangenPass-Inhaber zusätzlich vergünstigten Deutschlandticket⁹⁹. Gleiches gilt für die entsprechende Vergünstigung für Mitarbeiter der Stadt¹⁰⁰. Obwohl auch wir hier seinerzeit noch zugestimmt hatten, werden auch solche Maßnahmen künftig wieder auf den Prüfstand müssen. Man muss da ehrlich sein, die Haushaltskonsolidierung wird Kürzungen bedeuten, die für die Menschen in Erlangen spürbar und teilweise auch schmerzhaft sein werden. **Vieles werden wir uns eben erst dann wieder leisten können, wenn wir es uns wieder leisten können!**

Doch nicht immer wird es bei Streichungen um Dinge gehen, die weh tun. Manches kann auch einfach weg, weil es Unsinn ist. So sollte man dringend evaluieren, ob die Mittel, die über das Klimabudget der Orts- und Stadtteilbeiräte vergeben wurden, immer für Maßnahmen eingesetzt wurden, die tatsächlich sinnvoll waren und dem Zweck des Programms dienten. Ich habe da große Zweifel.

Auch ist es im Stadtrat leider zur gewohnten Praxis geworden, dass einzelne Parteien oder Gruppierungen, die bei einer Abstimmung unterlegen sind, ähnlich lautende Anträge einfach erneut beantragen. Auch die Verwaltung selbst schreckt mitunter nicht davor zurück, wie wir es unlängst bei der vom Kämmerer gewünschten Anhebung der Grundsteuer erlebt haben, die er nun schon dreimal durchsetzen wollte. Wir hatten daher bereits im November 2024 einen Antrag gestellt, der eine Wiedereinreichungssperre bereits beschlossener oder abgelehnter Anträge für wenigstens ein Jahr vorsieht, sofern nicht eine wesentliche Änderung der dem Beschluss zu Grunde liegenden Sach- oder Rechtslage eingetreten ist¹⁰¹. Ziel war es, die Verwaltung zu entlasten und somit auch den Stellendruck zu vermindern. Der Antrag wurde im März 2025 vom HFPA mit Verweis auf die Rechtslage abgelehnt, da eine Einschränkung des Antragsrechts durch Regelungen in der Geschäftsordnung nicht möglich sei¹⁰². An diesem Beispiel sieht man, wie der Teufel im Detail stecken kann, denn eigentlich hatten wir aus der Verwaltung signalisiert bekommen, dass man eine solche Regelung durchaus begrüßen würde. Hier kann man also nur an die Stadträte appellieren, sich freiwillig zu disziplinieren.

Viel Grund zur Hoffnung, dass dies passieren wird, gibt es freilich nicht. So beantragten Grüne und SPD unlängst ein nächtliches Mähverbot zum Schutz des Igels¹⁰³. Mal abgesehen davon, dass dieses Verbot kaum kontrollierbar sein dürfte und einen unverhältnismäßigen Eingriff in die Freiheitsrechte des Einzelnen bedeuten würde, ist der Antrag auch schon deshalb eine unsinnige Beschäftigungsmaßnahme für die Verwaltung, weil der Igel – wie im Übrigen alle Wirbeltiere – ohnehin rechtlichen Schutz genießt und nicht grundlos getötet werden darf. Wollen wir in Erlangen wirklich Regeln schaffen, die im Grunde nicht kontrollierbar und bereits durch Bundesrecht abgedeckt sind? Bezeichnenderweise zeigte sich der OB im UVPA entgegen seiner eigenen Fraktion auch wenig überzeugt...

Natürlich gäbe es auch Maßnahmen mit direkter Personalwirkung. So gibt es zum Beispiel zusätzliche Stellen zur Energieberatung¹⁰⁴, obwohl diese bereits von den ESTW angeboten wird. Ein weiteres

Beispiel also für eine unsinnige Dopplung von Maßnahmen. Auch könnte man sich fragen, ob wir uns für das ZAM wirklich noch zwei Geschäftsleitungen leisten können. Oder ob wir uns für das Schauspiel Erlangen wirklich ein eigenes Ensemble leisten müssen, oder das Markgrafen-theater nicht vielleicht sogar besser mit einem Modell bespielen könnten, wie es der gVe außerordentlich erfolgreich im Bereich klassischer Musikkonzerte praktiziert¹⁰⁵: Während dort durch die Gastspiele internationaler Spitzenkünstler die Abonnentenzahlen in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen sind, nehmen sie beim Schauspiel eher ab, was in der Folge auch das Defizit weiter vergrößert. Mir ist natürlich klar, dass ich mich mit solchen Überlegungen bei Vielen unbeliebt machen werde, aber ich sagte bereits, die Haushaltskonsolidierung wird weh tun und für manche liebge-wordene Dinge müssen wir vielleicht auch mal über ganz neue Wege nachdenken, wenn wir sie am Ende nicht komplett verlieren wollen.

Dies waren nur einige Beispiele, was ich für denkbar oder sogar erforderlich halte, um zu signifikanten Einsparungen im Haushalt zu kommen. Grundsätzlich müssen wir alle freiwilligen Leistungen der Stadt auf den Prüfstand stellen und uns fragen, ob wir sie uns noch leisten können. Dass wir uns die eine oder andere dieser Maßnahmen leisten wollen, kann in der aktuellen Lage leider kein Kriterium mehr sein. Je mehr uns hier einfällt, desto schneller kommen wir auch von den entsprechenden Sachaufwendungen und dem überdimensionierten Stellenplan herunter.

Haushaltskonsolidierung durch Wachstum

Nach den Beispielen möglicher Einsparpotentiale komme ich nun zu Maßnahmen, die ein Wachstum der Wirtschaft in Erlangen zur Folge haben sollen und dadurch die Einnahmenseite im Haushalt verbessern würden. Dieser Teil der Haushaltskonsolidierung hat prinzipiell das größere Potential, sich positiv auf den Haushalt auszuwirken als Einsparungen, da letztere natürlich in ihrem Volumen limitiert sind, **während das Wachstum grundsätzlich nach oben offen ist**. Was also sollten wir aus meiner Sicht tun, um dieses

Wachstum in Erlangen zu stimulieren? Welche Maßnahmen kann die Stadt ergreifen, welche Anreize kann sie setzen, um Investitionsentscheidungen nach Erlangen zu lenken, und zwar sowohl für Firmen, die bereits hier sind und expandieren wollen, als auch für solche, die auf der Suche nach einem neuen Standort sind. Und was muss getan werden, um weitere Abwanderungen zu verhindern?

Ein eigenes Referat für Wirtschaft

Hier fordere ich zuallererst, dass wir bei den Neuzuschnitten der einzelnen Referate nach der Kommunalwahl das Wirtschaftsreferat von der Kämmerei trennen. Wie die aktuelle Praxis gezeigt hat, ist diese Doppelrolle für einen Referenten nur schwer auszufüllen, und was die Wirtschaft braucht, ist jemand, der sich hauptamtlich und in Vollzeit um dieses Thema kümmert, um Defizite in der Kommunikation, Zielsetzung und Umsetzung künftig zu vermeiden.

Um diese neben dem Wirtschaftsreferenten zusätzlich zu stärken, würde ich, als OB, das Thema auch zur Chefsache machen, und die entsprechenden Termine gemeinsam mit dem Wirtschaftsreferenten wahrnehmen. Ein solcher enger und regelmäßiger Dialog zwischen dem OB, dem Wirtschaftsreferat und den Vertretern der Erlanger Wirtschaft ist unabdingbar für die finanzielle Gesundheit der Stadt und wäre darüber hinaus auch ein Zeichen der Wertschätzung, welche in der Vergangenheit aus Sicht vieler Unternehmer, mit denen wir gesprochen haben, oft zu kurz gekommen ist. Nicht nur diejenigen, die diese Unternehmen leiten, sondern auch die Tausenden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die dort beschäftigt sind, sollen sich in Erlangen willkommen und geschätzt fühlen und nicht nur als diejenigen, die die Zeche zu zahlen haben. Hier ist deutlich Luft nach oben...

Und viel Zeit muss man sich als OB eben auch dafür nehmen, regelmäßig und nicht nur für medienwirksame Fototermine. Stichwort Priorisierung. Weniger Fototermine und Postings in den Sozialen Medien, dafür mehr Austausch mit der Wirtschaft. Und für all

diejenigen, die den Austausch auf den Sozialen Medien vermissen würden, plane ich, einmal im Monat ein Bürgerforum anzubieten, in dem ich mich den Fragen aus der Bürgerschaft persönlich stellen würde. Transparenz geht so nach meiner Überzeugung besser als durch kurze Clips und Statements im Netz, wo die Chats oft durch Hater, Trolle und sonstige Störer vergiftet werden. Das ist auch der Grund, warum ich in den Sozialen Netzwerken eigentlich nie in den Diskurs gehe. Wenn Sie an einem echten Diskurs interessiert sind, schreiben Sie mir eine E-Mail, dann werde ich Ihnen auch antworten^p. Es braucht einen echten, ehrlichen und regelmäßigen Dialog, mit den Unternehmen genauso wie mit Bürgerinnen und Bürgern. Und natürlich Live-Übertragungen aller öffentlichen Stadtrats- und Ausschusssitzungen, wie sie andernorts in Bayern längst selbstverständlich sind, wenigsten als Audiostream... Aber ich schweife ab...

Die Trennung von Kämmerei und Wirtschaftsreferat darf am Ende natürlich nicht dazu führen, dass der Stadt durch ein zusätzliches Referat wieder neue Kosten entstehen. Was ich hier also vorschlage, ist eine grundsätzliche Neuordnung der Referate und Zuständigkeiten, und ich kann mir hier leicht Konstellationen vorstellen, die am Ende sogar mit einem Referat weniger auskommen als aktuell, trotz eines eigenen Wirtschaftsreferates^q. Gerade die dadurch entstehende Betonung der Wichtigkeit der Wirtschaft für die Stadt Erlangen wäre ein deutliches Signal der Wertschätzung in die Betriebe hinein. Die Neuordnung könnte zum Beispiel so aussehen:

^p Holger.Schulze@fdp-erlangen.de

^q Wie genau der Zuschnitt der Referate in der neuen Legislatur aussehen wird, hängt natürlich von den politischen Mehrheitsverhältnissen nach der Wahl und den Verhandlungen möglicher Koalitionspartner ab.

Referat	Zuständigkeit
OBM	Oberbürgermeisteramt
I	Wirtschaft, Digitalisierung, Entbürokratisierung
II	Kämmerei
III	Recht und Personal
IV	Kultur, Bildung Freizeit, Sport
V	Soziales, Jugend, Familie, Gesundheit
VI	Planen, Bauen, Umwelt, EB77 (Stadtgrün, Abfall, Straßenreinigung)

Und schließlich müssen wir endlich damit aufhören, es dem Zufall zu überlassen, ob die Kinder künftiger Generationen wenigstens ein Grundverständnis für das Thema Wirtschaft und ökonomische Zusammenhänge haben. Schockiert hat mich in diesem Zusammenhang der Bericht zur „Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)“ an Schulen und KiTas aus diesem April¹⁰⁶. Obwohl es das Ziel der BNE ist, *„Menschen zu befähigen, fundierte Entscheidungen für eine zukunftsfähige Welt zu treffen, in der ökologische, soziale und ökonomische Dimensionen im Einklang stehen“*, werden ökonomische Themen an unseren Schulen und KiTas so gut wie nie behandelt¹⁰⁷. Hier ist dringender Handlungsbedarf, der aber nicht zwingend Kosten für die Stadt verursachen muss! Zum Beispiel könnte ich mir Kooperationen von der Wirtschaft mit Schulen vorstellen, um Kurse und Workshops zur Stärkung der Wirtschaftskompetenz anzubieten.

Einrichtung eines Wirtschaftsbeirats

Ein weiteres wichtiges Instrument zur Verbesserung und Verstärkung der Kommunikation zwischen der Wirtschaft und der Stadtspitze wäre ein Wirtschaftsbeirat, dessen Einrichtung, bei all den beratenden Gremien, die der Stadtrat sonst noch so unterhält, längst überfällig ist. In diesen Beirat gehören neben Vertretern der Wirtschaft, von Repräsentanten der großen Konzerne über die IHK,

die Kreishandwerkerschaft und den Mittelstand bis hin zu Betreibern von Kleingewerben, idealerweise auch Vertreter der Wirtschaftswissenschaften der FAU sowie natürlich der OB, der Wirtschaftsreferent und der Kämmerer. Ein solches Gremium, was möglichst einmal pro Quartal tagen sollte, würde garantieren, dass die Stadt immer auf dem Stand der Dinge in der Erlanger Wirtschaft ist, immer am Puls der Zeit, und dabei auch wissenschaftlich kompetent durch die Kollegen der Universität begleitet wird, um auch auf Warnsignale der Wirtschaft jenseits Erlangens frühzeitig reagieren zu können. Unsere Stadt ist voll von kompetenten Menschen, wir müssen sie nur einbinden, um diese Kompetenzen zum Wohle der Stadt nutzen zu können. Ein zweites 2024 können wir so verhindern!

Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes

Als weitere wichtige Maßnahme zur Wachstumsstimulation halte ich eine Senkung der Gewerbesteuer für zwingend erforderlich. Auch wenn der Zusammenhang zwischen dem Gewerbesteuerhebesatz und den erzielten Gewerbesteuereinnahmen natürlich komplex ist und Investitionsentscheidungen von Unternehmen von vielen Faktoren beeinflusst werden, so ist der Hebesatz doch ein wichtiger Faktor und insbesondere einer, den die Kommune selbst beeinflussen kann, weswegen hier auch ein intensiver kommunaler Wettbewerb besteht, wie beispielsweise einer Studie unserer FAU aus dem Jahre 2014 zu entnehmen ist¹⁰⁸. So zitierte die WELT 2019 aus einem Bericht des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), dass Steuererhöhungen oft in Gemeinden mit hausgemachten Finanzierungsproblemen zum Stopfen von Haushaltslöchern zu finden wären. Für Gemeinden mit hohen Hebesätzen werde es immer schwieriger, sich im Wettbewerb mit anderen Regionen zu behaupten. Zumal hohe Hebesätze *„oft in keinem angemessenen Verhältnis zu den angebotenen Leistungen“* stünden. Kurzfristig ließen sich mit höheren Hebesätzen die größten Lücken im Gemeindehaushalt ausgleichen, doch auf lange

Sicht wanderten Unternehmen eher ab, und die Steuereinnahmen sanken¹⁰⁹.

Genau solche Steuererhöhungen werden aber seitens der Linken immer wieder gefordert, so nach dem Motto, bei den reichen Unternehmen ist Geld schnell zu holen und die sollen endlich mal einen angemessenen Beitrag für das Allgemeinwohl leisten. Dass diese Argumentation nicht nur falsch ist, weil die Unternehmen mit ihren Steuerzahlungen und den Jobs, die sie schaffen, schon jetzt im Endeffekt für all das aufkommen, was die Politik investieren und umverteilen kann, sondern auch deswegen, weil die Annahme nicht stimmt, dass man durch Steuererhöhungen die Einnahmeseite einer Kommune nachhaltig verbessern könnte, zeigen die Zahlen des DIHK im genannten Zitat.

Umgekehrt ist belegt, dass Gewerbesteuersenkungen innerhalb weniger Jahre zu massiven Steigerungen der Steuereinnahmen führen können. Das zeigt sich nicht nur am oben bereits besprochenen Beispiel der Gemeinde Röttenbach, sondern etwa auch Monheim am Rhein. Hier führte die Senkung der Gewerbesteuer bereits nach einem Jahr zu einer Verdreifachung der Gewerbesteuererinnahmen. Ich habe dieses Beispiel aber auch deshalb ausgewählt, weil es neben dem Effekt der Gewerbesteuersenkung auf die Einnahmen auch zeigt, wie eine unsolide Haushaltsführung mit immer mehr Ideen für neue, teils größenwahnsinnige Projekte in Kombination mit intransparenter Politik in den Abgrund führt: Auch die Politik in Monheim am Rhein war in Zeiten des Überflusses dem Reiz des Geldes erlegen und hat in der Folge der erfolgreichen Gewerbesteuersenkung derart unsolide gewirtschaftet, dass sie nun noch höher verschuldet ist wie vor der Maßnahme. Die Details sind beim Bund der Steuerzahler nachzulesen¹¹⁰ und mögen dem Leser hier als mahnendes Beispiel dienen. In Erlangen kam der Geldsegen unverhofft, doch die Fehler im Umgang mit dem Geldsegen ähneln sich. Daher haben wir immer – leider erfolglos – dafür plädiert, auch in guten Zeiten sparsam und solide zu haushalten.

Was nun den Gewerbesteuerhebesatz in Erlangen angeht, so schlage ich ein Modell vor, bei welchem dieser nicht in einem

großen Schritt nach unten verändert wird, **sondern wir eine schrittweise jährliche Absenkung vornehmen.** Konkret schlage ich vor, den aktuellen Satz von 440% fünf Jahre lang um jährlich 10% auf final 390% zu senken. Dies hätte für Erlangen den Vorteil, dass die möglichen kurzfristigen Reduzierungen der Einnahmen durch die jeweiligen Absenkungen geringer ausfallen, als wenn man in einem großen Schritt senken würde. Für die Unternehmen wäre aber die gesamte Senkung bereits sofort sicher planbar und daher vom Tage des Beschlusses an eine Wettbewerbsverbesserung Erlangens gegenüber vergleichbaren Kommunen. Im Idealfall würde das dadurch ausgelöste Wachstum Mehreinnahmen generieren, die die Ausfälle durch die einzelnen Senkungen anfangs bereits kompensieren, am Ende der fünf Jahre jedoch deutlich überkompensieren.

Ein neues Gewerbegebiet?

Die Diskussion um die Ausweisung eines neuen Gewerbegebietes im Erlangen ist nicht neu, sind in der Vergangenheit doch bereits verschiedentlich Ansiedlungen von neuem oder Erweiterungen von bestehendem Gewerbe schlicht an den nicht vorhandenen geeigneten Flächen gescheitert. Dabei liegt das Defizit weniger im Bereich der Büroflächen, wo immer mehr mit Co-Working-Spaces gearbeitet werden kann, als vielmehr bei dem Bedarf produzierenden Gewerbes. Dass der Stadt Erlangen hierdurch potentiell zusätzliche Gewerbesteuererinnahmen entgehen, ist offensichtlich. Auch wahr ist aber, dass die Flächen in Erlangen begrenzt und endlich sind, und auch durch die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt ein ständiges Abwägen zwischen der Schaffung von neuem Wohnraum und der neuer Gewerbeflächen notwendig ist. Auch der Umweltaspekt spielt bei Neuausweisungen von Flächen natürlich immer eine Rolle. Seitdem das „Gewerbegebiet G6 Tennenlohe“ bei einem Ratsentscheid am 23.10.2011¹¹¹ abgelehnt wurde, hat zu der Frage keine ernsthafte Debatte mehr stattgefunden. Der Bedarf ist aber geblieben, so dass ich denke, dass wir diese Debatte zu einem möglichen neuen Gewerbegebiet wieder aufgreifen

müssen. Hier müssen wir dann zeitnah die Frage klären, ob wir das Thema nochmal angehen wollen – ich denke, wir müssen – und wenn ja, wo. Neben Tennenlohe sind noch weitere Standorte denkbar, etwa in Eltersdorf, aber hier will ich der Debatte nicht vorgreifen.

Das Ergebnis der Debatte muss aber sein, **Lösungen für Wirtschaftswachstum in einer Stadt mit endlichen Flächen zu finden**. Neben der angesprochenen Frage, ob wir ein zusätzliches Gewerbegebiet in Erlangen benötigen, müssen wir daher auch offen über alternative Konzepte nachdenken, sollten eben keine zusätzlichen Flächen zur Verfügung gestellt werden können. Müssen wir beispielsweise künftig bereit sein, höher zu bauen? Wie stellen wir sicher, dass die nötige Infrastruktur für Unternehmen der Zukunft vorhanden ist, etwa im Bereich der Energieversorgung für Rechenzentren oder des Glasfaserausbaus? Kann die Universität noch stärker mit der Wirtschaft verzahnt werden, etwa durch gemeinsame Think-Tanks? Welche Rolle wird künstliche Intelligenz in der Arbeitswelt von morgen spielen, welche Jobs werden beispielsweise von KI-Agenten ersetzt werden, welche neuen Beschäftigungsprofile entstehen, und wie wirkt sich das auf die Flächenbedarfe der Unternehmen aus? Und nicht zuletzt, welche neuen Verkehrskonzepte werden diesem Wandel gerecht^r.

All diese Fragen müssen wir innerhalb der Stadtgesellschaft unter Beteiligung aller Betroffenen aushandeln, da viele Einzelinteressen berücksichtigt werden müssen, die nicht immer leicht vereinbar sein werden. In der Vergangenheit hat die Art und Weise, wie wir solche Dinge in der Stadt verhandelt haben oft dazu geführt, dass Entscheidungen erst sehr spät gefällt werden konnten oder gar überhaupt nicht zustande kamen, da der Prozess über die Jahre im Sande verlaufen war^s. Ein moderner, effizienterer Prozess des Aushandels, der hier zielführender und schneller funktioniert, ist

^r Vgl. hierzu den Abschnitt über das Stadtentwicklungskonzept (STEK) weiter unten.

^s Auch hierzu vergleiche den Abschnitt über das STEK.

dringend nötig. Der sogenannte „3D Negotiation™ approach“ könnte beispielsweise so ein Ansatz sein¹¹².

Bürokratie-Wahnsinn abbauen durch Digitalisierung

Ich will Sie wirklich nicht mit diesem leidigen Thema langweilen, denn ich selbst kann mich auch schon nicht mehr daran erinnern, wie lange in Deutschland schon auf allen Ebenen darüber gesprochen wird, in wie vielen Wahlkämpfen der Abbau von bürokratischen Regeln versprochen wurde, und wie oft am Ende dann doch mehr Bürokratie dabei herausgekommen ist. Und ehrlicherweise sind natürlich die allermeisten Regeln, die hier zu fundamentalen Hemmnissen einer wirtschaftlichen Entwicklung geworden sind, sei es in Genehmigungsverfahren, Prüf- und Bauvorschriften, oder einfach der Komplexität auszufüllender Formulare, solche, die auf Landes- oder Bundesebene beschlossen wurden und die wir als Kommune nicht übergehen können. Zwei Möglichkeiten, hier zu Verbesserungen zu kommen, sehe ich aber doch.

Da wäre zum einem die Möglichkeit, sich als Modellregion für bestimmte bürokratische Vereinfachungen zu bewerben. So gibt es beispielsweise auf Initiative der Bayerische Architektenkammer nun in Bayern Pilotprojekte zum Bauen des sogenannten Gebäudetyps-e¹¹³, wobei „e“ für einfach steht. Dadurch soll einfaches und innovatives Bauen ermöglicht und die Normenflut beim Bauen reduziert werden, wodurch Bauen im Ergebnis billiger wird und dadurch wieder mehr gebaut werden kann. Gerade die Senkung der Baupreise wäre für Erlangen von großer Bedeutung, verteuerten sich die Bestandswohnungen gerade erst im letzten Jahr bei uns um 11,7% und damit so stark wie nirgendwo sonst in Bayern¹¹⁴. 19 Pilotprojekte für einfaches Bauen gibt es in Bayern¹¹⁵, zwei davon in Fürth, dem Beispiel sollte Erlangen folgen!

Eine zweite Möglichkeit zum Bürokratieabbau vor Ort betrifft nicht die Regeln selbst, aber die Dauer der Umsetzung, welche durch die Digitalisierung von Verwaltungsabläufen, welche auch wieder Personaleinsparungspotential hätten, realisiert werden kann. Dass

Erlangen, um ein Beispiel zu nennen, die einzige Kommune in ganz Bayern ist, bei der eine Kfz-Zulassung noch nicht online möglich ist¹¹⁶ zeigt, wie viel Luft nach oben wir hier noch haben und ist einfach nur peinlich.

Das Zauberwort generell heißt aber Künstliche Intelligenz: Während die Beschleunigung der bürokratischen Abläufe schon lange erfolglos angestrebt wird, bietet die neue Technologie der großen Sprachmodelle erstmals die Möglichkeit, Abläufe tatsächlich zu automatisieren, etwa im Bereich des ersten Kontakts mit dem Bürger, um einfache Fragen zu klären, Bei Übersetzungen, Ausfüllhilfen für Formulare oder sogar Prozessoptimierungen. Gerade im letztgenannten Bereich gibt es bereits hierauf spezialisierte Startups, die so etwas für Unternehmen anbieten, wie etwa Celonis¹¹⁷. Wenn man ein solches Unternehmen dafür interessieren könnte, solch ein System für eine kommunale deutsche Verwaltung zu optimieren und Erlangen hierfür als Modellstadt auszuwählen^t, könnte daraus sogar eine Lösung entstehen, die auch für andere Kommunen zu deutlichen Verbesserungen für die Bürger und Unternehmen vor Ort und Einsparungen für den städtischen Haushalt führen würde. Definitiv eine Aufgabe für den kommenden Wirtschaftsreferenten...

Weiche Standortfaktoren

Neben diesen harten Standortfaktoren gibt es natürlich auch noch die weichen. Hierzu gehört zum Beispiel die Verfügbarkeit von Fachkräften, welche durch die Universität und das Universitätsklinikum mit dem daraus resultierenden hohen Akademikeranteil in Erlangen sicherlich als sehr gut gelten darf. Doch es geht dabei auch um Lebensqualität, die Verfügbarkeit guter Bildungseinrichtungen (in sanierten Gebäuden!) oder das Image der Stadt im Allgemeinen. Über das Thema Wertschätzung für Unternehmen habe

^t Bezeichnenderweise wird das System im US-Bundesstaat Oklahoma eingesetzt, aber soweit meine Recherchen ergaben nicht bei einer öffentlichen Verwaltung in Deutschland, obwohl es sich bei Celonis um eines der deutschen Vorzeigestartups schlechthin handelt.

ich bereits gesprochen. Insgesamt denke ich, dass man durch eine bessere Kommunikation mit allen Playern in dieser Stadt, egal ob Bürger oder Top-Manager, durch eine Transparenz in den Entscheidungen, die nicht nur gepredigt, sondern tatsächlich umgesetzt wird, viel zu einer Verbesserung der Stimmung in der Stadt beitragen kann. Dazu gehört der einfache Zugang zu den Dokumenten des StUB-Zweckverbandes ebenso wie die andernorts üblichen Live-Übertragung von Stadtrats- und Ausschusssitzungen, die wir gegen die Bedenken des OB und der Verwaltung seit Monaten fordern und deren Umsetzbarkeit noch immer geprüft wird¹¹⁸.

All diese Maßnahmen, die ich bis hierher aufgelistet habe, kosten die Stadt praktisch nichts^u, stimulieren aber das Wirtschaftswachstum und sind daher geeignet, den Haushalt wieder in Gefilde zu führen, in der wir als Stadt handlungs- und gestaltungsfähig sind. Dies sind daher, neben den genannten Einsparungen, die Maßnahmen, die wir nach der Kommunalwahl zuallererst angehen müssen, damit wir uns dann, wenn die Maßnahmen wirken und wieder Geld in der Kasse ist, endlich wieder den überfälligen Investitionen in der Stadt im Bereich Bildung, Infrastruktur und Daseinsvorsorge widmen können.

Stabilisieren und Gestalten

Wenn also die ersten Maßnahmen greifen und wieder zarte finanzielle Handlungsspielräume für die Stadt entstehen, wird es darum gehen, diesen positiven Trend aufzunehmen und weiter zu kultivieren. Hierzu können dann auf der einen Seite Investitionsmaßnahmen zur Attraktivitätssteigerung der Stadt gehören, um das Image weiter zu verbessern und damit auch weiter positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung einzuwirken. Und natürlich müssen dann die anstehenden Sanierungen von Kitas, Schulen, Infrastruktur,

^u Mit der Ausnahme, dass Erschließungskosten anfallen würden, sollte ein neues Gewerbegebiet beschlossen werden. Diese würden aber erst nach Jahren anfallen und wären zu 90% auf die Grundstückskäufer umlegbar (vgl. Art. 5a, KAG Bayern; §129 Abs. 1 BauGB). Diese Maßnahme könnte also schnell beschlossen werden, würde aber erst mittelfristig wirken.

und Einrichtungen der Daseinsvorsorge wie der Hauptfeuerwache angegangen werden. Auch weitere Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung, etwa im Bereich der Klimaanpassung oder zur Flankierung des Wachstums, etwa durch Wohnungsbau für Beschäftigte einer wachsenden Wirtschaft, werden dann wieder stärker in den Fokus der Stadt rücken können. Das Ganze muss dabei aber immer gegengecheckt werden, wir brauchen einen regelmäßigen Abgleich der Realität mit unseren Plänen, damit uns nicht wieder die gleiche Sorglosigkeit im Umgang mit Geld infiziert, die uns schon in diese Krise geführt hat. Eine solide Haushaltsführung, die kluge Prioritäten setzt, keine Luftschlösser baut, und der Reihe nach nur die Dinge in Angriff nimmt, die wir uns auch tatsächlich leisten können, wird von zentraler Bedeutung für die Nachhaltigkeit eines Aufschwungs in Erlangen sein.

Und ganz großartig wäre es in diesem Zusammenhang, wenn wir die Steuereinnahmen, welche die Stadt erhält, künftig erst dann ausgeben würden, wenn der endgültige Steuerbescheid vorliegt, und nicht schon mit dem Vorbescheid. Wenn es dann nochmal zu Steuerrückforderungen kommen sollte wie im letzten Jahr, dann wäre das Geld noch da, um es zurückzuzahlen, die Zinsen aber immerhin, die man bis dahin auf das Guthaben bekommen hätte, die blieben trotzdem bei der Stadt. Sicherlich ein weiter Weg dorthin, aber nur, wer sich nicht auf dem Weg macht, kommt auch ganz sicher nicht an...

Stadtentwicklungskonzept (STEK)

Das Thema STEK hatte ich bereits kurz angesprochen. Leider steht der Umgang der Stadt mit diesem Thema in krassem Widerspruch zu der Bedeutung, die es für die zukünftige Entwicklung der Stadt hat: Ein ganzheitliches Konzept, wie sich die Stadt entwickeln soll, wie sie sich an die veränderten Rahmenbedingungen anpassen und fit gemacht werden kann für eine prosperierenden Zukunft, wird daher auch schon seit Jahren von verschiedensten Akteuren in der Stadt – auch von uns – angemahnt. Das, was jetzt auf den Weg gebracht wurde, ist aber nicht nur teuer, sondern verspricht

auch nicht, die Ergebnisse zu liefern, die ich mir wünschen würde: Es muss nicht immer die teure Agentur mit politischem Bias sein (vgl. S. 75). Vielmehr bin ich davon überzeugt, dass wir in der Stadt genug kompetente und engagierte Menschen haben, um das auch selbst hinzubekommen.

Denn die Ansätze hierzu gab es ja längst, und teilweise waren diese auch schon weit vorangeschritten, bereits vor der Beauftragung von Forward Planung & Forschung und berchtold-krass space&options.

Bereits im April 2021 legten wir zusammen mit den Freien Wählern ein „Konzept Innenstadt“ vor, welches aber im Oktober desselben Jahres im HFGA abgelehnt wurde mit dem Hinweis, ich verkürze, dass in dieser Richtung ja schon viele Aktivitäten existierten¹¹⁹. Vielleicht hing die Ablehnung auch damit zusammen, dass gerade einmal 5 Tage zuvor eine zweitägige Kommunalklausur des Stadtrates selbst mit großem Aufwand im „Kreuz & Quer“ durchgeführt und über ein „Konzept Innenstadt / Masterplan“ beraten wurde. Schon hierfür war eine kommerzielle externe Begleitung engagiert, die team ewen GmbH, die die Veranstaltung moderierte und am Ende alles zusammenfasste und nach Inhalten sortierte¹²⁰ – eine Aufgabe, die ich unserer eigenen Verwaltung auch zugetraut hätte. Dennoch passierte danach mit den Ergebnissen der Klausur mit Hinweis der Verwaltung auf fehlendes Personal nichts mehr¹²¹. Im April 2023 griffen wir daher das Thema zusammen mit den Freien Wählern erneut auf und beantragten, „den Prozess zur Entwicklung eines Masterplans für die Innenstadt wieder aufnehmen“. Und nun haben wir es eben mit Forward Planung & Forschung und berchtold-krass space&options zu tun.

Auch außerhalb des Stadtrates wurde intensiv über einen Masterplan für Erlangen nachgedacht. So hat der Verein *Heimat ERhalten* einen sehr detaillierten Plan¹²² ausgearbeitet, der den verschiedenen Gruppierungen im Stadtrat auch schon mehrfach vorgelegt wurde, bislang allerdings ohne die Resonanz, die das Konzept verdienen würde.

Diese Beispiele zeigen, Ansätze gibt es genug, die Kompetenz ist vorhanden, und der Wille bei vielen Menschen inner- wie außerhalb des Stadtrates ist da, diesen Masterplan nun endlich auszuarbeiten. Hierzu brauchen wir den Dialog der Leute, die sich wirklich für das Thema interessieren mehr als die, die damit eine politische Agenda durchsetzen oder letztlich Geld verdienen wollen, mit lediglich einer Außensicht auf die Stadt. Oder anders gesagt, **der Weg zum Masterplan ist viel günstiger und ideologiefreier zu haben als der, den die Stadt aktuell eingeschlagen hat.**

Ohne diesem Prozess zu weit vorgreifen zu wollen, die Themen, die der Masterplan bearbeiten muss, habe ich eingangs dieses Abschnitts bereits skizziert. Letztlich dreht sich alles um die Frage, wie die Stadt aussehen soll, in der die Erlanger in Zukunft leben wollen, und wie das zu erreichen ist. Ein solches Konzept, wenn es denn einmal vorläge, gäbe dann endlich auch Planungssicherheit für alle, die in dieser Stadt etwas bewegen wollen. Wichtig ist, dass am Ende wirklich ein Konzept für die Gesamtstadt aus dem Prozess herauskommt, und nicht Einzelpläne für verschiedene Stadt- und Ortsteile, die am Ende nicht zusammenpassen.

Wie also soll zum Beispiel das Verkehrskonzept der Zukunft aussehen? Dass ich hier nicht die StUB als ein zentrales Element sehe, habe ich ausführlich dargelegt. Wenn diese gestoppt wird, brauchen wir ein neues Konzept für den Erlanger Verkehr, der vor allem auch die über 65.000 Einpendler¹²³ berücksichtigt, die von der Erlanger Politik ja unmittelbar betroffen sind und von denen unsere Betriebe, die Uni und das Klinikum fundamental abhängen, die aber selbst keinen Einfluss auf die politischen Entscheidungen bei uns haben. Alternativen gibt es genug, zum Beispiel nicht-schienegebundene Straßenbahnen, wie sie in anderen Ländern bereits erprobt werden¹²⁴, und die eben keine Unsummen für den Trassenbau verschlingen würden. Ich persönlich glaube allerdings eher, dass die Zukunft der Mobilität in autonomen Fahrzeugen liegen wird, die per App geordert werden können und nicht an die starren Fahrzeiten und Haltestellen öffentlicher Nahverkehrssysteme gebunden sein werden. Auch der ÖPNV, so meine Überzeugung, wird sich auf diese Weise schon in wenigen Jahren

individualisieren, und unsere herkömmlichen Gewohnheiten der Mobilität völlig auf den Kopf stellen. Erlangen könnte auch für solche Verkehrssysteme Modellstadt werden. Auf diese Art und Weise könnte dann so ganz nebenbei auch das Parkplatzproblem gelöst werden, aber auf dem Weg dorthin werden wir zwingend ein neues Parkleitsystem brauchen, damit auch diejenigen, die sich nicht so gut in Erlangen auskennen, nicht von einem Besuch in der Stadt abgeschreckt werden, weil sie denken, sie finden bei uns eh keinen Parkplatz...

Ein ganz wichtiger Punkt in der Debatte ist auch immer wieder die Sorge um ein Aussterben unserer Innenstadt, insbesondere der Altstadt. Die schon beschlossene Erweiterung der Fußgängerzone bis zum Martin-Luther-Platz war und ist auch dazu gedacht, hier entgegenzuwirken. Durch den Umzug von Siemens auf den neuen Campus hat sich hier schon viel Publikumsverkehr verlagert, doch auch äußere Einflussfaktoren wie etwa der zunehmende Online-Handel schwächen den Einzelhandel in der Innenstadt und führen immer wieder zu Geschäftsaufgaben. Wenn wir das Ladensterben in unseren Städten verhindern wollen, muss der Masterplan die Frage beantworten, **aus welchem Grund Menschen künftig noch in die Stadt gehen werden**, wenn das gewohnte „Shopping“ zunehmend reduziert wird. Ich glaube, den beiden Säulen Einzelhandel, der sich möglicherweise stärker spezialisieren muss, und Gastronomie, die immer geht, braucht es noch eine dritte Säule, und diese könnte vermehrt aus Freizeitangeboten bestehen. Denkbar sind Indoor-Spielflächen, ggf. als Nachnutzung für Großimmobilien, die leergezogen werden, eine Kletterhalle, ein Trampolinpark, Minigolf, E-Sports, you name it...

Und Energie wird ein immer wichtigeres Thema werden. Wie werden die Gebäude der Zukunft beheizt? Wie ertüchtigen wir den Bestand? Wie weit reichen die Nah- und Fernwärmenetze? Wer bekommt einen Glasfaseranschluss (und wieso gibt es eigentlich noch Bereiche in der Stadt, die keinen haben?). Wie erhalten wir unsere Infrastruktur? Wo soll Wohnraum entstehen, wo Gewerbe, und wie hoch wollen wir bauen? All diese Fragen gehören zu den Dingen, auf die das STEK eigentlich Antworten geben müsste.

Wieder investieren

Der Investitionsstau in Erlangen ist hoch und durch die Haushaltskrise noch deutlich verschärft. Wichtige, längst beschlossene und terminierte Projekte, mussten auf unbestimmte Zeit verschoben werden. Besonders tragisch ist das im Falle des Fridericianums, welches seit vielen Jahren immer wieder in den Planungen hinten runtergefallen war. Nachdem dann endlich die Entscheidung im Stadtrat gefallen war, dass mit der Sanierung begonnen werden sollte, ereilte uns die Haushaltskrise, und nun wird es erst mal wieder nichts. Viele Schulen konnten in den vergangenen Jahren schon saniert werden, aber viele warten wie das Fridericianum auch noch darauf, dass sie an die Reihe kommen.

Doch auch die neue Hauptfeuerwache ist etwas, was die Stadt dringend braucht. Ebenso eine ganze Reihe von Straßen und Brücken, bei denen früher oder später Sperrungen drohen, wenn wir nicht sanieren können. Die Liste dieser Beispiele ließe sich noch fortsetzen.

Gerade darum ist es so wichtig, dass wir so schnell wie möglich wieder in eine finanzielle Situation kommen, die es uns ermöglicht, diesen wichtigen Pflichtaufgaben auch nachkommen zu können. Aber wir dürfen uns da keinen Illusionen hingeben, dieser Weg wird viele Jahre dauern, auch wenn es gelingt, konsequent zu konsolidieren und kein Geld mehr für unsinnige Projekte zu verschwenden. **In der kommenden Legislatur von sechs Jahren werden wir daher nur die Weichen für die Genesung der Stadt stellen können, das Ende des Weges werden wir bis 2032 noch nicht sehen.**

Auf den Klimawandel reagieren

In Kapitel 2 habe ich bereits ausführlich erläutert, wie ich zu dem Umgang der Stadt mit dem Thema Klimawandel, wie er in Erlangen seit dem Ausrufen des Klimanotstandes betrieben wird, stehe.

Unglücklicherweise aber interessiert sich der Klimawandel nicht für unsere finanzielle Lage, sondern kommt, egal, was wir hier in Erlangen tun und ob und wann wir welche der selbstgesteckten Ziele erreichen. Wie also sollten wir meiner Meinung nach mit dem Thema in Zeiten der Haushaltskrise umgehen?

Wenn ich so die Diskussionen im Stadtrat, dem UVPA oder anderen Ausschüssen verfolge, denen Beizuwohnen ich das Vergnügen habe, dann gewinne ich oft den Eindruck, in Erlangen würde man glauben, dass die Frage, wie viele Autofahrer man dazu bringt, auf das Fahrrad umzusteigen, über Untergang oder Rettung der Welt entscheidet – eine Hoffnung, mit der ich mich leider nicht beruhigen kann. Das Aufmalen roter Streifen auf den Straßen wird weder viele Autofahrer zu Radfahrern machen, noch bin ich bei so manchen Straßen davon überzeugt, dass diese wenigstens die Sicherheit der Radfahrer erhöhen würden. Manchmal scheint mir sogar eher das Gegenteil der Fall zu sein, wie auch bei der Umweltspur am Europakanal, wo sich die Radfahrer ihre Spur nun ausgerechnet mit Linienbussen teilen. Also was sollte man stattdessen tun?

Wie ich bereits in Kapitel 2 ausführte, halte ich es für die Pflicht der Stadt, ihre Bürger so gut wie möglich vor den Folgen des Klimawandels zu schützen. Gerade Senioren können in den sich im Sommer überhitzenden Innenstädten schnell Probleme bekommen, die lebensbedrohlich werden können. Maßnahmen zur Kühlung der Stadt, wie Beschattungen, Bepflanzungen oder Wassersprühanlagen sollten daher umgesetzt werden, wo immer das sinnvoll und finanzierbar ist. Auch den Hochwasserschutz müssen wir weiter vorantreiben, denn auch Starkregenereignisse können jederzeit auftreten und zu einer Gefahr nicht nur für Gebäude und Straßen, sondern auch für Leib und Leben werden. Entsprechende Pläne, welche Bereiche in der Stadt von solchen Ereignissen besonders betroffen wären, existieren bereits. Verhaltensregeln und Beratung zur Gebäudeertüchtigung werden auch hier helfen können, das Schlimmste zu verhindern. Mittelfristig wird man sich aber überlegen müssen, ob man das Wasser nicht sogar sinnvoll nutzen kann, etwa durch das Schwammstadtprinzip in Neubaugebieten. Auch das Auffangen von Wasser in großen Zisternen hielte ich für

sinnvoll, welches dann bei Hitzeereignissen zur Versorgung und Kühlung der Stadt mit herangezogen werden könnte. Solche baulichen Maßnahmen sind aber selbstverständlich sehr kostspielig, und daher leider auch etwas, was wir derzeit nur planen können. Wir müssen diese Dinge aber planen, damit wir die Pläne fertig in der Schublade haben für die Zeit nach der Haushaltskrise.

Was den Klimaschutz angeht, so habe ich bereits erläutert, warum ich die bisher ergriffenen Maßnahmen in Erlangen für weitestgehend wirkungslos halte. Das heißt nicht, dass es für den einzelnen nicht sinnvoll sein kann, sein Haus mit einer Solaranlage oder Wärmepumpe nachzurüsten, ich selbst habe dies und noch mehr bei mir zu Hause längst getan. Nur die Klimaerwärmung stoppen wir damit eben nicht.

Ich bin davon überzeugt, dass der Klimawandel nur dann aufgehalten werden kann, wenn neue Technologien konsequent weiter erforscht und entwickelt werden, die dann global skalieren könnten. Ich denke da zum Beispiel an die Wasserstoffspeichertechnologie, die hier in Erlangen entwickelt wurde¹²⁵. Aber der Gamechanger wird möglicherweise etwas sein, was erst noch erfunden werden muss.

Zur Senkung des CO₂-Ausstoßes bei der Energieerzeugung sind auch Grüne offen für die Kernenergie – wenn sie nicht gerade aus Deutschland kommen. Spannend finde ich hier besonders neue Reaktorkonzepte wie etwa den Dual-Fluid-Reaktor, da er abgebrannte Brennelemente herkömmlicher Reaktoren verwenden könnte und eine Kernschmelze hier physikalisch ausgeschlossen ist¹²⁶. Dass es sich hier um eine deutsche Entwicklung handelt, der Bau eines Demonstrationsreaktors aus politischen Gründen aber nicht in Deutschland, sondern in Ruanda erfolgt, finde ich vor dem Hintergrund unserer enormen Energiekosten in Deutschland, welche eine der wesentlichen Ursachen für die fortschreitende Rezession und Deindustrialisierung im Land sein dürften, besonders frustrierend.

Da wir bereits heute wissen, dass der weltweite CO₂-Ausstoß Bereiche erreichen wird – oder sogar schon hat – die ein Erreichen

des 1,5 Grad-Ziels allein durch eine Reduzierung der weiteren CO₂-Emissionen unmöglich macht, werden wir auch sogenannte Carbon Capture and Storage Technologien¹²⁷ brauchen, die das bereits in der Atmosphäre befindliche CO₂ extrahieren und dann entweder im Boden speichern oder zur Herstellung von Produkten verwenden, zum Beispiel E-Fuels. In China wurde unlängst gar ein neuartiger Zement entwickelt, der Gebäude durch seine lichtreflektierenden Eigenschaften zu kühlen und sogar CO₂ einzusparen vermag¹²⁸.

Fast täglich liest man über solche spannenden Entwicklungen, und ich habe hier nur einige wenige genannt. Selbstverständlich wird sich das meiste davon nicht durchsetzen, und selbstverständlich müssen jeweils Fragen zur Sicherheit, Kosten, Wirkungsgrad usw. erforscht und beantwortet werden, ehe man eine solche neue Technologie global einsetzen könnte. Aber ich habe keinen Zweifel, dass bei der schier Masse an Wissenschaftlern und Ingenieuren, die weltweit an dem Problem arbeiten, früher oder später auch technologische Durchbrüche erzielt werden, die das Potential haben, das globale Klima wirklich zu beeinflussen. Zu diesen Entwicklungen können die Kollegen an der FAU einen Beitrag leisten, der vielleicht am Ende den Unterschied macht. Die Chancen hierfür sind dabei ganz sicher deutlich höher, als dass es ein roter Radweg tut. Und einen Unterschied macht eine neue Technologie dann, wenn sie nicht nur dem Klima dient, sondern sich auch wirtschaftlich rechnet. Wer letzteres bestreitet, ist ein gesinnungsethischer Träumer.

Der Blick über den Tellerrand

Wie dargestellt sind viele Probleme Erlangens hausgemacht, aber fairerweise will ich am Ende dieses Kapitels kurz noch auf übergeordnete Einflussfaktoren eingehen, die auch die finanzielle Situation in Erlangen beeinflussen. Zu nennen sind hier die globalen wirtschaftlichen Entwicklungen im Allgemeinen und die spezifisch deutsche Wirtschaftspolitik im speziellen.

Global betrachtet belastet die Wirtschaft aktuell besonders die Trumpsche Zollpolitik, die zu massiven finanziellen Verlusten bei exportorientierten Unternehmen führt, wie wir sie mit unseren global agierenden Konzernen auch in Erlangen haben. Auch die Konkurrenzsituation zwischen den Chinesen und den USA belasten zunehmend die europäische Wirtschaft, die Gefahr läuft, hier nicht mehr genug Gewicht auf die Waage zu bringen, um noch mithalten zu können. Das strategische Vorgehen gerade der Chinesen ist dabei überall zu beobachten, die „Neue Seidenstraße“¹²⁹ beschreibt zum Beispiel das weltweite Agieren der Chinesen, die dadurch immer mehr Einfluss auf Handelswege und Infrastruktur erhalten, wie etwa unlängst, als sie sich in den Hamburger Hafen einkauften¹³⁰.

Zu den Herausforderungen, denen sich unsere Unternehmen auf Grund der internationalen Konkurrenz ausgesetzt sehen, gesellt sich dann noch eine Wirtschaftspolitik in Deutschland, die den Staat lieber in einer in der Bundesrepublik nie dagewesenen Höhe verschuldet, als endlich grundlegende Reformen unserer längst gescheiterten sozialen Sicherungssysteme anzugehen, allen voran der Rentenversicherung. Seit rund zwei Jahren befinden wir uns nun in einer Rezession, und das statistische Bundesamt muss seine Prognosen für das Bruttoinlandsprodukt regelmäßig nach unten korrigieren¹³¹. Insbesondere die fortschreitende Deindustrialisierung muss uns hier Sorge bereiten¹³², da diese, anders als der Dienstleistungssektor, von fundamentaler Bedeutung für die Wertschöpfung in Deutschland ist und damit die Grundlage unseres Wohlstandes. Hinzu kommen technische Disruptionen wie die Künstliche Intelligenz, die sich zwar auf der einen Seite als segensreich für die Konsolidierung unseres Haushalts erweisen kann (vgl. S. 94f), andererseits aber das Potential hat, Veränderungen auf unserem Arbeitsmarkt auszulösen, wie wir sie vermutlich noch nie gesehen haben¹³³.

Unsere neue Wirtschaftsministerin Katherina Reiche fordert aus meiner Sicht zwar viele richtige Dinge, allein, ich habe nicht den Eindruck, dass sie sich in der Regierung mit Ihren Ideen durchsetzen könnte. Es wäre sehr schade, wäre sie am Ende nur das

Feigenblatt, das dazu da ist, den Wirtschaftsflügel in der Union zu beschwichtigen...

All diese Dinge haben natürlich auch einen Einfluss auf die Erlanger Wirtschaft: Ich hatte es bereits gesagt, die US-Zölle belasten die Bilanzen unserer international agierenden Unternehmen, Entscheidungen der Bundesregierung wie die Absage der Senkung der Stromsteuer für Land- und Forstwirte und nicht-produzierendes Gewerbe belastet den Mittelstand und Kleinunternehmer.

Ich hatte diese übergeordneten Faktoren bereits kurz in Kapitel 4 angesprochen und darauf hingewiesen, dass dem Kämmerer all das durchaus bewusst ist, lässt er doch keine Gelegenheit im Stadtrat aus, insbesondere in seinen Haushaltsreden, auf die drohenden Einbrüche der städtischen Steuereinnahmen hinzuweisen, die sich aus diesen Vorgängen ergeben könnten.

Nun weiß ich natürlich nicht, welche Aktivitäten er vielleicht hinter den Kulissen in Reaktion auf diese Entwicklungen entfaltet, aber von außen betrachtet sieht es so aus, als ändere sich sein Handeln nicht. In den vergangenen Jahren wurde noch immer so viel investiert, wie mit den Personalkapazitäten maximal möglich war und alles, was man an Schulden tilgen konnte, wurde getilgt. In normalen Zeiten wäre das ja zu begrüßen, aber eben nicht, wenn man die dunklen Wolken am Horizont schon sieht. Vielleicht wollte der Kämmerer es anders machen, vielleicht konnte er sich in der Stadtspitze oder gegenüber dem OB nicht durchsetzen. Aus meiner Sicht aber hätte man, sobald man die Zeichen der Zeit erkannt hatte, alles dafür tun müssen, die finanzielle Resilienz der Stadt zu stärken, durch sparsamere Haushaltsführung, moderatere Investitionen und mehr Rücklagenbildung. Wie sagt man an der Börse so schön, bei Flut steigen alle Boote, aber bei Ebbe sieht man, wer keine Hosen anhat...

Zum Schluss

Wenn Sie das Buch bis hierher gelesen haben, dann wissen Sie nun, wie ich die Lage in Erlangen einschätze, welche Ursachen ich dafür verantwortlich mache, dass wir in diese Situation geraten konnten und was meine Lösungsansätze sind, um wieder aus der Krise herauszubekommen. Als jemand, der sich darum bewirbt, Oberbürgermeister in Ihrer Stadt zu werden, bin ich der Meinung, dass ich Ihnen das schuldig bin.

Nun wird es einige unter Ihnen geben, denen ich aus der Seele gesprochen habe, andere werden entsetzt sein und hinter meinen Ansichten den Antichristen vermuten, und wieder andere alle Übergänge dazwischen. Ich habe mich bemüht, alle Fakten so sauber wie möglich zu recherchieren und mit den entsprechenden Quellen zu belegen. Sollten Sie dennoch einen Fehler entdecken, schreiben Sie mir gerne^v. Aber auch wenn Sie keinen Fehler in den Fakten finden, können Sie auf deren Grundlage zu anderen Schlüssen gekommen sein als ich. So funktioniert Demokratie. Aber in jedem Fall ist nun klar, wofür ich stehe.

Denjenigen unter Ihnen, die zwar meine Standpunkte teilen, aber der Meinung sind, ein Kandidat der FDP hätte bei einer Wahl zum Oberbürgermeister ohnehin keine Chance, möchte ich abschließend noch folgendes sagen. Zum einen gibt es Positivbeispiele, dass das tatsächlich doch gelingen kann. Da wäre etwa Thomas Nitzsche, der 2018 zum OB unserer Partnerstadt Jena gewählt wurde. Auch in Bayern gibt es beispielsweise Alexander Putz, der 2017 als Kandidat der FDP zum OB der Stadt Landshut gewählt wurde. Ausschlaggebend war in diesen Fällen immer die Persönlichkeit des Kandidaten, weniger seine Parteizugehörigkeit. Denn wir reden hier über die Wahl zum Oberbürgermeister. Diese ist eine

^v Holger.Schulze@fdp-erlangen.de

Personenwahl, der OB wird direkt vom Wähler gewählt und nicht durch die Stadträte. Es geht daher darum, wem Sie es am ehesten zutrauen, die Geschicke unserer Stadt in den nächsten sechs Jahren zu einem Besseren zu wenden, nicht um Parteien, Karrieren oder Ideologien.

Sollten Sie also zu der Gruppe derjenigen gehören, die die Dinge so sehen wie ich, und der Meinung sein, dass ich der richtige Kandidat bin, um eine bürgerliche Politikwende in Erlangen zu gestalten, dann würde ich mich sehr freuen, wenn Sie mich auf dem Weg, den ich einschlagen möchte, unterstützen und begleiten würden.

Hierfür bitte ich Sie bei der Bayerischen Kommunalwahl am 08. März 2026 um Ihre Stimme.

Ihr

Holger Schulze

Epilog

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts kam in Deutschland das Baden in Flüssen und Seen in Mode, so auch in der Erlanger Regnitz. Unser Flösschen war auch damals schon nicht ungefährlich, und so kam es immer wieder zu tragischen Unfällen, bei denen die Badenden, oft Studenten, ertranken, weshalb die Friedrich-Alexander-Universität 1797 einen gesicherten Badeplatz auf dem Egelanger einrichtete, die „Sicherheitsanstalt für Badende“¹³⁴.

Dennoch kam es zu weiteren Todesfällen, und die Badeanstalt wechselte mehrmals Standort und Ausgestaltung. 1869 existierte bereits eine Vielzahl an Badeplätzen, betrieben von der Universität, dem Fridericianum, der Gewerbe- und der Volksschule sowie von öffentlichen und privaten Betreibern. Weitere Einrichtungen kamen hinzu, im frühen 20. Jahrhundert auch solche des Militärs. Die zunehmende Verschmutzung des Gewässers führte dann schließlich zum Bau des Röthelheimbades.

So verschwanden die Badeanstalten im Laufe der Zeit wieder, und da die Regnitz auch heute noch gefährlich ist und ihre Opfer fordert, ist das Baden dort aktuell aus Sicherheitsgründen verboten.

Wäre es nicht dennoch schön, wenn man diese alte Tradition wieder aufleben lassen könnte, mit einem Flussbad in Erlangen? Vielleicht könnte man das Westbad, dort wo es ganz nah an der Regnitz liegt, zu dieser hin öffnen und dort einen sicheren, naturnahen Badeort schaffen, der von Flusswasser gespeist wird aber doch so getrennt vom Lauf des Flusses ist, dass dort ein sicheres Baden möglich wäre.

Wenn wir dieses Projekt angehen und uns darauf freuen, bald wieder im Wasser der Regnitz baden zu können, wenn wir für so etwas wieder Geld haben, dann werden Sie sicher wissen, dass die Haushaltskrise überwunden ist. Dann haben wir es geschafft!

Es wäre mir ein Herzensprojekt.



Dieses Bild wurde von einer KI generiert, und stellt
so übrigens den einzigen Inhalt dar, der für dieses
Buch von einer KI generiert wurde.

Abkürzungsverzeichnis

BNE	Bildung für nachhaltige Entwicklung
DIHK	Deutscher Industrie- und Handelskammertag
EN	Erlanger Nachrichten
ESTW	Erlanger Stadtwerke
gVe	Gemeinnütziger Theater- und Konzertverein Erlangen e.V.
HFPA	Haupt-, Finanz- und Personalausschuss
JU	Junge Union
Jusos	Jungsozialisten
KiTas	Kindertagesstätten
KuBiC	Kultur- und Bildungscampus (Frankenhof)
MIV	motorisierten Individualverkehr
MZK	Mitteilung zur Kenntnis
NKI	Nutzen-Kosten-Indikator
NN	Nürnberger Nachrichten
OB	Oberbürgermeister
OBM	Oberbürgermeisteramt
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
STEK	Stadtentwicklungskonzept
StUB	Stadt-Umland-Bahn
TOP	Tagesordnungspunkt
VDI	Verein Deutscher Ingenieure e.V.
ZAM	Zentrum für Austausch und Machen

Danksagungen

Mein erster Dank gilt dem Geschäftsführer unserer Erlanger FDP-Stadtratsgruppe, Felix Braun, der mich überhaupt erst auf die Idee brachte, solch ein Buch zu schreiben.

Ein weiterer Dank gilt meinen Stadtratskollegen in der laufenden Legislaturperiode, Lars Kittel und Michael Székely, für die vielen Diskussionen und die stets gute und konstruktive Zusammenarbeit im Stadtrat – wir sind und waren in allen Belangen (fast) immer einer Meinung!

Ein ganz besonderer Dank gilt Marion Vogel, Dr. Robert Pfeffer, Andreas Redl und Prof. Dr. Heinrich Milosiu, die mich mit ihrem Rat und schier unerschöpflichen Sammlungen wertvoller Quellen unermüdlich unterstützt haben.

Ebenso bedanke ich mich bei Skadi Glas und Silas Mahler für die tolle Unterstützung bei der Gestaltung des Buchcovers.

Und zu guter Letzt gilt mein persönlichster Dank meiner Frau Gudrun, die nicht nur das Lektorat dieses Buches übernommen hat, sondern ja auch sonst alles er- und mittragen muss...

Über den Autor

Holger Schulze wurde am 2. Oktober 1967 in Frankfurt am Main geboren. Aufgewachsen ist er in Langen, einer hessischen Kleinstadt zwischen Frankfurt und Darmstadt. Nach dem Abitur 1986 ebendort hat er an der damals noch Technischen Hochschule Darmstadt bis 1992 Biologie mit Hauptfach Zoologie studiert und dort 1996 auch seine Promotion in der Hirnforschung abgeschlossen. Er wechselte dann an das Leibniz Institut für Neurobiologie nach Magdeburg, wo er zu Lern- und Gedächtnisvorgängen im Hörsystem forschte. 2003 habilitierte er sich an der Medizinischen Fakultät der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg für das Fach Physiologie und erhielt 2007 den Ruf auf die Professur für experimentelle HNO-Heilkunde an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, wo er seit dem insbesondere Tinnitusforschung betreibt.

Er wohnt mit seiner Frau in Kosbach, hat 4 Kinder und zwei Enkel. Wenn neben der beruflichen und ehrenamtlichen Tätigkeit Zeit bleibt, geht er seinen Hobbies nach: Dazu gehören ausgedehnte Spaziergänge mit seiner Frau, bevorzugt an der Ostsee, das Saurieren, oder das Schreiben. Seine Jugendbuchreihe „Geheimbund Pegasus“ ist im Heidelberger Lesezeitenverlag erschienen, das Sachbuch „Streifzüge durch unser Gehirn“ im Umschau Zeitschriftenverlag.

Mitglied der FDP ist er seit 1999. Seit 2020 ist er Kreisvorsitzender der FDP Erlangen und Erlanger Stadtrat.

Quellennachweise

- ¹ https://de.wikipedia.org/wiki/Rot-rote_Koalition
- ² <https://www.freiheit.org/sites/default/files/2020-02/1997wiesbadenergrundsaeetze.pdf>
- ³ FDP-Antrag 177/23 zum Finanzplan/Investitionen 2024, Lfd. Nr. A10
- ⁴ FDP-Antrag 236/2023 „Städtische Förderrichtlinien vereinfachen“ vom 08.11.2023
- ⁵ Gemeinsamer Fraktionsantrag 086/2021 „Erneuerbare Wärmenetze“ der FDP, CSU, Freien Wähler, Grüne Liste, Klimaliste und SPD vom 25.03.2021
- ⁶ Gemeinsamer Fraktionsantrag 165/2022 „Klima-Checks der Beschlussvorlagen um CO2-Bilanz ergänzen“ der FDP, CSU und Freien Wähler vom 29.09.2022
- ⁷ Gemeinsamer Fraktionsantrag 073/2021 „Wiederverwertung von Elektroschrott zur Verringerung von Müll(mengen)“ der FDP, FWG, Grüne Liste, Klimaliste, Erlanger Linke und ÖDP vom 19.03.2021
- ⁸ Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag 031/2025 „Angleichung der Betreuungsschlüssel der Kitas zwischen städtischen Einrichtungen und denen der freien Träger“ der FDP und CSU vom 22.04.2025
- ⁹ FDP-Antrag 399/2020 „Erweiterung der Fußgängerzone bis Martin-Luther-Platz“ vom 05.11.2020
- ¹⁰ FDP-Anträge 210/2020 und 397/2020 „Anpassung an Starkregenereignisse 1 und 2“ vom 06.10.2020 und 03.11.2020
- ¹¹ FDP-Antrag 033/2022 „Moratorium Parkplatzabbau Innenstadt“ vom 18.02.2022
- ¹² FDP-Dringlichkeitsantrag 090/2022 vom 22.02.2022
- ¹³ FDP-Antrag 041/2022 vom 24.02.2022
- ¹⁴ Galton, F. (1907) Vox Populi. Nature No. 1949, Vol. 75: 450-451
- ¹⁵ Vgl. Beschlussvorlage 13/313/2019 zur Erlanger Stadtratssitzung vom 29.05.2019
- ¹⁶ z.B. „Händler appellieren an Stadtrat“, EN vom 15.06.2024, S. 33

-
- ¹⁷ Vgl. Beschlussvorlage 613/140/2022 zum UVPA vom 22.02.2022
- ¹⁸ <https://www.nccs.admin.ch/nccs/de/home/klimawandel-und-auswirkungen/grundlagen-zum-klima.html>
- ¹⁹ [https://de.wikipedia.org/wiki/Notstandsgesetze_\(Deutschland\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Notstandsgesetze_(Deutschland))
- ²⁰ „Hopp, hopp, Kohlestopp“, EN vom 23.02.2019, S. 33
- ²¹ Vgl. Beschlussvorlage 31/230/2019, HFPA vom 20.11.2019
- ²² Vgl. Beschlussvorlage 31/006/2020, Stadtrat vom 23.07.2020
- ²³ FDP-Antrag 300/2022 „Kosten in Beschlussvorlagen verpflichtend angeben“
- ²⁴ Vgl. Beschlussvorlage 20/044/2023. HFPA vom 19.04.2023
- ²⁵ <https://de.wikipedia.org/wiki/Falsifikationismus>
- ²⁶ <https://www.textlog.de/2296.html>
- ²⁷ Vgl. Beschlussvorlage 31/040/2020, Stadtrat vom 26.11.2020
- ²⁸ Vgl. MZK 31/091/2021, UVPA vom 21.09.2021
- ²⁹ Vgl. Beschlussvorlage 31/163/2022 zur Erlanger Stadtratssitzung vom 27.10.2022
- ³⁰ Fabian Bergk et al. (2022) Fahrplan Klima-Aufbruch Erlangen, Endbericht. ifeu Heidelberg, S. 128
- ³¹ FDP-Änderungsantrag 288/2022 zu TOP 10 der Erlanger Stadtratssitzung vom 27.10.2022 „Umsetzung des Fahrplans Klima-Aufbruch“
- ³² Sitzung des Erlanger Stadtrats vom 24.10.2024, TOP Ö9, Anlage „Einbringung HH 2025 Endversion“
- ³³ Vgl. MZK 51/172/2025, Bildungs- und Jugendhilfeausschüsse vom 17.07.2025
- ³⁴ <https://www.csu-stadtrat-erlangen.de/aktuelles/kooperation.html>
- ³⁵ Vgl. Beschlussvorlage 24/056/2024/1, Bauausschuss / Werk-ausschuss für den Entwässerungsbetrieb vom 11.03.2025
- ³⁶ Vgl. Beschlussvorlage 24/069/2025, Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb vom 08.07.2025
- ³⁷ Axel Bojanowski, Die Mär von der Zunahme der Naturkatastrophen, Kolumne Lichtblicke, Welt+ vom 05.08.2025
- ³⁸ Vgl. z.B. „Von Protesten begleitetes StUB-Forum“, EN vom 08.07.2022, S. 25
- ³⁹ https://de.wikipedia.org/wiki/Stadt-Umland-Bahn_Nürnberg-Erlangen-Herzogenaurach
- ⁴⁰ Vgl. Heinrich von Pierer, „Erlangen im Wandel“, Gastbeitrag in den EN vom 18.03.2022, S. 28
- ⁴¹ Vgl. Beschlussvorlage VI/185/2023, Stadtrat vom 30.03.2023

-
- ⁴² Vgl. <https://www.vgn.de/planungsprojekte/stub/>
- ⁴³ Vgl. Beschlussvorlage III/018/2015/1, „Gründung eines Zweckverbandes Stadt-Umland-Bahn Nürnberg - Erlangen - Herzogenaurach“, Stadtrat vom 17.03.2016
- ⁴⁴ https://www.nuernberg.de/imperia/md/stadtrecht/dokumente/0/060/060_914.pdf
- ⁴⁵ Vgl. Beschlussvorlage VI/058/2021, Stadtrat vom 12.05.2021
- ⁴⁶ Vgl. <https://www.bundesarchiv.de/stasi-unterlagen-archiv/aufgaben-und-struktur/>
- ⁴⁷ „Stadt-Umland-Bahn bewegt weiter die Gemüter“, Leserbriefe in den EN vom 30.03.2024, S. 46
- ⁴⁸ https://www.stadtumlandbahn.de/fileadmin/Dokumente/Ergebnisse/ZVStUB_StUB-Spickzettel.pdf
- ⁴⁹ <https://www.stadtumlandbahn.de/ueber-stub/finanzierung/>
- ⁵⁰ <https://www.bauindustrie.de/zahlen-fakten/publikationen/brancheninfo-bau/preisentwicklung-im-bauhaupt-gewerbe;> und <https://www.welt.de/wirtschaft/article236149260/Baupreise-in-Deutschland-steigen-so-stark-wie-zuletzt-1970.html>
- ⁵¹ Zahlen des Kämmerers aus dem Verwaltungsentwurf des Haushalts 2024, vorgestellt im Stadtrat am 28.09.2023
- ⁵² https://de.wikipedia.org/wiki/Stuttgart_21
- ⁵³ Vgl. Beschlussvorlage 37/045/2024, Stadtrat vom 21.03.2024
- ⁵⁴ Vgl. Beschlussvorlage 37/057/2019, HFPA vom 17.07.2019
- ⁵⁵ „Ein Schildbürgerstreich“, EN vom 28.05.2024
- ⁵⁶ „Risiko im Untergrund?“, EN vom 07.06.2024
- ⁵⁷ Leserbrief von Reinhard Daeschler, EN vom 08.05.2024
- ⁵⁸ <https://erlangen.de/wahlen/be2024/index.html>
- ⁵⁹ „Städtischer Haushalt wankt erneut“, EN vom 22.06.2024, S. 33
- ⁶⁰ Vgl. Protokollvermerk zum TOP Ö19.2 aus der Erlanger Stadtratssitzung vom 27.6.2024
- ⁶¹ Vgl. TOP Ö20.3, Erlanger Stadtratssitzung vom 25.7.2024
- ⁶² „Jetzt wird beim Personal gespart“, EN vom 28.09.2024, S. 33
- ⁶³ Vgl. Beschlussvorlage 11/059/2024, Stadtrat vom 26.09.2024
- ⁶⁴ Vgl. Beschlussvorlage 11/058/2024, Stadtrat vom 26.09.2024
- ⁶⁵ Vgl. Stadtrat vom 24.10.2024, TOP Ö9, Anlage „Einbringung HH 2025 Endversion“
- ⁶⁶ „Stadt Erlangen lebt auf Pump“, EN vom 01.08.2025, S. 25
- ⁶⁷ Vgl. <https://www.wiesentbote.de/2025/03/26/rathausreport-der-stadt-erlangen-vom-26-maerz-2025/>
- ⁶⁸ „Erheblicher Verkehrsunfall“, EN vom 24.01.2025, S. 25

-
- ⁶⁹ MZK 20/070/2025, TOP Ö8.2 Erlanger Stadtratssitzung vom 24.07.2025
- ⁷⁰ „Anfrage der FDP zur Finanzlage der Stadt Erlangen“ in der Sitzung des Erlanger Stadtrats vom 24.07.2025, TOP Ö22.1
- ⁷¹ Vgl. Beschlussvorlage II/033/2024, Stadtrat vom 12.12.2024
- ⁷² Stadtratssitzung vom 27.03.2025, TOP 5.1, MZK 13/245/2025
- ⁷³ Vgl. Beschlussvorlage 30/094/2024, beschlossen in der Stadtratssitzung vom 04.11.2024
- ⁷⁴ Vgl. Beschlussvorlage II/039/2025, Stadtrat vom 30.04.2025, TOP Ö19
- ⁷⁵ Vgl. Stadtratssitzung vom 30.04.2025, TOP Ö19, Anlagen 2 und 3 enthalten alle beschlossenen Einzelmaßnahmen
- ⁷⁶ <https://www.wiesentbote.de/2025/05/07/rathausreport-der-stadt-erlangen-vom-6-mai-2025/>
- ⁷⁷ „OB erlässt Haushaltssperre“, EN vom 04.07.2024, S. 25
- ⁷⁸ <https://www.youtube.com/watch?v=Ybvc08GB-cQ;>
<https://www.fdp-erlangen.de/rede-von-prof-holger-schulze-zum-erlanger-haushalt-2025>
- ⁷⁹ „Ein Entwurf mit vielen Smileys“, EN vom 20.09.2019, S. 29
- ⁸⁰ „Dunkle Wolken über Erlangens Wirtschaft“, EN vom 12.05.2020, S. 23
- ⁸¹ „Aufpassen, dass uns nicht die Luft ausgeht“, EN vom 01.10.2022, S. 35
- ⁸² „Aussichten für die Stadt sind besser denn je“, EN vom 19.01.2019, S. 32
- ⁸³ „Grundsteuer wird jetzt gesenkt“, EN vom 30.11.2019
- ⁸⁴ Jahresabschluss zum 30. September 2023, Siemens Healthineers AG, S. 04
- ⁸⁵ „Finanzlücke: Mit Ansage in die Haushaltskrise“, EN vom 20.02.2025, S. 25
- ⁸⁶ <https://www.siemens-healthineers.com/deu/press/releases/kem-nathinvest>
- ⁸⁷ https://www.roettenbach-erh.de/gemeinde/rathaus/buergermeister/news/2023/2023-05/haushaltssitzung/Praesentation_Haushalt_f_GR_2023.pdf?m=1685435583, Folie 18
- ⁸⁸ <https://www.roettenbach-erh.de/gemeinde/rathaus/finanzverwaltung/>
- ⁸⁹ Vgl. MZK 611/235/2025, UVPa vom 15.07.2025
- ⁹⁰ Sitzung des Erlanger Stadtrats vom 27.03.2025, TOP Ö11, Anlage „Bericht Jahresabschluss 2023“, S. 17

-
- ⁹¹ Vgl. Beschlussvorlage 611/209/2024, Stadtratssitzung vom 26.09.2024
- ⁹² Vgl. MZK 31/273/2024, UVPa vom 10.12.2024
- ⁹³ <https://erlangen.de/aktuelles/protokoll-buergerversammlung-gesamstadt-vom-19-november-2024>
- ⁹⁴ „Dunkle Wolken über Erlangens Wirtschaft“, EN vom 12.05.2020, S. 23
- ⁹⁵ <https://www.iwkoeln.de/presse/pressemitteilungen/michael-groemling-deutschland-bleibt-in-der-rezession.html>
- ⁹⁶ <https://www.welt.de/politik/deutschland/article689f4686cf5f0271ccd542c2/brief-an-kanzler-noch-nie-in-derart-grosser-not-landkreistag-bittet-merz-um-soforthilfe-fuer-kommunen.html>
- ⁹⁷ https://de.wikipedia.org/wiki/James_Carville
- ⁹⁸ <https://steuerzahler.de/aktuelles/detail/endlich-die-notbremse-ziehen-kiel-kann-sich-geplante-stadtbahn-nicht-leisten/>
- ⁹⁹ Vgl. Beschlussvorlage 50/131/2024, Stadtratssitzung vom 28.11.2024
- ¹⁰⁰ Vgl. Beschlussvorlage 113/070/2023, Stadtratssitzung vom 30.03.2023
- ¹⁰¹ Vgl. Antrag der FDP 170/2024, „Wiedereinreichungssperre für abgelehnte Anträge“, vom 27.11.2024
- ¹⁰² Vgl. Beschlussvorlage 13/242/2025, HFPA vom 19.03.2025
- ¹⁰³ Vgl. Beschlussvorlage 31/280/2025, UVPa vom 24.06.2025
- ¹⁰⁴ Vgl. Beschlussvorlage 31/235/2024, UVPa vom 20.02.2024
- ¹⁰⁵ <https://www.gve.de/ueber/>
- ¹⁰⁶ Vgl. MZK IV/BB/039/2025, Bildungsausschuss vom 17.07.2025
- ¹⁰⁷ Bildungsausschuss vom 17.07.2025, TOP Ö2, BNE Bericht Kindertageseinrichtungen und BNE Bericht Schulen
- ¹⁰⁸ https://www.finanzwissenschaft.rw.fau.de/files/2020/03/GewSt_Hebesatz_zweite_Fassung_v25.pdf
- ¹⁰⁹ <https://www.welt.de/wirtschaft/article199856304/Gewerbesteuer-Wie-klamme-Kommunen-ihre-Zukunft-verspielen.html>
- ¹¹⁰ <https://www.steuerzahler.de/aktuelles/detail/der-schuldenberg-in-monheim-am-rhein/>
- ¹¹¹ Vgl. Beschlussvorlage 30-R/041/2011/1, Stadtratssitzung vom 28.07.2011

-
- ¹¹² Lax, DA, Sebeniun, KB, 3-D Negotiation: Playing the Whole Game. In: Masterful negotiating, 2nd ed., Havard Business Review 2003, 3-14
- ¹¹³ https://www.bayika.de/de/aktuelles/meldungen/2024-07-11_Durchbruch-fuer-Gebaeudetyp-e-auf-Bundesebene.php
- ¹¹⁴ „Wohnen in Erlangen wird noch teurer: Spitzenwert bei Immobilienpreisen erreicht“, NN online vom 26.08.2025
- ¹¹⁵ <https://www.bayern.de/start-von-pilotprojekten-zum-gebaeudetyp-e/>
- ¹¹⁶ „Kfz-Zulassung im Amt deutlich teurer“, EN vom 23.08.2025, S. 35
- ¹¹⁷ <https://www.celonis.com/de/solutions/public-sector>
- ¹¹⁸ Vgl. Beschlussvorlagen 96/2024, Stadtratssitzung vom 28.11.2024 und 13-1/018/2025, HFGA vom 16.07.2025
- ¹¹⁹ Vgl. Beschlussvorlage II/WA/012/2021, HFGA vom 20.10.2021
- ¹²⁰ Vgl. UFGA vom 22.02.2022, TOP Ö13.1, Anlage 1 „Dokumentation der Kommunalklausurbearbeiter“
- ¹²¹ Vgl. MZK 611/101/2022, UFGA vom 22.02.2022
- ¹²² <https://www.heimaterhalten.de/masterplan/>
- ¹²³ <https://erlangen.de/aktuelles/beschaeftigung>
- ¹²⁴ <https://www.zeit.de/mobilitaet/2023-11/strassenbahn-schienen-perth-china-oeffentliche-verkehrsmittel>
- ¹²⁵ <https://www.energie-klima.fau.de/speakers/prof-dr-peter-wasserscheid/>
- ¹²⁶ <https://de.wikipedia.org/wiki/Dual-Fluid-Reaktor>
- ¹²⁷ https://de.wikipedia.org/wiki/CO2-Abscheidung_und_-Speicherung
- ¹²⁸ Lu et al. (2025) Scalable metasurface-enhanced supercool cement. Science Advances 11/34, DOI: 10.1126/sciadv.adv2820
- ¹²⁹ https://de.wikipedia.org/wiki/Neue_Seidenstra%C3%9Fe
- ¹³⁰ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/cosco-hamburg-hafen-102.html>
- ¹³¹ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/rezessionsdaten-bruttoinlandsprodukt-100.html>
- ¹³² https://www.focus.de/finanzen/boerse/verheerende-zahlen-aus-der-industrie-deutsche-lage-ist-noch-ernster-als-gedacht_5ed36f2c-5e5c-4d48-a0f9-ebbf416c709b.html
- ¹³³ https://www.focus.de/finanzen/news/wertloser-uni-abschluss-experten-warren-vor-arbeitsmarktkollaps-bis-2030_f2d93e96-d807-4dac-9458-80a0af7a9651.html

¹³⁴ Jakob, A. „was Sie von der Natur erwarten können, finden Sie hier beynahe zusammen“. In: Rohe, M. (Hrsg.) Stadt und Land – wie gestalten wir unseren Lebensraum? Atzelsberger Gespräche 2022, FAU Forschungen, Reihe A, Geisteswissenschaften, Band 20, FAU University Press, Erlangen, 2024, S. 55-161

Impressum:

Copyright © 2025 Prof. Dr. Holger Schulze
Alle Rechte vorbehalten

Kontakt: Holger.Schulze@fdp-erlangen.de
Werner-von-Siemens-Straße 8, 91052 Erlangen

Lektorat: Gudrun Owesle
Frontcover: Skadi Glas und Silas Mahler
Backcover: Gudrun Owesle

Version 1.1

Mein Name ist Holger Schulze, und ich bewerbe mich erneut für das Amt des Erlanger Oberbürgermeisters. Aber wer bin ich eigentlich? Woher komme ich? Wie konnte es zu der aktuellen Haushaltskrise in Erlangen kommen? Und noch viel wichtiger, wie kommen wir wieder heraus? Wenn Sie sich für meine Antworten auf diese Fragen interessieren, dann lesen Sie dieses Buch.

